

Zeitschriften
Kardex-Kontrolle
20 JAN. 1951
Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

2 v
56/4

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VIII. JAHRGANG

[H. 3, 4, 5, 8 vergriffen.] **1.**

HEFT / JANUAR 1931

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

Geogr 2021
DUMMER
LUDWIG

DEUTSCH-ÖSTERREICH

sch-geographische Struktur / Geschichte und Raum / Ein Volk, c
/ Neugliederung Großdeutschlands / Österreich in Mitteleuropa
probleme / Grundlagen und Angleichung der Wirtschaft / Österreich
europäische Mission

MIT BEITRÄGEN VON

stabssekretär a. D. von Enderes, Dr. A. Naushofer, Handelskammerrat H. Kan
vor Dr. R. Kerschagl, Professor Dr. O. Maull, Dr. E. Scheffer, Nationalrat Profes
hönbauer, Professor Dr. H. Steinacker, Bundeskanzler a. D. Streeruw

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber für den INDOPAZIFISCHEN RAUM: Dr. K. Haushofer, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; für EUROPA UND AFRIKA: Dr. E. Obst, o. Professor an der Techn. Hochschule Hannover, Alleestraße 18, Tel. 38086; für die AMERIKANISCHE WELT: Dr. O. Maull, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655; für WELTWIRTSCHAFT: Dr. G. Herrmann, Leipzig, Ferd.-Rhode-Straße 3, pt., und für den LEITAUFSATZ: K. Fowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollern-damm 83, Tel. Pfalzburg 2234.

Unter ständiger Mitarbeit von Dr. Kurt Wiedenfeld, Geheimer Legationsrat, o. Professor an der Universität, Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80, und Privatdozent Dr. Hermann Lautensach, Gießen, Ostanlage 2
Schriftleitung: Dr. H. J. Rust, Berlin-Grünwald, Hohenzollern-damm 83, Tel. Pfalzburg 2234

VIII. JAHRGANG / HEFT 1 / JANUAR 1931

ZUM INHALT DES HEFTES

Mit dem ersten Heft des 8. Jahrgangs führen wir einen neuen Typ von Heften der „Geopolitik“ ein: Planhefte, die ein Thema von allen geopolitisch bedeutsamen Seiten beleuchten.

Das erste dieser Hefte gilt Österreich, — dem Land, das nur deshalb heute nicht Reichsgebiet ist, weil das von der Entente verkündete Selbstbestimmungsrecht hier keine Anwendung finden darf.

Wir sind der Ansicht, daß der Anschlußgedanke keiner Propaganda bedarf, — Zusammenschluß ist selbstverständlich, sobald er möglich ist. Aber er bedarf der Vorbereitung, vor allem im Reich, wo man Österreich und seine Eigenart zu wenig kennt, seine Maßnahmen und Entscheidungen vielfach ausschließlich unter kleindeutschen Gesichtspunkten trifft.

So arbeiten wir im Österreich-Heft die geopolitische Eigenart der deutschen Ostmark heraus und werben um Verständnis. Zum zweiten stellen wir diese Betrachtung Österreichs in den dank unserer Vorarbeit jetzt auch im Reich allgemein aufgegriffenen Mitteleuropa-Gedanken; denn wenn wir das Schwergewicht deutscher Wirtschaftsbetätigung stärker nach Osten und Südosten verlegen, wird dem Wiener Becken dank seiner geopolitischen Lage neue Bedeutung für Wirtschaft und Handel wie für seine politische Stellung im Reich zufließen.

Die Durchführung dieses Heftes verdanken wir vor allem der tätigen Mitarbeit von Dr. Egon Scheffler, Wien, dem unser und der Leser Dank für seine große Mühewaltung gebührt.

Die „Geopolitik“ erfreute sich stets besonders lebhafter Teilnahme ihrer Leser an der Gestaltung wie am Ausbau. Wir bitten um Anregungen und um Kritik unseres ersten Planheftes wie der satztechnischen Umgestaltungen, die der Verlag im Interesse besserer Lesbarkeit vorgenommen hat.

Die Schriftleitung

Vierteljährlich 6.— / Einzelheft 2.50 / Jahrgang mit Register 25.—

Gebunden RM 30.— / Register für den Jahrgang RM 1.— / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Fowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. H. Carstanjen, Graz, Rechbauerstr. 28 — Unterstaatssekretär a. D. B. von Enderes, Wien III, Landstr.-Hauptstr. 88 — Dr. A. Haushofer, Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. K. Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Handelskammerrat H. Kandl, Wien XVI, 2, Thaliastr. 4 — Dr. Dr. R. Kerschagl, a. o. Professor, Wien IX, Thurngasse 13 — Dr. O. Maull, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilmteichstr. 22 — Dr. E. Obst, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 — Dr. Dr. E. Schönbauer, ord. ö. Professor a. d. Universität, Wien XII, 1, Schönbrunner-Schloßstr. 30/15 — Dr. E. Scheffler, Wien XVIII, Türkenschanzstr. 1 — Präsident E. von Seutter, Wien — Dr. H. Steinacker, o. Professor a. d. Universität, Innsbruck, Innstr. 111 — Dr. E. Streeruwitz, Bundeskanzler a. D., Präsident der Industrie- und Handelskammer, Wien I, Stubenring 8 — Dr. O. Zaglits, Direktor-Stellvertreter der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich, Wien I, Wigglingenstr.

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERNDAHM 83

INHALT DES JANUARHEFTES / 1931

Leitungsatz

ALBRECHT HAUSHOFER

Ein Volk, ein Staat! 1

Geopolitische Berichterstattungen

ERICH OBST

Berichterstattung aus Europa und Afrika .. 7

KARL HAUSHOFER

Bericht über den indopazifischen Raum 13

OTTO MAULL

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt 21

Untersuchungen zur Geopolitik Österreichs

I. DER RAUM

ERNST STREERUWITZ

Österreichs Mission in Europa 26

OTTO MAULL

Die politisch-geographische Struktur 31
(Mit einer Karte)

HAROLD STEINACKER

Auswirkungen in der Geschichte..... 44
(Mit acht Karten)

OTTO MAULL UND HELMUT CARSTANJEN

Die verstümmelten Grenzen..... 54
(Mit vier Karten)

II. DIE WIRTSCHAFT

ERNST SCHÖNBAUER

Die Landwirtschaft 63

* *

Die Industrie..... 68

HERMANN KANDL

Handel und Gewerbe..... 72

RICHARD KERSCHAGL

Geld- und Bankwesen 76

OSKAR ZAGLITS

Der Hypothekarkredit..... 79

EGON SCHEFFER

Die Finanzwirtschaft 82

BRUNO VON ENDERES

Das Verkehrswesen 87

EGON SCHEFFER

Österreich und die Zukunft Mitteleuropas .. 92

ALBRECHT HAUSHOFER:

Ein Volk, ein Staat!

Gedanken zur Gliederung Großdeutschlands

Die meisten Beweisführungen, ob wissenschaftlicher oder politischer Art, gründen sich auf stumme Voraussetzungen. Daraus entstehen sehr viele Mißverständnisse. Um wenigstens einen Teil davon von vornherein auszuschalten, seien zunächst einige der Voraussetzungen, von denen wir ausgehen, genannt; auch solche, die man sonst gern unausgesprochen läßt.

Als erste: Das gesamtdeutsche Bewußtsein, das zwischen Staats- und Volkszugehörigkeit scharf unterscheidet, innerhalb des Volkes aber keinen Unterschied macht, ob einer aus Flensburg oder aus Klagenfurt, aus Eupen oder aus Hermannstadt kommt — dieses gesamtdeutsche Bewußtsein, das noch 1918 im Reich in beklagenswerter Weise gefehlt hat, ist heute deutsches Gemeingut.

Als zweite: Die Vereinigung der im geschlossenen Siedlungsgebiet lebenden Deutschen in einem Staat ist wünschenswert. Das Hauptstück dieser Vereinigung ist der

Zusammenschluß Österreichs mit dem jetzigen deutschen Reichskörper. Statt „Zwei Staaten, ein Volk“ (Schober) soll es einmal heißen dürfen: Ein Volk, ein Staat.

Als dritte: Ob der Anschluß innerhalb der heutigen europäischen Ordnung durchführbar ist oder nicht, bleibt eine offene Frage. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, sie zu beantworten*).

Als vierte: Gleichviel, wie man die Möglichkeiten der Durchführung von außen her beurteile, darf im innerdeutschen Bereich nichts geschehen, was sie von innen her unmöglich macht oder wesentlich erschwert.

Diese vier Punkte werden im folgenden vorausgesetzt. Es bleibt höchstens zu sagen, daß wir sehr wohl wissen: Es gibt Widerspruch gegen diese Punkte nicht nur im Ausland, sondern auch in Österreich und im Reich. Der Widerspruch wird auch dann nicht unterschätzt, wenn er aus guten Gründen stumm bleibt oder höchstens im Gespräch die Formel findet: Immer davon reden, nie daran denken! Oder wenn ohne Bedenken veränderlichen privatwirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor bleibenden volkspolitischen gegeben wird.

Nur wer gewillt ist, auch die vierte Voraussetzung nicht nur theoretisch gelten zu lassen, wird fruchtbaren Widerspruch melden können. Damit kommen wir zum Thema. Es will uns scheinen, als ob erhebliche meinungsbildende Teile des deutschen Volkes im Reich und seiner führenden Schichten die vierte Voraussetzung zwar bejahen, in der Praxis aber keineswegs die Folgerungen ziehen. Es wird oft genug davon gesprochen, daß das heutige Reich ein verstümelter Teilkörper sei; es steht im Widerspruch dazu, wenn dann gehandelt wird, als ob es ein organisches Ganzes wäre.

Hier ist nicht der Ort aufzuzeigen, wie häufig dieser Widerspruch sichtbar wird; noch weniger kann die Aufgabe sein, zu sagen, wie er im Fall dieses oder jenes Gesetzes hätte vermieden werden können. Es kommt gerade jetzt auf die große Linien an; Umbauten des reichsdeutschen Staatskörpers stehen bevor: so muß deutlich gesagt werden, nach welcher Art von Bauplan allein der gesamtdeutsche Bau der Zukunft gedeihen kann.

Geographie und Geschichte haben bewirkt, daß auch der jetzige Reichskörper Teile von recht verschiedenem Eigenleben enthält. Die unbestrittene Tatsache, daß man eine Reihe dieser Teileinheiten verschieden umgrenzen kann, beweist nicht ihr Totsein oder Fehlen; und die Stimmkraft (im wörtlichen wie im übertragenen Sinn) ist keineswegs ein zuverlässiger Maßstab für die Stärke des Eigenlebens. Nirgends im Deutschen Reich, auch nicht im Bereich des altpreußischen Zentralismus, sind alte Gliederungen so völlig erstorben oder vielmehr erschlagen worden wie die französischen Provinzen nach 1789. Aber es gibt Abstufungen. Beweisbar sind sie nicht, denn Raumbewußtsein und (gleichzeitig sonderndes) Zusammengehörigkeits-

*) Material hierzu bietet das vor kurzem erschienene Handbuch „Die Anschlußfrage“ (Wien, Braumüller 1930, Hrsg. Kleinwächter u. v. Paller.

gefühl sind keine mathematischen Größen. Aber es ist keine Kränkung, wenn man anerkennt, daß Schlesien mehr Eigengewicht nicht nur im Sinn der Wirtschaft hat als Pommern; wenn man feststellt, daß Württemberg eine stärkere Einheit ist als Baden; daß in Hannover mehr Gestaltungswille für einen Teilraum steckt als in Kassel, und daß Altbayern oder Westfalen sehr viel eigenwilliger sind als das Land der Ostsachsen zwischen Erfurt und Görlitz, Magdeburg und Plauen.

Der Geograph wird darin zum Teil die Wirkung von Hauptstadtnähe oder Hauptstadtferne sehen (Berlin ist schon für das heutige Reich eine exzentrische Hauptstadt; daher nur ungleichmäßig resorptionsfähig); zum Teil auch die Wirkung einzelner besonders einheitlicher und wirksamer Landschaften. Der Historiker wird den Einfluß des in Jahrhunderten deutscher Geschichte Gewordenen feststellen; der Mann der Wirtschaft die Korrekturen anbringen, welche sich aus der grundlegenden Umgestaltung ergeben, denen einzelne Teillandschaften des deutschen Raumes im Zeitalter der Industrie unterlegen sind. Alle werden die vorhandenen Unterschiede sehen. Wo sie die Grenze ziehen zwischen dem, was im gesamtdeutschen Interesse an Vereinheitlichung geschehen, was an Sonderwesen erhalten werden muß, bleibt meistens persönlichem Gefühl überlassen. Häufig auch mangelnder Kenntnis; — wie oft schreiben „Föderalisten“, ohne diejenigen Teile Norddeutschlands zu kennen, für die es neben der Willensbildung Berlins keine andere mehr gibt! Wie oft schreiben „Unitarier“, ohne Altbayern oder die Hansestädte zu kennen! Unkenntnis und Gefühl sind unzuverlässige Führer. Reichsdeutsche Gliederung und Einheit können nur nach einem Maßstab in gültiger Weise geprüft werden: nach dem, der sich ergibt, wenn man fragt, ob er für Gesamtdeutschland paßt.

Der „Anschluß“ ist das erste Hauptstück gesamtdeutschen Aufbaus. So heißt die Frage: In welchen Formen läßt sich das heutige Österreich samt Wien mit dem Reich zusammenschließen? Gestaltungen, die sich hierzu als unfähig erweisen, sind ungeeignet auch für reichsdeutschen Hausgebrauch.

Österreich und Wien verkörpern auch heute noch ein gewisses Maß von Macht und Einfluß im Alpen- und Donauraum. Es ist altes Erbe, das sich erhielt: heute vielleicht mehr die Erbschaft des Spätmittelalters als die der Habsburger nach den ungarischen Heiraten. Immerhin: auch davon ist noch manches lebendig; vieles, das dem Deutschtum des heutigen Österreich schädlich sein möchte; manches, das für eine größere gesamtdeutsche Einheit fruchtbar gemacht werden könnte. Noch immer lebt in Wien eine alte Tradition; eine Tradition, die der Berliner höchstens militärisch unterlegen, politisch zum mindesten gleich und kulturell vielleicht übergeordnet ist. Und noch immer lebt in den bajuvarisch besiedelten Alpenländern eine Eigengestaltung, die sicher nicht schwächer ist als die bayerische innerhalb des Reiches. Das sind Tatsachen. Man mag sie freundlicher oder weniger freundlich beurteilen — vorhanden sind sie. Die Wirkung des Anschlusses in wirtschaftlicher wie

in politischer Hinsicht ist in Österreich früher und folgerichtiger durchdacht worden als im Reich. Die Selbstverwaltungsorgane der österreichischen Wirtschaft sind sich darüber klar, daß ein recht erheblicher Teil ihrer Betriebe geschlossen werden müßte, sobald der Anschluß vollzogen wäre. Staat und Länder wissen, daß sie manches Recht, das ihnen selbstverständlich ist, zugunsten eines größeren Ganzen aufgeben müßten. Trotzdem bejahen sie den Zusammenschluß. Aber sie haben ein Recht darauf, daß ihnen nur soviel an Opfern abverlangt werde, als für das Ganze noch eben tragbar ist. Mehr werden sie nicht gewähren können, ohne die Sache selbst zu gefährden.

Die reichsdeutsche Entwicklung seit 1871 ist gekennzeichnet durch sich steigende Zentralisierung. Man mag im Zweifel sein, ob diese Entwicklung innerhalb des jetzigen Rahmens sich weitertreiben läßt, ohne gefährliche Spannungen hervorzurufen. Wir nehmen hier nicht grundsätzliche Stellung. Aber es ist kaum möglich, Österreich und seinen Ländern eine geringere Summe innerstaatlicher Rechte vorzubehalten, als Bayern und Württemberg etwa gegenwärtig noch besitzen*). Im Gegenteil! Wien hat eine stärkere Stellung als Stuttgart oder München; wer sich dem Gewicht der Tradition und der mit Vorsicht zu wägenden Zahl verschließt, nehme einen Atlas zur Hand und betrachte die geographische Lage.

Schon die direkte Verbindung von Berlin nach München führt, wo nicht an der sudetendeutschen Volksgrenze, so doch hart an der tschechischen Staatsgrenze vorbei. Die direkte Linie von Berlin nach Wien geht mitten durch Böhmen; die schnellste Verbindung läuft durch die mährische Senke. Nur über fremdes Volks- und Staatsgebiet ist die zweitgrößte deutsche Stadt von der größten aus zu erreichen, wenn man nicht einen großen Umweg nehmen will. Daran wird nicht nur die verhängnisvolle Zerlapptheit der volksdeutschen Ostgrenze sichtbar, sondern auch die seltsame Hauptstadtlage Berlins. Es ist verständlich, daß man sich über die Hauptstadtlage Berlins nach 1871 wenig Gedanken gemacht hat. Als Hauptstadt des unzerstückelten Preußen das Gegebene, bedurfte Berlin keiner Rechtfertigung, als es die Hauptstadt auch des kleindeutschen Reiches wurde. Die Zentralisierung konnte sogar stillschweigend verschärft werden, ohne die Lagenungunst Berlins als Hauptstadt stärker hervortreten zu lassen. Für einen gesamtdeutschen Staatskörper liegen die Dinge anders: Um Wien von Berlin aus zu regieren, bedarf es längerer Zügel, als wenn man es nur mit Köln und München zu tun hat; und es wird einer über den altpreußischen wie über den neupreußischen Rahmen hinausgreifenden Staatskunst bedürfen, um die Aufrollung der Hauptstadtfrage für ein großdeutsches Reich zu verhindern.

Die territoriale Zerschneidung und die Zerrüttung des Volkskörpers durch Ab-

*) Wie sich diese Rechte dann zwischen Wien und den heutigen Länderregierungen verteilen, ist eine völlig andere Frage. Hier gibt es viele Möglichkeiten, deren Abwägen gegeneinander wir an dieser Stelle unterlassen dürfen. Auf die Summe territorialen Eigenlebens, nicht auf die Untergliederung kommt es an.

wanderung und Vertreibung von Hunderttausenden aus Posen und Westpreußen haben den preußischen Nordosten geschwächt. Es ist nötig, dem Nordosten die wenigen Ansatzpunkte starker Wirtschaftskraft zu erhalten, die er besitzt. Zu diesen gehört Berlin; es wäre gefährlich, wenn seine Stellung als Hauptstadt für die Zukunft gefährdet würde durch Mißverstehen dessen, was Altdeutschland an Rhein und Donau nötig hat. Zu Altdeutschland gehört auch Österreich: es vertritt eine ältere Kolonialschicht als Preußen, und hat, vom Reich getrennt, auch manches neuere Kulturgut bewahrt, das dadurch eigenwilligere Prägung gegenüber Berlin beibehielt, als gleiches an Rhein und Isar. Reichsprovinz im Sinne derer, für die wirtschaftlich, politisch und kulturell alles „Provinz“ ist, was außerhalb Berlins liegt — das wird Österreich niemals werden. Das wird auch niemand im Reich von Österreich verlangen dürfen. Eine europäische Hauptstadt, die durch Jahrhunderte die Hauptstadt Deutschlands war, läßt sich nicht so rasch „provinzialisieren“. Im Gegenteil — sie wird immer versuchen, Teile ihrer alten Bedeutung zu wahren oder wieder aufzunehmen.

Das führt in Gedankengänge, die hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Deutsche Neuordnung ist ein Teilstück der mitteleuropäischen. Wenn schon für einen gesamtdeutschen Staat starre Zentralisierung nicht möglich ist, so gilt das verstärkt von jeder Neuordnung in größerem Raum, die von Bestand sein soll. Es soll auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß der kürzeste Weg von Oberschlesien nicht nur nach Wien durch die Tschechoslowakei geht, sondern auch nach München; Oberschlesien liegt näher an Wien als an Berlin; es ist nur ein Zeugnis der Verkehrszerreißung, wenn die Reisedauer nach Berlin heute geringer ist. Daß der Anschluß zu einer Neuordnung der Beziehungen nicht nur zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei, sondern auch zwischen den beteiligten Völkern führen muß, leuchtet ein. Damit wird er zum Eckstein mitteleuropäischer Neuordnung, wie er, richtig verstanden, zum Prüfstein reichsdeutscher Neuerungen werden muß.

In beiden Fällen wird man mit starren Dogmen irgendwelcher Art nicht auskommen. Differenzierende Lösungen müssen gesucht werden. Sie sind leicht zu finden, wenn man sich als Muster nicht an den phantasiearmen Logizismus französischer Verfassungen, sondern an das meisterhafte Abstufen britischen Reichsbaus hält. Auch deutsche Vergangenheit mit ihrem reichen politischen Formenschatz bietet manches nützliche Beispiel. Der Gedanke an das Reichsland Österreich aber gibt den besten Maßstab für das, was an straffer Einheit auf der einen, an vielfältiger Freiheit auf der anderen Seite nicht entbehrt werden kann.

Zu lernen bleibt in Berlin heute mehr als in Wien. Die Ursache sehen wir darin, daß beide Städte zweierlei gemeinsam haben; nur ist beides in Wien stärker ausgeprägt und darum bewußter: unmittelbare Grenzlage und Exzentrizität gegenüber dem regierten Staatskörper. Die Grenzlage Wiens ist unmittelbarer: man kann vom

Stephansturm in fremdes Land schauen; Berlin kann nur mit weittragenden Geschützen aus entfremdetem Land beschossen werden. Die meisten Wiener kennen die Grenze; die wenigsten Berliner sind mit ihr vertraut. Und auch die exzentrische Lage wirkt unmittelbarer; sie hat sehr früh jene Auseinandersetzungen mit lebensfähigen und lebenswilligen Ländern hervorgerufen, die Berlin erst bevorstehen; das Bewußtsein, in dem Staat, dessen Hauptstadt man ist, nicht nur geographisch am Rande zu liegen, nicht nur im biologischen Sinn auf lebenskräftigere, überwiegend ländliche Gebiete angewiesen zu sein, hat heilsame Folgen. Man gibt sich geringeren Täuschungen über die verfügbaren Machtmittel hin, und verliert nicht so leicht den Maßstab für das, was man als „Provinz“ bezeichnen darf, was nicht. So kann die kleindeutsche Hauptstadt von heute von der großdeutschen Hauptstadt von einst in manchen Punkten lernen; je mehr sie in ihrem ganzen Wesen Weltstadt wird, desto mehr wird man hinweisen müssen auf ihre Grenzfunktion; desto mehr müssen gegenüber den Nachteilen, die eine Millionenstadt als Hauptstadt immer geboten hat und immer bieten wird, bodenständig stabile Körperschaften bewahrt und ausgebaut werden. Je mehr Schotten ein Schiff hat, desto schwerer sinkt es. Einheitsräume sind bequemer überschaubar, aber um vieles mehr gefährdet. Man wird erhalten müssen, was an lebenswilligen Gliedern noch vorhanden ist; keinesfalls darf man den Abstand vergrößern zwischen dem, was die süddeutschen Staaten noch an Eigenleben sich bewahrt haben, und dem, was man Österreich von vornherein zubilligen muß. Man würde damit großdeutschen Aufbau erschweren.

Aber man wird — schon um der Klärung willen, die großdeutscher Ausblick in dieser wie in vielen anderen Fragen erzwingt — nicht darum herumkommen, zu scheiden zwischen Lebenswilligem und Lebensfähigem auf der einen, unbrauchbar Gewordenem auf der anderen Seite. (Daß dazu neben einigen norddeutschen Kleinstaaten auch die meisten Großstadt-Selbstverwaltungen gehören, hat inzwischen manchen landentfremdeten Befürworter von Einheitszwang stiller werden lassen.) Solche Scheidung muß behutsam und streng zugleich erfolgen. Daß dabei nichts geschehen darf, was dem Ziel eines organischen gesamtdeutschen Aufbaus schaden kann — das darf vor weitem Kreis einmal gesagt werden in einer Zeit, in der ein erfolgreicher Kanzler sich mit einer Kassensanierung bescheiden weder darf, noch kann, noch wird.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Deutschland: Die Anschlußfrage (volkstumpolitische, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung); Appell an den Völkerbund (Abrüstung, Minderheitenschutz, Revision der Korridorfrage). — Frankreich: Regierungswechsel und Wirtschaftskrise. — Spanien: Auf dem Wege zur Republik? — Polen: Terror des regierenden Militärs. — Rußland: Stalin sucht seine Macht zu festigen. — Großbritannien: Bilanz der Reichskonferenz. — Afrika: Abessinien verlangt eine Freihafenzone.

Wenn das erste Heft des Jahrganges 1931 unserer Zeitschrift in der Hauptsache der Anschlußfrage gewidmet ist, so bedeutet dies natürlich keinen Zufall, sondern den programmatischen Ausdruck eines gänzlich überparteilichen, aber dafür um so festeren Willens, diese Lebensfrage der deutschen Nation immer und immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Wir werden nicht eher ruhen, als bis diese und jenseits der Grenzen des Reichs nur ein einziger selbstverständlicher Wille zur großdeutschen Lösung besteht. Wir werden nicht nachlassen, dem Ausland gegenüber mit aller Eindringlichkeit zu betonen, daß Großdeutschland im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker kommen muß und kommen wird, und daß damit der Frieden in Europa nur gesichert werden kann.

Nach zwei Fronten gilt es also gleichzeitig zu kämpfen: innerhalb der gesamten deutschen Volkheit und bei allen nichtdeutschen Nationen und Staaten. Man unterschätze die Schwierigkeiten im Bereich des ersten Kampffeldes keineswegs. Der Übergang von bloßer Wirtschafts- und Territorialpolitik zu bewußter Volkstumpolitik bereitet vielen deutschen Menschen noch immer erhebliche Schwierigkeiten. Durch Vereinigung mit Deutsch-Österreich fürchten die einen für das Reich eine industrielle Konkurrenz, die anderen eine Erschwerung der parteipolitischen Lage in Gestalt einer Stärkung von Sozialdemokratie und Zentrum, die dritten haben wieder noch andere Bedenken. Demgegenüber haben wir ein Dreifaches zu betonen:

1. Entweder bejaht man die Weltwende, den Sieg der volkstumpolitischen Belange und des Rechtes der Selbstbestimmung der Völker, dann hat jede kleinliche Sorgerei und Nörgelei zu schweigen. Die Vereinigung der beiden Staaten deutscher Nation ist eine Selbstverständlichkeit, bei der irgendwelche territorial- oder wirtschaftspolitische Befürchtungen bei weitem wettgemacht werden durch das zeitgemäße volkstumpolitische Plus, durch die verstärkte Stoßkraft, mit der sich das Deutschtum dann um die deutschen Grenz- und Streusiedlungen im Sinne der Gewährung einer deutschen Kulturautonomie kümmern kann.

2. Die Reichsdeutschen sollten sich endlich und endgültig klar darüber werden, daß im Falle der Vereinigung mit Deutsch-Österreich keineswegs sie die bloß Gebenden sein würden. Gewiß ist der Lebensstil von Berlin und Wien ein verschiedener; aber es täte uns nüchternen und im ganzen doch wohl zu schnell hochgekommenen Reichsdeutschen nur gut, wenn sich preußischer Pflichtfanatismus und reichsdeutsche Gründlichkeit mit österreichischer Gemütlichkeit und Kulturbegierlichkeit paaren würden. Nicht umsonst ist Wien durch lange Jahrzehnte die Hochburg schöpferischer deutscher Musik gewesen; nicht ohne Grund haben österreichische Fürstensitze, Städte und Klöster für die Entwicklung der gesamtdeutschen Kultur eine so überragende Rolle gespielt! Wir Reichsdeutschen haben fürwahr nicht den mindesten Grund, auf die Deutsch-Österreicher als auf Deutsche zweiter Klasse herabzusehen. Entsetzt packte mich, als kürzlich auf einer Anschlußtagung in Klagenfurt ein aus Wien gebürtiger, jetzt längst als preußischer Geheimrat wirkender Hochschullehrer seinen Hörern erklärte: „Im Reich gilt im allgemeinen ein Österreicher als halber Deutscher, ein katholischer Österreicher als viertel Deutscher.“ Wäre das in dieser Verallgemeinerung auch nur halbwegs richtig, so müßten wir Reichsdeutschen uns wahrhaft schämen, und die Deutsch-Österreicher täten vernünftig, den Anschlußgedanken aus dem Gefühl einfacher Selbstachtung abzulehnen. Aber es ist dem in der Tat nicht so, und selbst leichtfertig urteilende Kriegsteilnehmer wissen längst, daß die deutschstämmigen Truppen des österreichisch-ungarischen Heeres an Heldentum den reichsdeutschen nicht irgendwie nachstanden, die „unzuverlässigen“ Truppenkörper unter gelbschwarzer Fahne niemals Deutsch-Österreicher und niemals Ungarn waren.

3. Es wird im Reich gegenwärtig viel von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den mittel-osteuropäischen Agrarstaaten gesprochen. Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen in Berlin bot Gelegenheit, nicht nur das Minderheitenproblem, die Frage der Revision der Diktatfrieden usw. zu besprechen, sondern auch die bedeutsamste und wohl schlechthin entscheidende Frage, wie trotz der deutschen landwirtschaftlichen Schutzzollpolitik eine intensiver zu gestaltende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ungarn zu ermöglichen ist. Diese Besprechungen mit dem Führer der ungarischen Politik dürften lediglich den Auftakt zu einer umfassenderen Erörterung derselben Probleme mit Bulgarien, Griechenland, Rumänien u. a. m. darstellen. Je mehr man sich von einer solchen wirtschaftlichen Kooperation zwischen Deutschland und den Agrarländern im Osten verspricht, um so bedeutungsvoller muß m. E. die Anschlußfrage gewertet werden. Der natürliche Umschlagsplatz für einen solchen Handelsverkehr kann nicht Berlin, nicht Breslau, nicht Regensburg sein, sondern allein Wien. Deutsch-Österreich bringt bei der Vereinigung mit dem Reich durch Wien, das unersetzliche Handelstor nach dem Osten, einen geopolitischen Aktivposten ein, dessen Wert im Reiche gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die Bejahung der Anschlußfrage dürfte nahezu der einzige Punkt sein, in dem alle deutschen Parteien von den Sozialdemokraten bis zur äußersten Rechten übereinstimmen. Der Verwirklichung werden sich dennoch erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen, weil die außerdeutsche Welt, namentlich der ehemalige Feindbund, den großdeutschen Plan bislang in überwiegender Mehrheit strikte ablehnt. Man weist mit einem Schein des Rechts darauf hin, wieviel Deutschland in den wenigen Nachkriegsjahren bereits erreicht habe: vorzeitige Räumung der Rheinlande, Zurückziehung nunmehr auch des Saar-„Bahnschutzes“ (12. Dezember 1930), Entlastung in der Tributfrage, Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit Übertragung eines Sitzes im Völkerbundsrat usw. Niemand von uns denkt so kleinlich, diesen beginnenden Wiederaufstieg Deutschlands geringschätzen zu wollen. Wenn wir uns trotzdem mit dem Erreichten nicht zufrieden geben können, so ist die Ursache hierfür nicht politische Maßlosigkeit, sondern sie kann nur relativ begriffen werden im Hinblick auf die in der Weltgeschichte noch niemals dagewesenen Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten des Versailler Diktatfriedens. Es ist und bleibt eben doch Tatsache, daß die alliierten und assoziierten Regierungen vorgaben, mit dem Weltkrieg die unglückselige Epoche des „Macht geht vor Recht“ zu liquidieren, daß sie feierlichst versprochen, staatlichen und volkstumspolitischen Belangen gleichermaßen gerecht zu werden, daß sie die hehre Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgaben. Können sie sich wundern, wenn nun Deutschland in ehrlicher Bejahung dieser Weltwende auf die Einlösung des Versprechens pocht und die Beseitigung des allen diesen Grundsätzen Hohn sprechenden Versailler Friedens fordert? Wenn je das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker am Platze ist, so gilt es für das Deutsche Reich und Deutsch-Österreich. Würden nicht im entsprechenden Falle die Franzosen, wenn das französische Rhonegebiet durch internationalen Machtspruch zu einem staatlichen Eigenleben verdammt wäre, mit allen Mitteln aus volkstumspolitischen und geopolitischen Gründen den Zusammenschluß erstreben? Oder würde und könnte sich Italien dabei beruhigen, wenn die Landschaften östlich des Apennin wiederum durch internationalen Gewaltspruch zum staatlichen Abseitsstehen verurteilt würden? Wir müssen solche Parallelen anführen, um dem Ausland klar zu machen, wie sehr die Wunde Deutsch-Österreich den gesamten Körper Europas zu vergiften droht: Seit Jahrhunderten wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches und lange Zeit dessen politische Zentrale, kerndeutsch die gesamte Bevölkerung, wirtschaftlich auf das Zusammengehen mit dem großen Bruder im Westen angewiesen, und dazu diesseits und jenseits der Reichsgrenzen der feste, unerschütterliche Wille, im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker den Anschluß zu vollziehen! Ist überhaupt eine Probe auf das Exempel möglich, wollen sich Entente und Völkerbund nicht dem Verdacht aussetzen, daß alle ihre feierlichen Gelübde elende Phrasen und bloßes Mittel zum Zweck gewesen sind, so müssen sie sich jetzt endgültig dazu ent-

schließen, die Anschlußfrage auch ihrerseits klar und eindeutig zu bejahen. Namentlich für das kommende Geschlecht, das heißen Herzens Wahrhaftigkeit auch in der Politik erstrebt, kann es in diesem Punkte nur ein Entweder—Oder geben.

Daß es den ehemaligen Feindbundmächten nicht leicht wird, sich jetzt ohne Vorbehalt zu ihren früher feierlich verkündeten Grundsätzen zu bekennen, erscheint bis zu einem gewissen Grade verständlich. Denn wer erst einmal A sagt, muß auch B sagen, d. h. in diesem Falle, den Versailler Frieden in seinen Grundzügen preisgeben. Aber glaubt heute ein ernsthafter Politiker in irgendeinem Staate des Abendlandes wirklich daran, daß er auf die Dauer um die Revision der Gewaltfrieden von 1918/19 herumkommen kann? Nicht nur in bezug auf die Anschlußfrage, sondern ganz allgemein wird das Jahr 1931 ein Schicksalsjahr für die deutsche Nation und den deutschen Staat, für Europa und für die im Völkerbund vertretene Welt werden. Drei grundlegende Punkte werden, abgesehen von der Anschlußfrage, von den Völkerbundstagungen im Jahre 1931 einer gesunden Lösung zugeführt werden müssen, sofern der Völkerbund überhaupt seine Daseinsberechtigung erweisen soll:

1. Das Abrüstungsproblem,
2. die Minderheitenfrage,
3. das Korridorproblem.

Zur Frage der Abrüstung haben wir in dieser Zeitschrift des öfteren das Wort genommen und können uns daher hier kurz fassen. Wenn es dem Völkerbund nicht gelingt, in der Frage der Abrüstungen einen wesentlichen Schritt vorwärts zu tun und dabei den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten endgültig auszutilgen, muß der Kredit des Völkerbundes zwangsläufig aufs schwerste erschüttert werden.

Die Minderheitenfrage bedeutet für uns im Augenblick in erster Linie die Genugtuung für die am Deutschtum in Polen begangenen Verbrechen und die Gewähr dafür, daß sich derartige mittelalterliche Exzesse weder in Polen noch in irgendeinem anderen Lande mit deutscher Minderheit jemals wiederholen dürfen. Wenn der polnische Außenminister Zaleski am 26. Dezember 1930 in einem dem „Matin“ gewährten Interview es wagte, die unerhörten Terrorakte abzustreiten und die allgemeine deutschenfeindliche Politik mit dem bezeichnenden Ausdruck „normaler Entdeutschungsprozeß“ abzutun, so wird es unabwiesbare Pflicht des Völkerbundes sein, hiergegen mit aller Schärfe Front zu machen. Wir hoffen dringend, daß Herr Curtius die deutschen Belange in einer Weise vertreten wird, die über die etwaigen Konsequenzen einer Ablehnung oder Verschleppung der deutschen Noten keinen Zweifel läßt.

Schlechthin entscheidend für unsere Stellungnahme gegenüber dem Völkerbund wird endlich dessen Haltung gegenüber dem Korridorproblem werden. Auch hier muß das Jahr 1931 die entscheidende Wendung bringen. Der Rückfall in das politische System der Exklavenwirtschaft ist für Deutschland im Hinblick auf Ostpreußen unter gar keinen Umständen tragbar. So wenig es sich Frankreich gefallen

ließe, der Schweiz einen Rhone-Korridor nach dem Mittelmeer zuzugestehen, so unmöglich ist es für uns, den polnischen Weichsel-Korridor auf die Dauer zu ertragen. „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.“ Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat anlässlich der Grundsteinlegung für die Handelshochschule Königsberg eine Rede gehalten, in der er ungemein treffende Worte über das Korridorproblem sprach. Wir führen nur die folgende Stelle an: „Niemand wird dem polnischen Volke sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten. Aber so wenig ich das an der polnischen Nation verübte Unrecht früherer Zeit gebilligt habe, ebensowenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches Dasein auf ein Unrecht gegen ein anderes, das deutsche Volk, aufbaut. Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meere. Aber wie er dem neuen tschechischen Staate durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterlande losgerissen, hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmstem Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden. Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedung Europas hindernd im Wege stehen.“

Diese Worte des Sozialdemokraten Dr. Braun sollten als der Aufschrei des gesamten deutschen Volkes allenthalben Beachtung finden und zur schleunigen Wiedergutmachung anspornen. Sie stellen keine Drohung dar, keine Geste, sondern sind bitterernst gemeint. Sollte Deutschland wider alles Erwarten auf der Völkerbundstagung hinsichtlich Anschluß Deutsch-Österreichs, Durchführung der Abrüstung, Sicherung der Minderheiten und Lösung des Korridorproblems allein stehen, dann ist damit für uns erwiesen, daß die hehre Idee des Völkerbundes endgültig preisgegeben ist, daß es sich um einen Garantiekonzern der Siegermächte und nicht um eine ehrlich nach internationaler Gerechtigkeit strebende Völkergemeinschaft handelt. Das deutsche Volk würde in diesem Falle in allen seinen Schichten darüber aufgeklärt sein, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbund keinen Segen bringt und es besser ist, diesem verfehlten Unternehmen den Rücken zu kehren. Schöne Worte haben wir in Genf genug gehört; jetzt wollen wir endlich Taten sehen, damit uns der Glaube an die Nützlichkeit des Völkerbundes erhalten bleibt.

Das Bild, das die abendländische Staatengruppe am Ende des Jahres 1930 bietet, ist alles andere denn erfreulich. Dauernder Wechsel des politischen Regimes in Frankreich; dazu das Einsetzen der wirtschaftlichen Nöte auch in diesem Staate, der bislang der allgemeinen Weltwirtschaftskrise zu trotzen vermochte. — Schwere politische Erschütterungen im Reiche des spanischen Königs, dessen Volk

augenscheinlich immer zielbewußter auf die Umwandlung in eine Republik drängt. — Unerhörte innerpolitische Zustände in Polen; gewaltsame Drosselung jeder Opposition gegen den Willen der herrschenden Militärs, die trotz krassester Mißachtung der elementarsten Menschenrechte, trotz evidenter Verhöhnung von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ noch immer das Wohlwollen der im fanatischen Deutschenhaß mit ihnen verbundenen Gesinnungsgenossen in Frankreich genießen. — Was in Rußland vorgeht, bleibt nahezu unübersichtlich. Ein Prozeß gegen „Konterrevolutionäre“ jagt den anderen; Verhaftungen hochstehender Beamte und Offiziere stehen auf der Tagesordnung; Rykow ist nach dem Kaukasus verbannt und wohl nach dem Vorbild von Trotzki endgültig kaltgestellt; unter dem Druck der dauernden politischen und wirtschaftlichen Unruhen hat sich der Parteiführer Stalin am 26. Dezember entschlossen, aus seiner bisherigen Reserve hervorzutreten und das Amt eines Mitgliedes des neuen Rats für Arbeit und Verteidigung zu übernehmen. Allgemein wird dieser Schritt Stalins als Ausdruck einer sehr ernsthaften Gefährdung des bolschewistischen Staates aufgefaßt. — Die große Konferenz des britischen Weltreiches ist zu Ende gegangen, ohne daß selbst die Teilnehmer von ihren Ergebnissen befriedigt wären. Die englische Regierung wird in einem Gesetz mit dem feierlichen Namen „Statut von Westminster“ die staatliche Gleichberechtigung der Dominions mit dem Mutterlande aussprechen und diejenigen Gesetze widerrufen, die mit dieser Gleichberechtigung in praktischem Widerspruch stehen. Der Marinestützpunkt Singapore wird weiter gebaut. Die Entscheidung über die wirtschaftlichen Fragen wird um zwölf Monate vertagt. Innerhalb von zwölf Monaten wird eine neue Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa zusammentreten. In der Zwischenzeit werden die einzelnen Reichsteile die wirtschaftlichen Fragen noch einmal prüfen. Ob man auf dem Boden Kanadas zu besseren Ergebnissen gelangen wird, scheint zweifelhaft. Der englische Dominialminister Thomas hat in einer Unterhausrede die kanadischen Zolltarifvorschläge (siehe vorhergehende Berichterstattung) als „Humbug“ bezeichnet. Darauf hat der kanadische Ministerpräsident Bennett mit außergewöhnlicher Schärfe geantwortet (2. 12.). „Wenn die englische Regierung die Absicht habe, mit dem Geiste der Thomasschen ‚Humbug‘-Rede nach Ottawa zu kommen, dann solle man von vornherein jede Hoffnung auf einen Ausbau des Reichshandels aufgeben. Die Dominions würden sich dann gezwungen sehen, zur Alternative zu greifen und sich im Verkehr mit anderen Ländern den Handel zu sichern, den ihnen das englische Mutterland verweigere.“

Aus Afrika liegen diesmal Berichte über geopolitische Ereignisse besonderer Art nicht vor. Erwähnung verdient jedoch die Meldung aus Abessinien, nach der der abessinische Staat von Frankreich die Überlassung einer Freihafenzone in Dschibuti zur Durchführung des Transithandels begehrt.

(Abgeschlossen Ende Dezember 1930.)

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Fernöstliche Erfahrung und mitteleuropäische Praxis.

[Nachdenkenswertes aus indopazifischem Bereich für das Verhältnis von Deutschland und Österreich zu Mitteleuropa.]

Zentralismus und Dezentralisation — Föderalismus und Unitarismus — Geopolitische Vernunft in Reichs-, Länder- und Gau-Fragen — Grenzen und Grenzgefühl — Gegenspiel rechter und linker Parteien in der Raumstruktur — Verlagerungen — Zusammenspiel mit dem Sowjetgedanken in China, Indien, Japan und den übrigen Monsunländern.

Die trostlose Weisheit, daß Völker aus ihrer eigenen Geschichte nichts lernen, ist uns im Abendland zu oft versichert und jener anderen von dem berufensten Lehramt der Geschichtswissenschaft entgegengehalten worden, als daß wir uns vom indopazifischen Standpunkt aus in diesen Streit der „Alten Welt“ einmischen sollten. Aber offener und rationalistischer — vor allem unverfänglicher — gestellt scheint uns die Frage, ob die Völker nicht aus fremder Geschichte lernen könnten?

Denn fremde Erfahrungen — namentlich wenn ihr Probierfeld wenigstens früher durch weite Ozeanstrecken, Wüstengürtel und Hochgebirgslandschaften reinlich von unseren Marken geschieden war — kosten ja die von ferne Zuschauenden weder Menschen noch Geld, nur ein wenig Nachdenken und gute geopolitische Information, und sind nicht mit Verdrängungen, Unlustgefühlen und innerem Hader belastet. Da uns nun in den Monsunländern aus Zeiten, in denen bei uns noch die Sammelkultur aus freier Faust blühte, schon die Struktur Erfahrungen großer Reiche, Kulturkreise und weitgespannter Wirtschaftsräume zur Verfügung stehen; da China, Japan und Indien Gedanken, die bei uns heute noch Bodenreformer und Edelanarchisten begeistern, nach schmerzlichen Einbußen durch sie schon vor Jahrtausenden beiseitegelegt, andere, uns fremd gebliebene — wie Panchayat und Großfamiliengefüge — durch Jahrtausende erprobt haben, oder mit demselben Feudalgedanken ganz anders produktiv wirtschafteten (Japan), scheint es vielleicht doch der Mühe wert, aus dieser Fülle von Stoff das Nächstliegende herauszugreifen, das für die sicher zur Zeit nicht sehr überzeugende Struktur von Mitteleuropa und ihre mögliche Neugestaltung bemerkenswert erscheint.

Zwischen „Zentralismus“ und „Dezentralisation“ — die zur Zeit Reich, Bayern und Österreich so sehr veruneinigen — pendelt z. B. seit den vier Jahrtausenden, in denen wir es als Lebensform kennen, etwa in der Weise das große China hin und her, daß es zwei Fünftel seiner Geschichte getrennt, lose föderalistisch, dezentralisiert, drei Fünftel mehr unitaristisch, straff gegliedert, zentralisiert verbracht hat. Es formte sogar aus diesen gewiß vielseitigen Erfahrungen das frivol klingende Sprichwort: „Lang getrennt, gehen wir zusammen — lang beisammen — trennen

wir uns leicht“, das fast an unser böses westliches Wort anklingt: „Pack schlägt sich — Pack verträgt sich!“

Da wir auf diesem Erfahrungsgebiet Österreich und Deutschland weit getrennt auf lange Sicht eher auseinander- als zusammenführende Wege gehen sehen, mag es vielleicht unsere kleineren föderalistischen Nachbarn im Süden und Südosten die Schweiz und Österreich — aber auch die Süddeutschen im Reiche — trösten, daß es in Wahrheit gar nicht zutrifft, was man in Deutschland so oft versichern hört: hohe geopolitische Mode der Welt sei der, bestenfalls nachher zu dezentralisierende, straff unitaristische Einheitsstaat. Im indopazifischen Bereich denkt unter den ganz großen Zukunftsmächten niemand daran, die fast überall vorhandenen sehr lebensfähigen föderalistischen Organisationen zu zerschlagen — weit eher hat man Angst vor zuviel Zentralismus (z. B. Australien, China). Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, ihr Nachbar Kanada, die großen Zukunftsmächte Südamerikas, Australien, China, fast alle Vorschläge für das künftige Dominium Indiens, in zunehmendem Maße das britische Weltreich, die Sowjets; sie alle sind aus „Staaten“, mehr als aus „Ländern“ aufgebaut. Die einzige fast nach französischem Verwaltungsmuster zentralisierte indopazifische Lebensform ist das japanische Reich, aber erst seit einem Menschenalter. Und gerade dieses Reich hat in seiner Innenstruktur die alten „Länder“ (kuni) (für unsere größeren mittel-europäischen Raumvorstellungen mehr zwischen Ländern und Gauen in der Größe liegend) ängstlich geschont, so ängstlich, daß viele dieser Natur- und Machtgebiete zugleich seit der Taikwa, der durchgreifenden Beamtenstaats-, Boden- und Sozialreform in der Mitte des 7. Jahrhunderts, keine wesentlichen Formveränderungen mehr durchgemacht haben. Die japanische Staatskultur hat diese natürlichen erdgegebenen Landschaften mit geopolitischem Rationalismus auch als politische Lebensformen durchgebildet, Wabe neben Wabe, wie einen Bienenstock, so daß man heute noch aus einer rein physikalischen Karte der Wasserscheiden und Küstengrenzen für Japan fast automatisch eine solche der politischen Landschaften herstellen kann.

Mit einer ähnlichen Achtung vor dem Gefüge der Natur, nur in viel größerem Raumstil, ist China bei der Struktur seiner „Länder“ der 18, dann 21 „Provinzen“ und seiner Außenlandschaften, heute im ganzen 33 Verwaltungsglieder, verfahren; nur Indien bietet ein mehr geschichtlich als geographisch vorbetontes Bild, das — im Gegensatz zu seinen viel klarer gegliederten Naturlandschaften — fast an die bunten Feudalflickens des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation erinnert. So bietet sich in den Monsunländern ein abwechslungsreiches Experimentierfeld mit mühelos greifbaren Lehrbeispielen dar, fast für alle Fragen, die Mittel-europa zur Zeit am meisten bewegen und seinem Zusammenschluß die größten Schwierigkeiten machen.

Dabei mag uns ein schlechter Trost, aber immerhin ein solcher sein, daß

Indien, mit seiner Europa verwandten Gesamtgröße (so daß die Voraussetzungen einer allindischen Panidee gerade so gegeben wären, wie bei Paneuropa!) für einen Aufbau aus gleichwertigen Teilräumen noch viel unvorteilhafter und willkürlicher, „zufälliger“ (Ausdruck des Simon-Berichtes für die Zusammengehörigkeit von Vorderindien und Burma) gegliedert und vorgerichtet ist als Europa.

Wir haben die Einzelheiten in der „Geopolitik“ bei der Würdigung des am 10. Juni z. B. im „Manchester Guardian“, in den „Times“ in großer Breite veröffentlichten „Simon-Berichtes“ eingehend erwähnt und wollen nur noch kurz einmal die Schwierigkeiten beleuchten, die aus der Verzahnung wunderlich zerlappter, ungleich großer, ungleich dichter und ganz ungleich wehrhafter 9 britisch regierter Landschaftskonglomerate mit 562 sogenannten Fürstenstaaten entstehen müssen. Gewiß sind 327 von ihnen nicht raumwichtiger als die kleineren Feudalglieder, Reichsstädte und Reichsdörfer der mitteleuropäischen Vergangenheit, einige darunter aber doch auf uraltem Rechtsboden stehend, andere wieder politische Eintagsfliegen; und 127 sind, wie etwa Liechtenstein, zu klein, um im Völkerbund z. B. eine eigene Rolle spielen zu können. Aber 108 davon haben zusammen einige 60 Mill. Einwohner, und die Gesamtzahl der Fürstenstaaten nimmt ungefähr zwei Fünftel des indischen Volksbodens und ein Fünftel der allindischen Bevölkerungsmasse mit im ganzen 328 Mill. ein.

Hier steht also ein Problem von fast europägleicher Raumwucht vor uns; und die Schwierigkeiten eines Vizekönigs von Indien werden doch im Grunde nur dann ganz richtig verstanden, wenn man sie denen eines Vizekönigs von Europa vergleicht, der diesen Erdteil mit nicht ganz 200 000 seiner Landsleute und einem verlässigen Heer von einigen 60 000 Mann, einem unverlässigen von etwa 300 000 mit einer zunächst oktroyierten englischen Staatssprache zusammenhalten sollte, die von höchstens so viel Menschen verstanden wird, als etwa Schweizer in Europa leben. Hier also liegt eine riesengroße Übersteigerung sogar der Schwierigkeiten unseres europäischen Organisationsproblems. Fast jeder der einzugliedernden Staaten steht auf verschiedenem Staatsrechtsboden zu der für die Rechtsordnung des Ganzen verantwortlichen Britenkrone.

Die meisten stammen aus ganz verschiedenen Geschichtsepochen: einzelne, wie manche Gebirgs- und Radschputanastaaten sind uralte Bildungen, führen ihre Herrschergeschlechter auf die altindische Heldensage zurück, haben ihre Form (wie etwa Altbayern) durch Jahrtausende behauptet, oder sind aus geschichtlichen Lebensformen mit starker Natureinheit (ähnlich wie Tirol) willkürlich zerrissen worden, und streben heute noch zusammen, wie die nördlichen Landschaften von Hyderabad im Dekkan; Nepal hat sich innerlich vollständig unabhängig behauptet — so stark, wie je nur je ein Gebirgskanton von der Art von Uri, Schwyz, Glarus, Kärnten. In einzelnen Staaten sitzen Islamherrscher über gewaltigen Hindumehrheiten, wie in Hyderabad, in andern, wie in Kashmir, Hindu über unterdrückten Moslim. Einige

Bildungen sind Kontaktmetamorphosen, wie in Europa Belgien oder Böhmen, andere von starker Einheit der Sprache, Rasse, Kultur, wie die Südküstenstaaten Travancore (4 Mill.) und Cochin (1 Mill.), aber wie Kristallbildungen innerhalb ringsum verwandter Gesteine zusammengeschossen. Radjputana als Ganzes ist früher oft mit den mitteldeutschen Kleinstaatenbündeln Thüringens verglichen worden.

Im Gegensatz dazu ähneln die Kantone der Schweiz und die Länder Österreichs in Größe und Aufbau am meisten den stabilsten Gebilden der Monsunländer: den japanischen Flußeinzugsgebieten des kleinräumigeren Südens und des großräumigeren Nordostens. Auch die zähe Dauer von Paß- und Beckenstaaten findet sich erwiesen. Lagengunst von Machtzentralen an Flußwindungen, wie bei Bern und Freiburg, an Seen, wie bei Zürich, inmitten von Seebeckenlandschaften, wie bei Zug haben zahlreiche Widerspiele im fernen Südosten Eurasiens. Sie helfen, den so Begünstigten eine lange politische Dauerkraft vorherzusagen, wenn nicht ein überlegener großräumiger Wille von außen her ihre mehr örtliche Lagengunst überwältigte, wie Alexander beim Ferghanabecken und vor Aornos (dessen Erbe in der Lagengunst heute Tschitral ist), wie Napoleon I. in so vielen Fällen, auch in dem des heutigen Baden, des Flußübergangs von Ulm, an der Franzosensteig, vor Graz und an der Donau vorwärts von Wien. Wiederholten Wandel des Lagenwertes erfuhr wie Wien, so auch Peschawar, erst Grenzfesten der Achämeniden, dann Mittelpunkt eines mächtigen graecoskytischen Reiches, dann wieder Grenzfilter oder Peking, in seinem beständigen Wandel zwischen Vereinigung des Hochsteppenrandes mit den Lößebenen und Stromtälern und ausgesetzter Grenzwacht; China und Japan kennen ein tausendjähriges Pendeln zwischen ihren Kernlandschaften, rastet die eine, trägt die andere das Reich! —

Freilich lehrt auch die fernöstliche Erfahrung mit dem dort viel mehr rationalisierten Länderbegriff dessen Vergänglichkeit, wie die aller Lebensformen. Mußte schon Alexander gleich nach seiner Rückkehr aus Indien die Erfahrung machen, daß mit der von ihm entfesselten intensiveren politischen Dynamik auch die großen persischen Satrapenländer sofort zu groß und unhandlich wurden, so ging es seit 1911 dem Volksstaat der blühenden Mitte nicht besser. Aus den ursprünglichen 18 alten „Ländern“ sind, einschließlich der drei östlichen Provinzen, nun 28 politische Großlandschaften des eigentlichen chinesischen Volksbodens und 5 „Außenländer“ geworden, in die freilich die alte innere Mongolei fast hinein verschwand. Es erwies sich die Notwendigkeit — mit dem Hineingleiten von äußerer Mongolei und Tannu-tuwa in das Sowjetsystem —, die bisherigen Nordwestgrenzmarken Jehol, Chahan und Suiyüan unter Opferung von Teilen von Kansu und Hope zu eigenen Ländern zu machen; ebenso den Südtail der Gobi westlich der Hwangho-Schleife als „Alaschan“, das Kukunor-Gebiet als „Tsinghai“ mit der Hauptstadt Sining, und ebenso den zweifelhaften Besitz der Westmark von Szechuan als „Tschuanpien“, wenigstens auf dem Papier zu sichern, wenn man es auch im Raume größtenteils

erlornen hatte; ein ähnlicher Vorgang, wie in den Resten Westpreußens und Posens und im Burgenland.

Je mehr Raum ihr auf dem Rücken der Erde vorübergehend de facto verloren geht, um so wachsamer sehen wir immer die chinesische Staatskultur wenigstens de jure, auf dem Papier, um der Zukunft keinerlei Rückgewinnungsmöglichkeiten zu verbauen. Finden wir doch in einem scheinbar so modernen Buch, wie dem von Tch'ai-Tsunchun über die „Internationale Lage Chinas“ (Lit. Ber. Geopol. IX/30 Nr. 8), daß darin immer noch mit der nominellen Herrschaft Chinas über Nepal, Bhutan, Burma, Anam, Tonking, ja mit tributären Verpflichtungen Japans, nicht nur Koreas gearbeitet wird: sicher nicht ohne Reflex in chinesischen Volksseelenregungen!

Natürlich läuft man Gefahr, mit solchen als unverjährbar behaupteten, namentlich kulturpolitisch begründeten Ansprüchen in Zeiten brutaler Machtgeltung und nationalistischer, materialistischer Geschichtsauffassung, als Vertreter veralteter geschichtlicher Ansprüche überlegen abgetan und im eigenen Volke verständnislos angestaunt zu werden. Aber hielten nicht in Frankreich Paul Déroulède, Eugène Tenot und der „Tiger“ das Andenken der „Frontière démembrée“ wach, bis sich die Gelegenheit zur „Revanche“ fand? Und wie war es mit Polen? — Wie mit Serbien und Stefan Duschans Kaiserpracht? Selbst mit der Königinhofer Handschrift und ihrer Wirkung?

Noch für einen anderen politischen Komplex, der Mitteleuropa auf Haut und Nägeln brennt, streut Südostasien wertvolle Lehren verschwenderisch aus; für die Grenzen! — Wie klar wird z. B. in Monsunisien die Wahrheit, daß keine noch so starke bloße Naturgrenze (wieviel weniger schlechte naturentlehnte Grenzen, wie die Mitteleuropa zumeist hat) vor beständigem Abreißen schützen kann, wenn nicht die Grenzzonen verkehrsdurchblutet, lebenerfüllt, geistig dauernd überwacht sind. Auf diesem Gebiete schreibt z. B. G. B. Rea in der „Far Eastern Review“ (Nr. 6, Vol. XXVI, S. 278 und 281) dem britischen Weltreich — das sein indisches Glacis zuletzt passiv halten zu können glaubte — eine bittere Rechnung heraus: für die Nordwestgrenze und für die Ausschaltung von Singapore durch den Kanal von Kra.

Er behandelt zuerst die Turksibeisenbahn als Gefahr für Westchina durch verkehrspolitische und wirtschaftliche Umklammerung und Durchdringung; „aber sie ist eine noch viel gefährlichere Waffe für die Pläne der Sowjets gegenüber Indien“. Er sieht die ganze Pufferstaatenpolitik in Afghanistan und Tibet fallen. Das afghanische Eisenbahnsystem vom Kabultal über Kandahar nach Herat und Kuschk (dem Eisenbahnkopf der Russen) sei nicht mehr aufzuhalten, mit ihm die Eisenbahnerschließung Zentralasiens von Rußland aus. „Die Sowjets werden schließlich in Zentralasien triumphieren.“ — Wir müssen die Verantwortung für diesen pessimistischen Ausklang G. B. Rea überlassen! Aber die geopolitische Erfahrung sagt uns, daß der Tätige gewinnt — der Lässige verliert. Das gilt aber

natürlich auch, wenn Mitteleuropa mit den Übergangsgebieten zu Zwischen- und Osteuropa kleinlich um winzige Handelsvertragspositionen marktet und schließlich einmal die wichtigen Fische in den Netzen von Donauföderationen oder östlichen Agrarbindungen wegschlüpfen sieht.

Wer hätte vor 1919 für möglich gehalten, daß Deutsche die afghanischen Eisenbahnen bauen und Kabul mit dem russischen Bahnnetz verbinden würden, ohne daß der britische Löwe welterschütternd aufgebrüllt hätte; oder daß ein dänischer Ingenieur in allem Ernst den Siamesen den Kanal von Kra, die Umgehungswasserstraße gegen Singapore, graben will, um die Lieferungen dafür nach Skandinavien zu bekommen; daß über einem dichter und dichter werdenden siamesischen Bahnnetz die Franzosen einen Primaflugverkehr einrichten würden?

Gewiß wird noch einiges Wasser den Menam und Mekong hinunterlaufen, bis der Zusammenschluß des siamesischen und indochinesischen Bahnnetzes in Battombon vollzogen ist, bis ein zweckmäßiges Verkehrsabkommen im Anschluß an die künftigen Kanalhäfen von Kra die Reise Paris—Hanoi um volle acht Tage kürzt, und den Globetrottern — statt der langen Fahrt um die Malayenhalbinsel — eine interessante Überlandreise mit Bangkok, Angkorvat, Pnom Penh und Saigon beschert, nach der sie den gleichen Dampfer wieder erreichen können.

Auch bis zum regelmäßigen Befliegen der in den „Far eastern airways“ doppelt und einfach gerissenen Flugstrecken hat es noch gute Wege; aber wir zeigen diese rasch vorwärtsdrängenden Verlagerungen und Verlagerungsmöglichkeiten des Weltverkehrs nur als Mahnung, daß wir die Dynamik im Auge behalten müssen und nicht glauben dürfen, weil wir Mitteleuropäer zur Zeit ermüdet, gelähmt und schwunglos sind, stehe die Weltgeschichte, die Verkehrsgeographie still. Man sitzt viel schneller nebendraußen, als man glaubt; und wenn einmal erst die Mehrheiten dadurch arbeitslos und verdienstlos sind, nützen die schönsten Sozialgesetze nichts mehr.

Wir brauchen wirklich nicht für Geopolitik Propaganda zu machen: das tut der Weltlauf ganz von selbst; aber die Gefahr des unbewußten Zurückbleibens, für die meerferne Mitte auch Europas immer groß, droht wieder einmal so dringend wie zu der Zeit, als die Straßen durch Deutschland infolge einer Verlagerung der Weltverkehrswege den gewohnten Verkehr, wie Röhrenwasser, ausbleiben sahen, und die blühenden, an üppigen Aufwand gewöhnten Reichsstädte eine nach der anderen bankrott wurden. Auch vom großen Shanghai weiß ja niemand, ob es in ein paar Jahren ein geplünderteter toter Platz wie Leningrad ist, oder die glänzende Zentrale des Ostens bleibt; und dem stolzen Singapore wagt ein G. B. Rea am möglichsten zu prophezeihen, daß es als Platz dritter Güte abseits der Hauptverkehrswege enden könnte.

Zu solchen rein geopolitischen Möglichkeiten kommen unberechenbare Wandlungen aus soziopolitischen Gründen und Lehren heraus. Es ist wirklich nicht das

elbe, ob die 160 Mill. der Sowjetbünde allein, oder auch noch die südostasiatische Menschenmilliarde das marxistische Experiment im größten Stil probieren und verweifelte Mitteleuropäer dadurch in starke Versuchungen geführt werden. Denn schließlich gibt es auch allerhand Strahlen zwischen Ultrarot und Ultraviolett und wunderliche Extremverbindungen, aus denen ja z. B. die heute in Japan regierende Mehrheit gegen das juste milieu von damals, die Seyukai, hervorgegangen ist. Geopolitisch möglich ist es also: mit Links- und Rechtsradikalen gegen die Mitte regieren; Okuma hat es vorgemacht! Feldmarschall Fürst Katsura die Unterlage dazu geschaffen.

„Wer ist nun eigentlich Kommunist?“ — so stellte Tang-Liang-Li Korrespondent des „Londoner Daily Herald“ und des Berliner „Vorwärts“ für China, der in Europa als Verfasser der „Grundlagen des modernen China“ und der Inneren Geschichte der Chinesischen Revolution bekannt geworden ist) am 30. 6. 1925 von Hongkong aus eine Schicksalsfrage an die „North China Daily News“, die sich auch für Mitteleuropa so wenig leichtthin beantworten läßt wie für China. Denn zwischen Edelkommunisten im Stile Platos, anerkannten Staatsoberhäuptern in Moskau und Kurt Eisners und Bela Khuns Zuhältergarden, zwischen Wang An-Shi, dem Philosophen des 11. Jahrhunderts, der nächst Peru und Moskau das größte kommunistische Staatsexperiment durchführte, und dem Kuli, der heute für seinen täglichen Reis in Changsha oder Hankau eine rote Binde und morgen Abzeichen und Binde der „grünen Speere“ (Hupe) anzieht, gibt es viele Abstufungen; und Tang-Liang-Li wendet sich mit Recht vor allem gegen das vielfach in der angelsächsischen Kolonialpresse beliebte, aber auch in der nächstlichen bekannte Durcheinanderwerfen des linken Flügels von linken Parteien, wie der Kuo-Min-Tang und der Kommunistischen Partei in China (damit wohl auch gegen das Durcheinanderwerfen sehr diverser Linken anderswo!). Vor dem Juli 1927, als Kuo-Min-Tang und Dritte Internationale noch zusammenarbeiteten, hatte diese Gleichsetzung noch innere Berechtigung. Aber Tang-Liang-Li weist mit Recht darauf hin, daß damals alle „Prominenten“ unter den Nationalisten des jungen China diese Allianz mit den Sowjets stützten: Hu-Han-Min; Sun Fo; T. V. Soong; Tan-Yen-Kai; ebenso hat Chiang-Kai-Shek damals oft die Meinung ausgedrückt (so 1925 und 1926), die chinesische Nationalrevolution sei nur ein Teil der Weltrevolution, nach ihr werde die indische an die Reihe kommen, und die Kuo-Min-Tang solle deshalb die Weisungen der Dritten Internationale entgegennehmen. Wang-Ching-wei aber wollte in Kanton Borodin immer nur als Berater gelten lassen, ohne Stimmrecht. Borodin selbst aber erklärte damals: „Gleichviel, ob Kommunist oder Kuo-Min-Tang; sie haben alle Chiang-Kai-Shek zu gehorchen.“ Die entscheidende Sitzung der Kuo-Min-Tang vom 10. 12. 27, in der die Aufhebung der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland beschlossen wurde, stand unter dem Vorsitz Wang-Ching-wei's, des Führers der Linken, die seither (z. B. vom kom-

munistischen „Shiao Jih Pao, Hongkong) genau so bitter befehdet wurde, wie Chiang und Nanking selbst. Die 19 chinesischen Sowjetregierungen mit ihren über 60 000 Mann, deren Moskau sich rühmt, stehen vielleicht ebenso oft mit den Truppen der linken wie der rechten Kuo-Min-Tang im Kampf!

Liegt aber hier nicht auch eine Warnung für mitteleuropäische „Ostpolitik“?

Die Dezembarniederlage der sog. „Ironsides“ und ihrer Kuangsiverbündeten in Kwangtung, 1929, wird zum Teil einem plötzlichen Angriff im Rücken durch kommunistische Truppen zugeschrieben! Nach ihrer Niederlage gingen sie nach Südkwangsi zurück und unterdrückten dort kommunistische Aufstände in Lungchow und Paksik. Zur gleichen Zeit plünderten die Kommunisten einige französische Missionsstationen, was man in Paris sehr wohl weiß. „Seitdem“ (dies spricht wohl die Abneigung gegen den rechten Flügel der Kuo-Min-Tang aus dem Erzähler) „erleben wir das seltsame Schauspiel, daß kommunistische Truppen von den Nationalkingstreitkräften unbehehligt gelassen werden, bestenfalls durch Scheinkämpfe beschäftigt sind, während sie in Angriff oder Abwehr mit den Heeren der Linken kämpfen, deren Unterstützung man sie beschuldigt.“

Die Verwechslung der jungchinesischen Linken mit den Kommunisten wollte natürlich Tang-Liang-Li von Hongkong aus verhindern, vermutlich um das sehr zweifelhafte weitere Zersplitterungsmanöver Wang-Ching-wei's von Peiping aus zu begünstigen. Der vorurteilslose Beobachter von außen aber entnimmt aus dieser Schilderung pro domo wohl nur den Eindruck, daß sich augenblicklich fünf Parteiengruppen in China so im Gleichgewicht der Macht halten, daß keine von ihnen wirklich stark genug zu ordnendem Durchgreifen ist, daß die wirtschaftliche Leistung der 21 Länder, mit Ausnahme der drei mandschurischen, unaufhaltsam zurückgeht und daß damit die wirtschaftliche und soziale Verzweiflung und die Zahl ihrer Mitläufer zunimmt, damit aber auch die anarchische Wirkung der zerstörenden Kräfte, und daß die Schuld dafür — trotz Tang-Liang-Li's braver Mohrenwäsche — am meisten an den (zu rettenden Taten nach links oder rechts gleich unfähigen) Worthelden des linken Flügels der Kuo-Min-Tang liegt. Das geht indirekt auch auf dem mächtigen Wälzer hervor, in dem die Ergebnisse der Konferenz des „Institute of Pacific relations“ vom 23. 10. bis 9. 11. 29 in Kyoto-Nara durch J. B. Cunliffe niedergelegt wurden — trotz Prof. Dr. Bau-Peiping und seinem Streit für die Abschaffung der Fremdenrechte, deren Voraussetzung eben doch unpolitische Kulturjustiz in China wäre, und die gleiche Rechtsgarantie, wie sie der Chinese außerhalb Chinas hat, für den Fremden in China. Aber jeder Tag lehrt, wie weit es daran noch fehlt! — in einer unausgeglichenen und wankenden, labilen Raumstruktur.

Diese große und ernste Frage aber hat erst jüngst auch — gegenüber dem Vordringen des Kommunismus nach gleichem Recht — der Prozeß der Lena-Goldfisch in ein scharfes Licht gestellt. Wer gleiches Recht mit den anderen allerwärts auf Erden will, der muß es selber duldend auch dem in Welt- und Wirtschaftsanschauung

ng Andersgläubigen gewähren. Davon ist Panasien in Moskau, wie Jungchina leichtweit entfernt. Wie steht es im nahen Osten? Wie in „Zwischeneuropa“? Sind wir dort paneuropareif?

Wir ziehen aber diese Entwicklungen zur Auswertung indopazifischer Erfahrung für mitteleuropäische Zustände so eingehend heran, weil sich z. B. der „Austro-marxismus“ bei aufbauenden Anläufen in der gleichen Schwierigkeit befindet, wie der linke Flügel der Kuo-Min-Tang, die ihm nun zuweilen allein aufgebürdet wird, obwohl sich die ganze Linke, überall in Mitteleuropa, in drängenden Lagen, genau wie Chiang-Kai-Shek und Sun-Yat-Sen, gelegentlich des kommunistischen Gewichtes des Schrecks zur Einschüchterung nationaler und konservativer Gegner gern bedient hat und dann die Helfer außen in der Kälte ließ — aber nicht und nirgends ungestraft.

So hat Südostasien den Mitteleuropäern von den Fragen des Reichs- und Länderaufbaus bis zu den Strukturwandlungen innerpolitischer Parteien und ihren außenpolitischen Belastungen durch frühere oder lehrmäßige Bindung sehr viele, zum Teil in mehr als viertausendjähriger Leidenszeit teuer bezahlte Erfahrungen anzubieten, wenn wir nur auf sie hören und einige Folgerungen aus ihnen ziehen wollen. Wir erkennen, daß auch die dem Augenschein so unüberwindlich scheinenden natürlichen Grenzen, wie die höchsten Kettengebirge der Erde, der mittelasiatische Wüstengürtel, oder so gewaltige Wehrbauten, wie die chinesische Mauer kein Schutz sind, wo nicht stets lebendig erhaltene Agrar- und Volksorganisation in Anlehnung an sie tätig ist. Und wir müssen — dort drüben wenigstens — einsehen, daß vom Leiden nur erlöst werden kann, wer immer strebend sich bemüht, und daß nur Hinübergleiten ins Nirwana von dem rastlos sich drehenden Rad beständiger Wiedergeburt und dem Leid des Kampfes ums Dasein befreit.

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Vereinigte Staaten (Etatdefizit. — Steuererhöhung. — Arbeitslosigkeit. — Bauprogramm. — Arbeitslosenhilfe. — Einwanderungssperre. — Fusionspläne der Eisenbahn. — Die Lage gegenüber dem Vorjahr. — Hoover über Ursache der Weltkrise. — Unterbindung der von Sträflingen verfertigten Einfuhr. — Handelskrieg mit Rußland? — Gerüchte über französisch-amerikanische Zusammenarbeit. — Um den Youngplan. — Auslandsinvestitionen.). — Kanada (Königreich? — Die Krise im Kanadischen Weizenpool.). — Das mexikanische Schuldenabkommen. — Kubanische Unruhen. — Unruhen in Kolumbien und Peru. — Brasiliens Grenzerträge. — Präsidentschaftswahl in Uruguay. — Politische Lage in Argentinien und Chile.

Die Jahresbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat natürlich die Wirtschaftsdepression des Landes in Verbindung mit der Weltkrise zum Thema gewählt. Im staatlichen Leben hat sich diese wirtschaftliche Konstellation als Etat-

defizit von 160 Millionen Dollar anstatt eines erwarteten Überschusses von 123 Millionen Dollar ausgewirkt, das sich ebenso aus geringeren Steuereingängen wie aus erhöhten Ausgaben für das Bauprogramm erklärt. Demzufolge wird eine Steuererhöhung im Sinne der Streichung der im Vorjahr vorgenommenen 10%igen Ermäßigung in Aussicht gestellt. Dauernd steigende Ausgaben verursachen die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit, die inzwischen wieder einmal auf 5,3 Millionen Arbeitslose geschätzt worden ist, die ebenso durch das Bauprogramm, durch eine Arbeitslosenhilfe wie durch Einwanderungsbeschränkung bekämpft werden soll. Für öffentliche Bauten wären 150 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitslosenhilfe verfügt zur Zeit über 3 Millionen Dollar, von denen Rockefeller allein 1 Million gezeichnet hat. Unstreitig wichtiger, weil auch über die übrige Welt übergreifend, ist die Inaussichtnahme einer Einwanderungssperre, die laut eines vom Präsidenten des Einwanderungsausschusses, Johnson, eingebrachten Gesetzentwurfes auf 5 Jahre vorgesehen ist. Nur Familienangehörigen von Personen, die ihren Wohnsitz in Amerika haben, und außerdem 100 Spezialarbeitern im Jahr sollte die Einwanderung erlaubt werden. Der Vergleich einer solchen Maßnahme mit der tatsächlichen Einwanderung, die im Vorjahre noch in jedem Monat 24 000 betrug, aber durch die bisherigen Regelungen die sich vor allem gegen die unerwünschte Einwanderung richteten, im Oktober vorigen Jahres schon auf 6000 gesunken war, zeigt doch nur zu deutlich, wie sehr die Möglichkeiten im einstigen „Land der unbeschränkten Möglichkeiten“ eingeschränkt worden sind.

Über Löhne während der Depression vergleiche man „Wirtschaftsdienst“ 1930 H. 50. Der Jahresbericht des Handelsministeriums zeichnet die Lage gegenüber dem Vorjahr. Die industrielle Produktion ist gegenüber dem Fiskaljahr 1928/29 um 6% (am stärksten das Baugewerbe um 14%), die Zahl der Industriearbeiter ist gegenüber dem Vorjahr um 3,7% zurückgegangen. Vergleicht man jedoch den Juni 1929 mit dem Juni 1930, so beträgt der Rückgang der letzteren 13%. Die Gesamtsumme der ausgezahlten Löhne ist um 5,3% gesunken. Der Verkehr auf den Eisenbahnen hat eine Reduktion von 5% erfahren. Die Ausfuhr war um 12%, die Einfuhr um 10,3% kleiner als im Vorjahr.

Die Ursache der Weltkrise sieht Hoover in einem Komplex von Erscheinungen: der Überproduktion, der übermäßigen Spekulation in den Vereinigten Staaten, die auch neuerdings wieder zu einer Anzahl von Bankkrachen und Kurzurückgängen, darunter auch dem Zusammenbruch der Bank of United States, geführt hat, ferner in den politischen Unruhen in Asien und einigen europäischen Staaten, in den Revolutionen Lateinamerikas, in den diesjährigen Dürren der Vereinigten Staaten, die eine erhöhte Farmerhilfe notwendig machten, und in den russischen Verkaufsmethoden. In diesem Zusammenhang taucht die Frage der Unterbindung von Einfuhr, die durch Sträflinge hergestellt ist, auf. Eine dazu

etroffene Veröffentlichung des Schatzamts richtet sich natürlich in erster Linie gegen den russischen Import. Ohne einwandfreien Gegenbeweis, der in einem glaubigten konsularischen Zertifikat zu sehen ist, gegen jene vermutete Fabrikationsort soll keine Ware mehr zum amerikanischen Wirtschaftsraum zugelassen werden. Selbstverständlich ist diese Maßnahme nicht vom Gesetz der Humanität diktiert, sondern entspringt den Besorgnissen des amerikanischen Handels, der durch die Mengen von Getreide, Holz, Mangan und Industrierzeugnissen zu Schleuderpreisen aus der Sowjetunion schwer geschädigt wird. Eine Handhabung der Verordnung bedeutet die Erklärung des Handelskriegs an Rußland und muß zur Unterbindung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion führen, weil es deren Importeuren nach den Vereinigten Staaten nicht möglich ist, den Gegenbeweis anzutreten, da die Union keine Konsulate innerhalb des Russischen Reiches unterhält. So erweist sich die um die russischen Sträflinge besorgte Maßnahme als ein an der Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten orientierter außenpolitischer Schachzug.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik hat Stimson die Gerüchte über französisch-amerikanische Zusammenarbeit in Genf dementiert. Die Äußerungen des deutschen Außenministers über den Youngplan, über Revision und eventuelles Moratorium sind in Amerika ruhig aufgenommen worden. Owen Young hat sich selbst jüngst in einer Rede im Lotosklub zu dem Plan geäußert, ihn noch einmal als eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems bezeichnet, weil er Gewißheit an Stelle von Ungewißheit gesetzt und damit wirtschaftlich wie politisch das wichtigste Ziel erreicht habe, was er zu erreichen vermochte, und weil er die politische Kontrolle beseitigt habe. Young appelliert an seine Nation, daß sie in ihrem Verhältnis gegenüber ihren Schuldnerinnen freieren Blick aufbringen möge, als das etwa ein Privatgläubiger könne. In einer Versammlung amerikanischer Wirtschaftsführer hat Shepard Morgan Deutschlands finanzielle Verhältnisse nicht ungünstig beurteilt. Schacht hat über seine Amerikareise berichtet: das Interesse der amerikanischen Jugend an der jüngeren Entwicklung Deutschlands, seiner in den letzten Wahlen offenbarten strengen nationalen Welle, an Hitler, sei außerordentlich. Ebenso lebhaft verfolge Amerika die Abrüstungsfrage in Europa. Wie wenig aber noch mit einem allgemeinen Entgegenkommen von Seiten Amerikas zu rechnen ist, hat erst allerjüngst wieder eine Debatte über die Reparationen im amerikanischen Senat gezeigt. Der deutschfeindliche pennsylvanische Senator Reed hat es verstanden, wieder mit der ganzen Liste deutscher Verschuldungen — Beseitigung der Kriegs- und Vorkriegsschulden durch Inflation, Schuld am Kriege und Ähnliches mehr — aufzuwarten, Verfehlungen, gegen die Deutschland allerdings mannhaft durch Borah in Schutz genommen worden ist.

Zur Frage der vereinsstaatlichen Auslandspolitik gehört auch eine neue Aufstellung des Handelsdepartements der unmittelbaren Auslandsinvestierungen der Vereinigten Staaten in ausländischen Unternehmungen. Auf Europa

kommen danach 1352 Millionen Dollar, auf Deutschland davon 216 Millionen Dollar, wo sich die Investitionen auf 186 Industrien beschränken, die zu 70% mit der Herstellung von Automobilen, elektrischen Waren, Kunstseide, Eisen- und Kurzwaren und Maschinen beschäftigt sind, auf Polen 51 Millionen Dollar, auf die Tschechoslowakei 4 Millionen Dollar.

Einer Meldung zufolge besteht die Absicht, daß der Sprecher des kanadischen Parlaments dort einen Antrag auf Abänderung des Namens Dominion of Canada in Königreich Kanada einbringen werde. Der Generalgouverneur soll den Titel eines Vizekönigs annehmen, und der König von England soll das Recht haben, dem Adelstitel und andere Auszeichnungen in Kanada zu verleihen. Gleichgültig, ob sich der Plan in Wirklichkeit umsetzen wird oder nicht, daß er überhaupt erwogen wird zeigt deutlich, daß die Zeit der Könige doch noch nicht ganz vorüber ist. Es besteht ja überhaupt kein Zweifel, daß der Zusammenhalt der britischen Dominions zum nicht Unwesentlichen durch die monarchische Spitze in England erleichtert wird. Bestünde diese nicht, so wäre damit ein durch Pietät geknüpftes gefühlsmäßiges Band zu dem Mutterland gelöst, und ein Herr Smith an der Spitze des Staates in Kanada könnte leicht mit einem Herrn Miller in der gleichen Stellung in England in Wettbewerb um die Anerkennung treten. Vom kanadischen Weizenpool sind nach wie vor finanzielle Schwierigkeiten zu berichten, die vermutlich ohne Hilfe der Regierung nicht behoben werden können. Gerüchte über die Auflösung des Pools gehen um.

Gegen das mexikanische Schuldenabkommen hat sich in 11 von den 28 Einzelstaaten Mexikos eine Opposition entwickelt, die gegen die Ratifizierung protestiert. Die Bundesregierung habe nach ihrer Ansicht nicht das Recht, bei der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage dem Staate solche neuen Lasten aufzubürden. Es ist darum noch nicht abzusehen, ob eine Ratifikation möglich sein wird oder nicht. Sicher würde eine Nichtannahme des Vertrags, dessen Bedingungen für Mexiko tragbar sein und die Staatseinnahmen um höchstens 10% belasten sollen, den Kredit Mexikos schwer schädigen und berechtigten Zweifel am guten Willen Mexikos entstehen lassen. Die kubanischen Unruhen sind noch nicht behoben, die Lage ist aber schwer überschaubar. Die Ursache wird in der Unionsfeindlichkeit der Regierung, besonders des Präsidenten Machado, gesehen. Offiziell verlautet, daß die Regierung Herr der Lage sei. Andere Stimmen zweifeln das an und rechnen mit einem baldigen Rücktritt Machados. Auch in Kolumbien ist es jetzt an verschiedenen Orten anläßlich der Wahlen zu blutigen Kämpfen zwischen den Parteien, besonders zwischen Liberalen und Kommunisten, gekommen. Ebenfalls wird aus Peru von ernststen Unruhen berichtet, über die aber genauere Mitteilungen durch eine scharfe Zensur verhindert werden. Zwischen Brasilien und seinen Nachbarstaaten sind in dem an Grenzfragen immer noch reichen Lateinamerika im letzten Jahr mehrfache Grenzregelungen vorgenommen

vorden. So wurden am 9. Januar 1930 in Bogota die Ratifikationsurkunden über den am 15. November 1928 in Rio de Janeiro mit Kolumbien abgeschlossenen Grenzvertrag ausgetauscht. Er setzt die Grenze zwischen der Einmündung des Rio Apaporis in den Japura und dem brasilianischen Dorf Tabatinga am linken Amazonasufer fest. Ebenso ist ein von Brasilien mit Venezuela am 24. Juli 1928 in Rio de Janeiro abgeschlossenes Abkommen im Laufe des Jahres 1929 von beiden Staaten ratifiziert worden. Nach ihm soll die endgültige Vermessung der 1859 (1) festgelegten Grenzen vorgenommen werden. Ferner hat ein Grenzvertrag mit Bolivien (25. Dezember 1928) durch Austausch der Ratifikationsurkunden (27. Juni 1929) seine Rechtskraft erhalten. Schließlich ist der am 21. Mai 1927 mit Paraguay abgeschlossene Vertrag ratifiziert worden. Er bezieht sich auf die Grenzziehung zwischen dem Rio Apa und Bahia Negra. (Nach Petermanns Mitteilungen 1930, S. 317.) Während Brasilien sich wieder normaler Lage erfreut, in Uruguay die Präsidentschaftswahl, in der der liberale Regierungskandidat Dr. Gabriel Terra den Sieg davongetragen hat, ohne Komplikationen vor sich gegangen ist, ist Argentinien noch nicht vollkommen befriedet. Die provisorische Regierung hat ein paar Verhaftungen aus politischen Gründen vornehmen lassen. Wegen der schwierigen Wirtschaftslage ist vorläufig jede Einwanderung verboten. Chile hat sich zum Schutz seiner einheimischen Industrie zu Zollerhöhungen von 447 Artikeln bis zu 35% verstanden, die schon einer Zollmauer gleichkommen. Auch in Chile herrscht keine absolute Ruhe, wie der Bombenanschlag auf den Präsidenten zeigt, von dem nicht zu sagen ist, ob er mit dem seinerzeit in Concepcion unternommenen Putschversuch in Zusammenhang zu bringen ist. So geht ein Ausklang der Bewegungen durch Lateinamerika, zeigt aber diesen Abschnitt des amerikanischen Doppelkontinents immer noch in einer empfindlichen Gärung, für die kaum abzuwägen ist, welche Formen sie in der nächstfolgenden Zeit annehmen wird. Das zeigen am deutlichsten die revolutionären Bewegungen in Guatemala, Nicaragua, Panama, Kolumbien und Venezuela, die sich gegen und um die Jahreswende bemerkbar gemacht haben und im nächsten Bericht zu behandeln sind. Zum mindesten tritt die Neue Welt genau wie die Alte Welt trotz der abebbenden Erregung in einem krisenhaften Zustand in das neue Jahr ein, der fast überall von der wirtschaftlichen Depression beherrscht wird, dem aber auch politische Konfliktpunkte nicht fehlen. Dabei wirken die schweren Erschütterungen, die das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten erlitten hat, nicht nur rein wirtschaftlich auf die iberoamerikanischen Länder ein, sondern bestimmen natürlich auch die geistige Orientierung der Lateinamerikaner an diesem neuen Stadium der von weiten Kreisen lange Zeit für stetig progressiv erachteten Entwicklung der Union. Das bedeutet für den Lateinamerikanismus bewußte Stärkung, die freilich infolge der allgemeinen Weltkrise kaum zum Ausdruck zu kommen vermag.

(Abgeschlossen anfangs Januar 1931.)

ERNST STREERUWITZ:

Österreichs Mission in Europa

Geopolitische Studien werden auf dem Gebiet der Kriegszerstörungen zu einer Art pathologischer Anatomie am Corpus Europae, ihr Ergebnis gleicht einem Leichenbefund an unserer vernichteten kontinentalen Völkergemeinschaft. Man kann das in der Geschichte immer wiederkehrende Streben Frankreichs nach der Rheingrenze, den Wunsch des zaristischen Rußland nach dem Besitz der Dardanellen, Englands Kraftanstrengungen um die Suprematie zur See geopolitisch verstehen, aber die europäische Karte von 1919 ist Pfuscherarbeit der unwissenden Gewalt, beraten durch die Habgier von Machtanwärttern, welche gerade noch die Abbrucharbeit politischer Tagelöhner, nicht aber das Aufbaupolitisches Baumeister zu leisten befähigt waren.

Der deutsche Osten

Europa ist nur eine nach Westen vorgetriebene, zerklüftete Halbinsel des großen eurasischen Kontinents, in die sich Jahrhunderte hindurch die wandernden Völkermassen aus den großen Ebenen Mittelasiens ergossen haben. Von breiten Ausmaßen am Ural nach Südwesten spitz zulaufend, ist es eine wenig geeignete Gußform für diesen Völkerstrom gewesen. Das Atlantische Meer und die Nordsee haben ihn Halt geboten. In Mitteleuropa sind dann durch die Stauung am Rhein zugleich mit dem Nachströmen immer neuer Stämme von Osten her jene Völkerwirbel entstanden, die noch ein Jahrtausend nachher nicht ganz zur Ruhe gekommen sind und so viele Kämpfe einschließlich des Weltkrieges verursacht haben.

Die jahrhundertelange Schwäche des Deutschen Reiches hat es den Slawen ermöglicht, im Weichselland und im Sudetenblock zwei mächtige Keile vorzutreiben, die das Zusammenwachsen des deutschen Landes dauernd verhindert haben. Besonders dem Vorspringen des böhmischen Massivs bis an die Mainquelle ist das Entstehen einer gewissen Fremdheit und zeitweiser Gegensätze zwischen Nord und Süd in Deutschland zuzuschreiben. Niemals hätte Frankreich ein so einheitlicher, zentralistisch zusammengefaßter Staat werden können, wenn es durch fremdvölkisches Zwischenland bis gegen Orleans hin in zwei Teile geteilt gewesen wäre, die nur am Unterlauf der Loire auf 200 Kilometer Länge — entsprechend der Mainlinie — Zusammenhang und Verbindung gehabt hätten.

Im Westen und Süden aufgehalten, mußten sich die Deutschen dem nachdrängenden Slawendruck stellen, und so ergab sich aus wechselvollen Kämpfen die in gewaltigen Bogen verlaufende Grenzlinie, deren südlicher deutscher Vorsprung die zu Verteidigungszwecken begründete Ostmark an der Donau geworden ist.

Das Offenhalten des Ostens war für Deutschland schon deshalb nötig, weil es vom Zugang zum Weltmeer abgeriegelt war und sohin nicht jene Möglichkeiten besaß, die den Spaniern, Portugiesen, Holländern, Engländern und Franzosen zu wertvollem überseeischen Besitz verholfen haben. Das Ordensland um die Marienburg und an der Ostsee, das allen Angriffen aus dem Osten schutzlos ausgesetzte schlesische Gebiet und — *primum inter pares* — das Donaubecken waren der bescheidene Ersatz für Ophir, Südkap und Neuengland, in welch letzterem ein Jahrhundert lang die durch Not reichsverwiesenen Deutschen nur Kulturdünger sein durften. Weiter nach Osten aber gelangten nur Siedlergruppen, die in Podolien, an der Wolga und an den Ufern des Pontus bis heute ihr Volkstum bewahrt haben und nunmehr ins Elend kommen, oder, wieder von der Scholle vertrieben, heimatlos geworden sind.

Österreich in der deutschen Geschichte

In Österreich war den Deutschen großes Schicksal beschieden. Das Donautal war schon die Einbruchspforte für die Hunnen gewesen, später kamen die Avarn und Magyaren auf diesem Wege herein, und schließlich sind in den Jahren 1529 und 1683 die Osmanen bis vor Wien gekommen. Daß damals Mitteleuropa nicht wie der Balkan mohammedanisch geworden ist, war gewiß nicht den zeitweise recht wenig schlagkräftigen Reichsheeren, welche kaum am Rhein die Lage halten konnten, sondern in erster Linie der im Reich so oft scheel angesehenen habsburgischen Hausmacht zu danken. Nachdem 1683 die Türken von Wien endgültig vertrieben und in den folgenden 60 Jahren über die untere Donau zurückgetrieben waren, übernahm Österreich das Kulturwerk bei den befreiten Völkern. Es war dies eine große und zugleich tragische Mission, mit deren Erfüllung Selbstaufopferung verbunden sein sollte. Denn zwei Folgen mußten sich mit zwingender Notwendigkeit ergeben: Einerseits die allmähliche Ablösung vom Mutterreich, das einen so großen selbständigen Staat mit drei Vierteln fremdsprachiger Bevölkerung nicht in seinem Rahmen halten konnte. Die Geschichte der inneren Kämpfe und der Einheitsbestrebungen bis zur gewaltsamen Lösung im Jahre 1866 ist das Ergebnis dieses weder ganz zu trennenden, noch damals fester zu gestalten- den Zusammenhanges. Die andere Verstrickung hat sich aus der die Befreiungskämpfe notwendigerweise abschließenden Besetzung weiter Länder durch die österreichische Macht ergeben. Sie war zum Schutz dieser Gebiete unerlässlich, und sie ist dann zu einer dauernden geworden, weil die nach dem Abzug der Osmanen geschwächt und verstreut zurückgebliebenen Volksstämme zum selbständigen Aufbau

staatlichen und kulturellen Lebens ganz unfähig gewesen sind. Ein Beispiel hierfür bietet die Geschichte der Schwaben im südlichen Ungarn, die inmitten von Magyaren, Walachen und Serben große Niederlassungen gegründet, aber noch starker Schutzes und vieler Organisationsarbeit bedurft haben. Ihr Schicksal unter Österreichs Obsorge war trotz Strapazen, Krankheiten und mühevoller Kolonistenarbeit ein besseres als das der deutschen Amerikawanderer noch viel späterer Perioden, welche schon auf der Seereise durch Leiden und Entbehrungen dezimiert, drüber oft einem Leben überantwortet waren, dessen sklavenähnliche Gestaltung nur aus wenigen Büchern des vorigen Jahrhunderts noch zu erfahren ist.

Die Zerstörung der Doppelmonarchie

Ende des 19. Jahrhunderts kam die Stunde, in welcher die Ostvölker der Monarchie sich großjährig und reif zur Selbstführung ihres Schicksals geglaubt haben. Es wäre auch in diesen Zeiten zur Trennung der Gemeinschaft mit dem wahrhaft nicht gewalttätigem deutschen Führervolk nicht gekommen, wenn nicht äußere Mächte die Unzufriedenheit dieser Völker zu wecken und Selbständigkeitsbestrebungen in ihrem Schoß zu erzeugen verstanden hätten. Es war dies vor allem die große panslawistische Bewegung, die von Rußland so lange angefacht und geschürt worden ist, bis der Schuß von Serajevo den heroischen Todeskampf des Kaiserreichs ausgelöst hat.

Welch wirtschaftlich wohlgewachsenes, zum selbständigen Leben geeignetes Staatsgebilde dieses Land gewesen ist, fühlen wir erst heute nach seiner mutwilligen Zerstörung. Eine wahre Festung — auch nicht durch Kampf, sondern durch Hunger überwunden — war dieses alte Reich aus den drei prachtvoll geschlossenen Räumen des Sudetenlandes, des Alpenlandes und des Karpathenlandes aufgebaut, reich versorgt mit Naturschätzen, deren gewerbliche und industrielle Verarbeitung hoch entwickelt gewesen ist, und im Besitz von weitem, fruchtbarem Ackerland, das Brot hingab und dafür willig Waren eintauschte. Österreich-Ungarn wird für alle Zeiten das Schulbeispiel eines geopolitisch einwandfrei eingerichteten Staates sein. Durch die oft gelästerte Hausmacht fest zusammengehalten und wirtschaftlich gesund, ist es den Künsten zum Opfer gefallen, welche wir vor dem Krieg als die hohe Politik mit Ehrfurcht anzusehen pflegten, welche aber dann die Entfachung des Weltkrieges verschuldet und in den ihm folgenden Friedensverträgen ihr Meisterstück so jämmerlich verdorben haben.

Einsicht und Umkehr

Zehn Jahre hat es gedauert, bis das dumpfe Gefühl eines begangenen Verbrechens an der politischen Vernunft die europäischen Völker zu erfüllen begann, und nur werden uns allerlei Pläne beschert, welche einen ärmlichen Notersatz des unwiederbringlich verlorenen Guten schaffen sollen. Zwei Kräfte sind am Werk, welche

einander bald störend durchkreuzen, bald sich zur Einheit gestalten wollen. Auf der einen Seite das schlechte Gewissen der Sieger und Mitsieger, welche einen starken Gegner nur mit äußerster Anstrengung der vereinten Kräfte zu bezwingen vermochten. Sie fühlen, daß ein tüchtiges, hochkultiviertes, selbstbewußtes Volk von 70 Millionen nicht jahrzehntelang in der Stellung robottpflichtiger Parias verharren kann. Auf der anderen Seite setzt sich die Erkenntnis durch, daß die europäische Zersplitterung in der mit den Mitteln des modernen Verkehrs sich langsam, aber sicher zusammenschließenden arbeitsteiligen Welt nicht zur Ordnung und zum Wohlstand führen könne. Nun möchte man über die tief ins Fleisch einschneidenden Fesseln hinweg freundschaftliche Verbindungen anknüpfen, und man glaubt, politische Unterdrückung und wirtschaftliche Kooperation zu einem neuen System vereinigen zu können. Aus dieser doppelten, aber unvereinbarlichen Zielsetzung haben sich schließlich zwei Reformpläne ergeben — groß dem Umfang nach, aber keineswegs groß in ihrer Konzeption. Der eine mit dem Charakter eines Notbehelfs, der auf die alten zerstörten Bindungen teilweise zurückgreift, ist die Herstellung der sogenannten „Donauföderation“. Der andere strebt unter dem Namen Paneuropa wohl beiläufig in der Richtung notwendiger Zukunftsentwicklung, will aber organischen Aufbau durch mechanische Zusammenlegung ersetzen. Diese Probleme haben ihre erste Pflegestätte in Genf gefunden, dem Standort des Völkerbundes, der ersten Materialisation eines künftigen Weltwillens, welche als einziges vielleicht dereinst werthabendes Ergebnis von dem „Kreuzzug“ des mit starken Vorsätzen ausgefahrenen und geschlagen und betrogen heimkehrenden Wilson übriggeblieben ist. Derzeit ist dieses Weltparlament noch gänzlich ungeeignet zur Lösung der großen, unserem Zeitalter gestellten Aufgaben — ebenso durch das Unrecht seiner Machtverteilung, wie durch die Schwäche seiner Willensdurchsetzung.

Paneuropa

In Genf war es, wo der Widerpart Poincarés, der hellstichtigere Briand, dem Österreicher Coudenhove den Paneuropabegriff aus der Hand nahm, um ihn lediglich als Konsolidierungsmittel des Gewaltfriedens zu benutzen. Ganz unmittelbar ward mir dieser Eindruck — und er hätte gar nicht der Verstärkung durch die „französische Aktion“ von Herriot und Troquer in Wien und in anderen Großstädten bedurft —, als ich gemeinsam mit dem bald nachher verstorbenen Stresemann in Genf im September 1929 dem „Paneuropafrühstück“ anwohnte, bei dem Briand zum erstenmal mit seinen Vorschlägen klarer hervorgetreten ist. In verantwortlicher Stellung als Leiter der Außenpolitik Österreichs war es mir damals versagt, meine Ansicht über die Tendenz dieses Antrages rückhaltlos zu äußern, und ich mußte mich auf die Bemerkung beschränken, die Wie-

deraufrichtung der nunmehr wieder geradezu prähistorisch gewordenen europäischen Wirtschaft sei nicht derart denkbar, daß man die einzelnen Länder wie Pflastersteine nebeneinander ordnet und mit einem Farbpinsel das Wort Paneuropa überschreibt. Organischer Aufbau sei nötig, der die Völker zu einem lebendigen Wirtschaftskörper zusammenschließt.

Sechs Monate später, anlässlich der Breslauer Verhandlung des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstages“, war mir die Möglichkeit geboten, diesen Gedanken in den folgenden Worten klarer zu formulieren:

„Eine europäische Staatengemeinschaft muß von Innen heraus wachsen, muß sich organisch aufbauen wie ein Naturkörper, ein kristallinisches Gebilde. Länder, die eine gewisse historische nationale oder wirtschaftliche Affinität besitzen, müssen sich zunächst zusammenschließen. Wir haben in Mitteleuropa solche Länder, welche diese Zusammenarbeit gewohnt und für sie vorbestimmt sind. Wenn Österreich und Deutschland sich wirtschaftlich zusammenschließen, vielleicht unter Teilnahme noch eines oder des anderen besonders günstig gelegenen Staates von ähnlichem inneren Aufbau und mit annähernd gleicher Kulturhöhe, wenn dann Deutschland die Brücke zu Frankreich zu schlagen vermöchte und wir Österreicher die altgewohnte Verbindung mit dem Osten herstellen, dann könnte ein natürlich gewachsenes, gesundes Mitteleuropa entstehen, aus dem später Größeres werden mag. Aber im Wege einer Abstimmung darüber, wer rasch und freudig an solchem politischen Verein von Unterdrückern und Unterdrückten teilnehmen will, lassen sich so ungeheure Probleme nicht lösen. Auf diese Art können nicht haltbare Staatenverbände entstehen, sondern höchstens das, was ein Apostel der Geopolitik als „Staatsromane“ schaffensfreudiger, aber lebensfremder Reformen bezeichnet hat.“

Wandlung in Deutschland

Seither ist in Deutschland eine bemerkenswerte Änderung eingetreten, und auch verantwortungsbewußte Führer finden nun andere Worte als noch vor Jahresfrist. Immer stärker wird die Meinung, daß bei aller Abneigung gegen Abenteuer und Friedensgefährdung die hundertprozentige Erfüllungstendenz in der Abgründlichkeit führt, und es hat sich auch schon gezeigt, daß der lauter gewordene deutsche Ruf nach Durchsetzung seiner unveräußerlichen Rechte und seiner begründeten Ansprüche immer mehr Echo auch dort findet, wo es vor kurzem noch gar nicht erwartet wurde. Je länger die Widerstände betreffend die Wiedereinsetzung Deutschlands in kolonialen Besitz andauern — wie stark dieser Wunsch ist, haben die letzten Maiverhandlungen des deutschen Ausland-Institutes in Stuttgart, insbesondere in ihrem Höhepunkt, in der Rede des Geheimrates Dr. Kastl, erkennen lassen — um so stärker wird auch der Druck des wirtschaftlichen Expansionsstrebens Deutschlands nach dem Osten anwach-

en, wo es nach Beseitigung einiger unheilvoller Irrtümer in den Friedensverträgen ohne politische Bedrohung junger Staaten wieder Helfer und Beistand auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu werden Anspruch erheben kann. Und da bedarf es nun wahrhaft keiner langen Erörterungen, um erkennen zu machen, daß für diese Aufgabe, soweit der deutsche Süden in Frage kommt, das österreichische Donauland noch einmal im Laufe der Geschichte große Bedeutung bekommen wird.

Österreichs deutsche Zukunft

Man hat unser Land in den letzten Jahren mit allerlei, halb wohlwollendes Mitleid, halb Geringschätzung verratenden Beinamen belegt. Wenn das Pseudosiegerbewußtsein südlich temperamentvoller Journalisten Österreich einmal als den Spucknapf Europas zu bezeichnen gewagt hat, so kann dies mit dem Hinweis abgetan werden, daß das österreichische Volk auch in Zeiten tiefster Not und Erniedrigung sich würdiger verhalten hat, als gewisse Großsprecher, die bei uns nach dem Krieg eingeladene Gäste gewesen sind. Aber auch der „Rangierbahnhof“ und die „Drehcheibe“ Europas wünschen wir nicht zu sein. Wir sind, ganz einfach und bildlos gesprochen, ein wichtiger Teil des deutschen Volkes, von dem wir uns durch kein Diktat trennen lassen. Wir harren in Ruhe des sicher kommenden Tages, an welchem das Reich, wiedereingesetzt in die ihm nach Geschichte, Volkszahl und Leistung gebührenden Rechte, seine Erschließungsarbeit im Osten wiederaufnehmen und des Donauweges dringend bedürfen wird. Die seinerzeitige Konsolidierung im Russischen Reich wird diese Aufgabe stark erweitern. Nicht Lockung und nicht Drohung werden unser Fernziel verändern können. Die Zeit ist mit uns, weil die Vernunft mit uns ist. Die geopolitischen Kräfte sind stärker als Diktate von Staatskanzleien. Mögen Feindschaft und Selbstsucht noch viele Hindernisse auftürmen, immer öfter zeigen sich dem aufmerksamen Beobachter auch Zeichen einer Verstärkung der politischen Einheit, verbunden mit festerem Heilungswillen. Wir dürfen nicht Mut und Hoffnung verlieren. Tatkraft und Beharrlichkeit, wirkend auf den festen Grundlagen des Rechtes, werden allen Widerstand überwinden.

OTTO MAULL:

Die politisch-geographische Struktur

Im Oberflächenbild Mitteleuropas bildet das östliche Alpenvorland eine mäßig breite Gasse, die die bequemste Verbindung zwischen dem inneren Süddeutschland und Südosteuropa ermöglicht. Im Norden wird sie begrenzt vom Bojischen Massiv, im Süden lagert breit der Gebirgswall der Ostalpen. Diese Bergländer wirken gleich zwei Bastionen, die ebenso Stärkung der voralpinen Durchgangs- und Pfortenland-

schaft wie deren Bedrohung aus der Flanke bedeuten können, je nach ihrer politischen Zuteilung. In einem Staat, der den geographischen Raum „Mitteleuropa“ erfüllt, werden diese Landschaften, die die geomorphologische Struktur des heutigen Österreich bestimmen, die politische Raumaufgabe des Grenzschutzes gegen Südosten und damit nicht nur die Abwehrstellung, sondern auch die Vermittlung dorthin zu übernehmen haben. Mit dem Augenblick der ersten Einordnung dieser Gebiete in den Schauplatz der deutschen Geschichte ist diese Funktion tatsächlich von ihnen ausgeübt worden. Denn nach der Vernichtung des Awarenreichs durch Karl den Großen ist hier ein breiter Markengürtel mit der ausdrücklichen Aufgabe des Grenzschutzes geschaffen worden. Damals gebot der Markgraf von Friaul in Istrien, Krain und Karantanien bis zur Donau; und östlich der Enns ist der Awarische Limes als Vorläufer der späteren bayrischen Ostmark entstanden. In dem großen Raum hat das 798 zum Erzbistum erhobene Salzburg missioniert und kolonisiert und damit das hervorragende Kolonisationswerk des bayrischen Stammes begonnen, das aber zunächst aus Mangel an Siedlern nur geringe und lediglich regionale Erfolge zu zeitigen vermochte, und dem furchtbaren Rückschläge nicht erspart geblieben sind. Denn die Gebiete nördlich der Donau und östlich der Leitha waren Zonen sehr zweifelhafter Botmäßigkeit. Es hat sich darum auch sofort gezeigt, daß aus der bojischen Hochlandsfeste allemal Gefahr drohte, wenn sie in fremder Hand ist, und daß das Alpenvorland wohl den friedlichen Verkehr und die Expansion nach außen begünstigt, daß es sich aber auch leicht in eine Stelle verheerenden Einbruchs verwandeln kann, wenn sie nicht genügend abgesperrt ist. Vornehmlich das von der Natur so klar umhegte Bojische Massiv hat durch der Zeiten Dauer die Tendenz zu unabhängiger slawischer Staatenbildung gezeigt, die in dem Großmährischen Reich Swatopluku, dem frühen Vorgänger des heutigen tschechoslowakischen Staates, damals die erste Verwirklichung fand. Die slawisch-romanische Alpenbevölkerung hingegen war durch die Talschaftsgliederung ihres Wohnraums viel zu sehr aufgesplittert, als daß sie dazu ein Seitenteil hätte bilden können. Allein nicht von Böhmen, sondern von Pannonien an ist der Markensaum eingedrückt worden. Dort erschienen in dem nach dem Zusammenbruch des Awarenreichs entstandenen politischen Leerraum die Ungarn, bedrängten mit ihren Vorstößen die zerfallende fränkische Universalmonarchie und das sich aus ihr bildende, innerlich noch schwache Deutsche Reich. Die Zurücknahme der Reichsgrenze aus Pannonien bis an die Enns (907) ist die Folge gewesen.

Erst mit der neuerlichen Sammlung der Kräfte im Reich und mit dem Drange zu einer wirklichen völkischen Expansion bei den deutschen Südstämmen hat sich ein soliderer Ausbau der Marken vollzogen, als ihn das fränkische Erobererreich zu geben vermocht hat. Diese Hauptwelle der bayrischen Kolonisation, für die nach dem entscheidenden Sieg über die Ungarn bei Augsburg (955) der Weg nach Osten frei lag, gewann die bojische Randzone, das Alpenvorland und den größten Teil der

talpen. Sie hat damit den deutschen Volks- und Kulturboden in Österreich geschafften in einem stetig vordringenden Prozeß der Besiedlung und Eindeutschung, der vom 10. bis zum 13. Jahrhundert währte. Bezeichnenderweise hat er in dem breiten Landschaftsgrenzsaum der Alpen gegen das pannonische Becken haltgemacht. Wiederum ist diesem zurückgewonnenen Raum die Grenzsonderstellung zugefallen, wie seine abermalige Einteilung in Marken zeigt. Neben der Ostmark, Österreich (976 an die Babenberger), entstehen die Mark Kärnten (976 mit Istrien und der Mark Verona vereinigt und zum Herzogtum erhoben), von der die Kärntnermark abgetrennt wird (1036; nach ihren Markgrafen, den Ottonen von Steier [seit 1056], Steiermark genannt), und die Mark Krain.

Im Gefolge der Kolonisation hat sich damit in dem großen peripherischen Raum der erster politischgeographischer Sonderungsprozeß gemäß der größeren Landschaftseinheiten in Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain vollzogen, der auch später seine Bedeutung nicht verloren hat, wiederauflebte (z. B. in der Länderteilung Ferdinands I.) und in den Kronländern der Doppelmonarchie wie in den Bundesländern des heutigen Österreich weiterlebt. In ähnlicher Weise hat sich Tirol allmählich vom bayrischen Kernland abgelöst und hat Salzburg als geistliches Fürstentum seine Sonderstellung gewahrt. Die Verklammerung der tirolischen Talschaften durch Brenner und Reschenscheideck, die Becken von Krains und Krains, die Verwurzelung des steirischen, österreichischen und salzburgischen Vorlands im Hochgebirge gaben die geomorphologischen Grundzüge in den Lebensräumen dieser Sonderbildungen ab.

Fast gleichzeitig mit diesem Prozeß der Sonderentwicklung, der durch das peripherische Milieu ausgelöst worden ist, setzt aber ein Vorgang großartigster Sammlung innerhalb der Grenzgebiete ein. Er ging von der Zentrallandschaft des Wiener Beckens aus, dem dank der von dort nach allen Seiten hinstrebenden Verkehrsachsen und -flächen (Alpenvorland, nördliche und südliche Längstalfurche der Donau, Pannonien, Mähren, Bojische Hochfläche, die sich am verkehrsgünstigsten zum Wiener Becken neigt) eine die Landschaften im vollen Umkreis hochgradig verbindende Kraft innewohnt. An ihr haben sich die Expansionstendenzen zu bündeln vermocht. Die Kraft dazu war errungen durch den Sieg des Territorialismus über die Universalpolitik in Mitteleuropa, der sich in dem Verzicht auf alle weiteren Versuche zur Bildung einer nationalen Staatsmacht äußerte und die Reichsgewalt auf die Entwicklung einer starken Hausmacht zu gründen begann. In zwei Räume kamen für die Bildung einer solchen politischen Zentrallandschaft innerhalb des spätmittelalterlichen Mitteleuropa in Betracht: der Nordosten und der Südosten. Beide waren großräumig genug. Beide waren Kolonialland und darum frei von der historischen Tradition des Westens. Das hat ihnen Übergewicht über das in engräumige Landschaften und Stammesgebiete gegliederte und dazu in dynastische Territorien zersplitterte deutsche Kulturland ge-

geben. Mit dem Griff der Habsburger (1276) nach dem südöstlichen Kolonialland war ihrer Hausmacht zeitlich zuerst die Aufgabe gestellt, das Problem der Herrschaft über Mitteleuropa in territorialem Sinne zu lösen. Der Weg längs der alpinen Leitlinien war schon durch die Babenberger eingeleitet worden: 1192 kam die Steiermark an Österreich, das selbst manche Abrundung im Alpenvorland durchführte. Von Habsburg wurde er weiterbeschritten: 1335 Kärnten, 1363 Tirol, 1380 Besitzungen der Grafen von Görz in Krain und Istrien, 1382 Triest, 1363—1409 Vorarlberg, 1500 Rest der Grafschaft Görz, 1504 tirolisches Unterinntal und südliche tiroler Gebiete. Damit war der Weg zur Adria und rückwärts zum Reich erschlossen, welcher letzterer bis zum Breisgau, zum Elsaß und nach Württemberg begangen wurde. Eine Expansion vom Wiener Becken aus mußte aber naturgemäß auch nach dem Norden, Osten und Südosten streben, selbst wenn dabei in den beiden letzteren Richtungen der deutsche Volks- und Kulturboden längst überschritten wurde. 1526 fielen Böhmen und Mähren, die Lausitz, Schlesien und Ungarn, 1598 Siebenbürgen an Habsburg zu, ein riesiges Ländergebiet, von dem aber der größte Teil Pannonien erst in einem von der Abwehr zur Offensive gegen die Türken übergehenden Kampf erworben werden konnte. Das war 1699 zugleich mit der Besitznahme von Kroatien und Slawonien geschehen. 1718 erfolgt eine Abrundung des kontinental-südosteuropäischen Raums durch die Einbeziehung des Banats, und vorübergehend werden auch die Kleinen Walachei, in Nordserbien und in der bosnischen Randzone Glacisgebiete vorgeschoben. Aber schon hat auch Habsburg Einbuße zu verzeichnen: 1648 ist linksrheinische Besitz an Frankreich gekommen, und 1748 verliert es Schlesien an Preußen. Allein das 18. Jahrhundert ist im allgemeinen noch die Phase grobartiger peripherischer Ummantelung der Kernlande im Süden, Nordwesten und im Nordosten gewesen. Österreich erwirbt 1714 Mailand, Neapel und Sardinien, das 1720 gegen Sizilien eingetauscht wird, und die Niederlande, 1718 Gradisca, 1772 die Zips, Galizien und Lodomerien, 1775 die Bukowina, 1779 das Innviertel, 1795 Westgalizien. Die verbindende Einheit zwischen dieser Streuung zusammenhängender österreichischer Gebiete über Europa gewährleistete das Reich, dessen Kaiser die Habsburger waren. Aber schon setzen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Raumschwankungen ein, die ihren Höhepunkt in der napoleonischen Zeit erreichen: 1735 verliert Österreich Neapel und Sizilien, Tortona und Novara; auch der Ersatz in Parma, Piacenza und Guastalla wird 1748 wieder verloren gebüßt. 1797 tauscht es für die Niederlande und die Lombardei Venedig, Istrien und Dalmatien ein. Der Friede von Preßburg (1805) raubt ihm aber diese Gebiete wieder; dazu verliert es Burgau, Passau, das Innviertel, Tirol-Vorarlberg und Wien der Österreich (es gewinnt Salzburg, Berchtesgaden und als Sekundogenitur Wien an Preußen). Der Schönbrunner Friede (1809) vergrößert den Verlust um Salzburg, Berchtesgaden, das Hausruckviertel, Görz, Monfalcone, Triest, Krain, den Villacher Kreis, Kroatien, Fiume, Galizien und böhmische Exklaven in der Lausitz. Der Wiener

Kongreß (1815) bringt mit Ausnahme der Niederlande, Vorderösterreichs, Westgaliziens und Krakaus, welches letzteres erst 1846 an Österreich heimfällt, alle seit 1797 abgetretenen Gebiete zurück. Das Ergebnis dieses Vorgangs ist die Konsolidierung zu einem großen einteiligen Staat, der aber nur zum kleinen Teil Mitteleuropa und dem Deutschen Bund angehört und aufgehört hat, das Reichsganze mit habsburgischen Territorien im Süden und Westen zu umklammern. Der Verzicht auf die deutsche Kaiserwürde und die Beschränkung der habsburgischen Herrscher auf den Titel eines Kaisers von Österreich ist der staatsrechtliche Ausdruck dafür.

Schon mit der frühen Anlage der Staatszelle im Wiener Becken und dem von dort aus vorschreitenden räumlichen Kristallisationsprozeß ist der politische Dualismus zwischen dem Nordosten und Südosten Mitteleuropas geboren worden. Mit der Entwicklung beider Staaten, Brandenburg-Preußen und Österreich-Ungarn, zu europäischen Großmächten ist er verhängnisvoll für das Deutschtum in Mitteleuropa geworden. Naturgemäß war Brandenburg-Preußen, das dank seines rein mitteleuropäischen Charakters einer innigen Verklammerung mit dem übrigen Mitteleuropa fähig war, geeigneter, das Problem einer neuen Einigung des mitteleuropäischen Raumes zu bewältigen, als der zum großen Teil südost- und osteuropäische Habsburgerstaat, der zu sehr aus Mitteleuropa herausgewachsen und damit in seinen politischen Zielsetzungen der deutschen Frage weitgehend entfremdet war. Solange der Dualismus zwischen Brandenburg-Preußen und Österreich bestand, konnte darum nur eine kleindeutsche Lösung befriedigend sein. Das hat zur Abspaltung Österreichs von dem Reichskörper und damit aber auch bedauerlicherweise zur Abspaltung eines erheblichen Teiles des deutschen Volks- und Kulturbodens geführt. Dieses Deutschtum in dem von dem deutschen Kernraum nun völlig isolierten Großstaat war raum- und volkshinreichend zu schwach — 1910 machten die Deutschen in der Doppelmonarchie 23,3% der Bevölkerung aus —, um wirklich führend sein zu können. Die Deutschen in Österreich-Ungarn standen lediglich als die größte Nationalität den 9—10 anderen Nationalitäten in einem ausgesprochenen Nationalitätenstaat gegenüber, der aber nach wie vor nur durch den territorialen Gedanken zusammengehalten war.

Diese völkische Struktur der Doppelmonarchie, die nach der Herauslösung aus dem Reich nur wenig mehr als ein halbes Jahrhundert alt geworden ist, hat von vornherein den Keim zum Untergang des Großstaates in sich getragen, trotzdem Österreich-Ungarn sich einer nicht zu unterschätzenden großartigen Raumbundenheit in der Ländereinheit um die mittlere Donau erfreute. Denn sie hat den Habsburger Staat von den alten und sich neubildenden Nationalstaaten des Westens und der Mitte Europas abgerückt, ihm die Prägung eines überalterten Raumtyps gegeben und ihn zum Träger eines überlebten fremdgeborenen Staatsgedankens gestempelt, der aber nicht fertig werden konnte mit dem

sich aufbäumenden Nationalismus der gleichfalls landschafts- und ländergebundenen Völker innerhalb und außerhalb seiner Grenzen. Damit hat sie den Habsburger Staat in die Flucht der Territorialstaaten der Osthälfte Europas — Osmanisches Reich, Österreich-Ungarn, Rußland — gestellt, die an den Nationalbewußtsein der Einzelglieder ihres völkischen Strukturgefüges über kurz oder lang zerbrechen mußten.

Das Pochen des italienischen Nationalismus am habsburgischen Reichsgebäude, das 1859 zum Verlust der Lombardei, 1866 zu dem Venetiens geführt hat, ist ein ernstes Menetekel gewesen, das aber nicht beachtet worden ist. Denn 1878 (1908) ist mit der Okkupation bzw. der Annektion Bosniens und der Herzegowina der vorterritorialen Staatsprinzip diktierter Weg weiterbeschritten worden. Nach der Auflösung von dem Reich war Habsburgs Politik im allgemeinen im gefährlichen Widerspiel mit Rußland südostwärts orientiert. Die in Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reich errungenen Siege schienen diese zu rechtfertigen. Allein der Ausgang des Weltkriegs hat die Peripetie nicht ausgelöst, sondern beschleunigt. Aus dem einstigen Großstaat ist gleich einem Rumpf-Ungarn ein Rumpf-Österreich herausgeschnitten worden ohne Rücksichtnahme auf den physischen Raum und die kulturndlandschaftlichen und völkischen Zusammenhänge. Zwar hat dieser gewaltsame Herauslösungsprozeß einen Nationalstaat geschaffen, der aber weit davon entfernt ist, den deutschen Volks- und Kulturboden der einstigen Doppelmonarchie zu umfassen. Nationale Probleme doppelter Art sind darum diesem Staat, von denen, die für seine Gestaltung verantwortlich sind, als Patengeschenk in die Wiege gelegt worden: Irredenta der abgetrennten Deutschtumsteile nach innen und Irredenta des gesamten Österreich nach außen — zum Deutschen Reich.

In Analogie zu den Rückentwicklungsvorgängen in anderen Großstaaten ist auch Österreich wieder zu dem Areal zusammengeschrunpft, von dem es einst ausgegangen ist. Es ist wieder Ostalpen- und Alpenvorlandsstaat geworden und wurzelt kulturndlandschaftlich in dem Boden, den seinerzeit die bayrische Kolonisation dem Deutschtum erworben hat. Allein sein Gebiet bleibt hinter der Fläche des deutschen Kolonisationsraums weit zurück (vgl. Darstellung der Grenzprobleme Österreichs). Dazu hat der nur 83 833 qkm große Staat, der seinem Flächeninhalt nach mit Bayern in die gleiche Größenordnung der politischen Raumgebilde auf deutschem Boden gehört, eine höchst unglückliche Gestalt. Vom Vorarlberger Rhein bis zum Donaudurchbruch erstreckt er sich etwa um 575 km in die Länge. Sein östlicher Abschnitt hat dabei nur eine durchschnittliche Breite von ungefähr 225 km. Im westlichen verschmälert sich diese aber auf 60—70 km und örtlich auf viel weniger (35 km!). In dem österreichischen Anteil an Tirol trennt im Grunde nur ein Talgebiet, das des Inns, das Deutsche Reich von Italien.

Dieses grausam zurückgeschnittene Österreich hat nicht nur schweren Verlust an deutschem Volksboden zu beklagen, sondern es weist schlimme Strukturfehler auf, und es ist zudem in eine außerordentlich bedrängte politische Nachbarlage gekommen. Fast allseits ist es von Staaten umrahmt, die über eine größere, zum Teil übermächtige Bevölkerungsmenge verfügen. Lediglich die Bevölkerung der Schweiz ist geringer (4 Mill.) als die Österreichs, das 1928 6,7 Mill. E. (das Deutschland in Österreich-Ungarn betrug 1910 über 12 Millionen Menschen) trug. Dagegen überherbergen Jugoslawien 13, Ungarn 8,5, die Tschechoslowakei 14,4, Italien 40,5, das Deutsche Reich 64,5 Millionen Menschen. Daraus ergibt sich ein politischer Druckquotient von 21,6, d. h. die Bevölkerung der Nachbarstaaten ist 21,6mal größer als die Österreichs. Man darf dabei freilich nicht übersehen, daß dieser politische Druck nicht ohne weiteres in die politische Rechnung eingesetzt werden darf. Denn er kann durch günstige politische Beziehungen, zu denen gerade die mehrfache politische Nachbarschaft die Möglichkeit bietet, gemildert werden. Von vornherein scheint auf Grund dieser einfachen Rechnung keine künftige Beziehung Österreichs zu günstigeren Aussichten zu eröffnen als die zu dem bevölkerungsreichsten Nachbarn, zum Deutschen Reich.

Dieser hohe politische Druck erklärt sich nicht allein aus der zufälligen politischen Raumaufteilung der Umwelt Österreichs in vorwiegend weit flächengrößere, darum auch volkreichere Staaten, sondern er ist in hohem Grade durch die Schwäche der österreichischen Bevölkerungsstruktur bedingt. Mit Ausnahme von Jugoslawien (48) ist die Volksdichte sämtlicher Anrainerstaaten höher als die österreichische, die 79 beträgt. Die Ungarns ist 86, die der Tschechoslowakei 97, die Italiens 125, die des Deutschen Reiches 135. Man wird das verständlich finden, wenn man sich des vorwiegenden Gebirgscharakters, ja Hochgebirgscharakters wesentlicher Teile Österreichs erinnert. Allein auch die Volksdichte der Schweiz ist wesentlich höher; sie beträgt 94. Denn in viel größerem Maße weist Österreich unbesiedelte und unbesiedelte Gebiete auf als die Schweiz, die von Osten nach Westen immer größere Flächen des Gesamtareals beanspruchen. In allen Bundesländern (außer Wien), in denen die alten Landschafts- und größeren politischen Einheiten von einst weiterleben, bleibt die Dichte unter dem Mittel, das nur durch die Mitverrechnung der hohen großstädtischen Dichte von Wien erreicht wird. Der Volksdichtewert beträgt für Niederösterreich 77, Oberösterreich 73, Burgenland 72, Steiermark 60 — alle vier haben noch wesentlichen Anteil an den Vorländern vor den Alpen —, Kärnten 39, Salzburg 31, Tirol 25, Vorarlberg 54.

Der Anteil am Vorland oder an den Alpen beherrscht also die raummäßige Entfaltung des Lebens in Österreich und betont die außerordentliche Geltung der geomorphologischen Struktur für die Lebensraumentwicklung und besonders die Siedlungsstruktur dieses Staates. Im allgemeinen sind die Alpen, die den größten Teil der Fläche Österreichs einnehmen, im

Abschnitt der Ostalpen viel breiter entwickelt als in der Schweiz. $1\frac{1}{2}$ mal so breit sind sie im Meridian Gardasee-Füssen wie in dem Meridian Luzern-Langensee; und in der langen Endlinie Wien—Görz schwellen sie auf das Doppelte der Schweizer Breite an. Zwar mildert sich in Ostösterreich mit dem abnehmendem Hochgebirgscharakter die Siedlungsfeindlichkeit des Gebirges. Sein Rand ist durch Hügellandschaften gelappt; siedlungsfreundliche größere und kleinere Becken, die meist den großen Talzügen eingeordnet sind, und zwischen denen ebenfalls dichter besiedelte Talstrecken und niedrige Paßübergänge verbinden, schalten sich ein. Allein dazwischen liegen auch hier große siedlungsarme Räume. Zwischen den kalkalpinen Plateaus der Nordalpen ziehen waldige, oft nur spärlich besiedelte Talzonen. In den Zentralalpen steigt dagegen die Besiedlung längs der Talfurchen und an den Hängen meist höher in das Gebirge empor. Diese Verschiedenheit der Lebensraumentwicklung in den Kalkalpen und den Zentralalpen wiederholt sich auch in Westösterreich. Allein hier schränken auch die Zentralalpen infolge ihrer Höhenentwicklung und Massenanschwellung den Siedlungsraum mehr ein als im Osten. Nur wenige Talgebiete — Rheintal, unteres Illtal, Inntal (samt den südlichen größeren Seitentälern), Querverbindung zum Pongau-Pinzgau — stellen darum im Westen die Zentren der Entfaltung des Lebens dar. Sie ordnen sich alle der nördlichen Längstalfurche ein, die durch das Ennstal die Verbindung zum Osten gewinnt. Ähnlich wie in Vorarlberg liegt auch im Osten das Siedlungsschwergewicht im Vorland: in der mittleren Steiermark, das gegen Osten in das südliche Burgenland übergeht, vornehmlich aber im Wiener Becken und von da an in der ganzen Flucht des Alpenvorlandes bis Salzburg westwärts. In der Übersicht über die Verteilung der vornehmsten Siedlungsräume innerhalb des Staates ergibt sich ein durchlaufender Zug: Kärntner Becken, Mittelsteiermark, Burgenland, Alpenvorland, Inntal und Rheintal liegen samt und sonders unmittelbar an der Grenze oder grenznah. Diesem peripherischen Saum gehören auch alle größeren Städte Österreichs an: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Villach, Klagenfurt, Graz, Wien Neustadt. Keine von ihnen ist mehr als 50 km von der Grenze gelegen; die meisten weisen geringeren Abstand auf. So legt sich auf fast allen Seiten (nur Tirols Zerstückelung hat an der Südgrenze dieses Prinzip gestört) ein Gürtel maximaler Siedlungsentfaltung peripherisch um einen relativen Leerraum im Inneren. Er wird noch verstärkt durch das Mißverhältnis in der Verteilung der Bewohner auf Land und Hauptstadt, die ihre Entwicklung als Kapitale eines Großstaates genommen hat. Jeder vierte Österreicher ist ein Wiener, während nur jeder sechzehnte Reichsdeutsche in Berlin wohnt. Die Österreicher sind darum in ihrem weitaus größtem Maße Grenzlandbewohner, die sich wohl innig und heimatreu den Naturwundern ihres Hochgebirges im Zentrum des Landes verbunden fühlen, aber den Ströme des Lebens nach über die Grenze in fast allen Windrichtungen blicken. Dabei entstehen naturgemäß entsprechend der das Zentrum umlaufenden Gestalt

des vornehmsten Lebensraumes Blickrichtungen und in ihrer Folge auch politische Orientierungen nach den verschiedensten Seiten hin, die in nicht gerade günstiger Weise in ihrer Mannigfaltigkeit auf das gesamte politische Leben in Österreich zurückgewirkt haben. Die Gliederung in Landschaften verschiedenster Größe, Umgestaltung und Schau hat auch zur Herausbildung von Volkstypen in den größeren Einheiten (z. B. Tiroler, Kärntner, Steirer) oder gar zu solchen geführt, denen eine Landschaft oder ein Talschaftsabschnitt (z. B. Vintschgauer, Pustertaler, Ober-, Untertal) ihre Eigenart gegeben hat, so daß es schwer ist, in dem Begriff Österreich sehr viel allgemeingeltendes Konkretes sehen zu wollen.

Diese Eigenart wird erhöht durch die Verkehrsstruktur, die ebenso bedingt wird durch die Gestalt des Landes wie durch die hochgradig von der Natur bestimmten Wege. Man muß sich, um die Verkehrsbeziehungen im Inneren und in ihrem gleichzeitigen Verhältnis nach außen zu würdigen, klarmachen, daß die Luftlinienentfernung von Innsbruck nach Wien fast viermal weiter ist als die nach München. Auch von Salzburg ist es doppelt so weit nach Wien als nach München. Die Bregenzer, Dornbirner und Feldkircher haben nach Zürich nur ein Fünftel des Weges nach Wien zurückzulegen. Aber selbst die Luftlinienentfernung Klagenfurt—München ist nur ganz wenig größer als die Klagenfurt—Wien. So wirkt rein entfernungsmäßig der größte Teil Österreichs (einschließlich Südtirols) zum Deutschen Reich, wohin die Bande des Volks- und Kulturzusammenhangs führen, während ein Zusammenschluß mit Südosteuropa als ein volkswidriger anzu sehen ist. Weder der Tiroler, noch der Salzburger und Kärntner hat z. B. irgendwelche Beziehungen zu Ungarn. Die in solchem Sinne abzugrenzende reichsdeutsche Einflußsphäre reicht etwa bis zur Enns, nach Selzthal und bis in die Mitte des Kärntner Beckens. Sie umfaßt also Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und die Hälfte Kärntens. Das Bevölkerungsschwergewicht liegt allerdings zum wesentlichsten Teil östlich dieses Grenzsaums und bedingt damit den nicht zu unterschätzenden Dualismus in der Blickrichtung gegen Nord und Nordwest und gegen Ost und Südost. Dieser Dualismus, der sich selbstverständlich nicht entsprechend der gegebenen Raumaufteilung auswirkt, wird verstärkt durch den Ausbau der Wege. Nur an einem einzigen inneren Bahnstrang sind Tirol und Vorarlberg mit dem östlichen Österreich verbunden, während drei Hauptbahnlinien über die deutsche Grenze führen. Aber auch das Kärntner Bahnnetz hängt nur mit einer einzigen direkten Strecke mit Wien zusammen. Selbst nach der Steiermark führen von Wien nur zwei Linien. Unangenehme lokale Lücken sind die durch die Abtrennung Südtirols mangelnde Verbindung zwischen Osttirol und dem übrigen Tirol, ebenso das Fehlen eines direkten Verkehrsweges zwischen Graz und Klagenfurt. Das südliche und das nördliche Burgenland sind ohne eisenbahnliche Verknüpfung. Im ganzen ist die dem Land eingebaute Verkehrsstruktur infolge der Zerstückelung der Doppelmonarchie ein unglücklicher Torso eines einst großzügig angelegten, in Wien

zusammengerafften Strahlennetzes. Seit den Tagen der Doppelmonarchie sind Österreich und Donau eine enge begriffliche Synthese miteinander eingegangen, die aber für die Struktur des heutigen österreichischen Staates weit mehr Beachtung findet, als sie es verdient. Unbestritten ist die Donau eine Weltverkehrsstraße, vielleicht mehr der Zukunft als der Gegenwart, und selbstverständlich wird auch Österreich aus solcher Entwicklung seinen Nutzen ziehen, wie das im gegebenen Maße schon heute geschieht. Das heutige Österreich aber in seiner Verbundenheit mit dem Donaunsystem als den Nachkommen der Donaumonarchie anzu sehen zu wollen, geht nicht an. Der westlichste Teil Österreichs gehört dem Rheingebiet an, und Südtirol ist das Einzugsgebiet der Etsch. Der Großteil Österreichs entwässert allerdings zur Donau. Aber nur die kleinen Alpenvorlandflüsse Steyr, Traun, Enns, Ybbs, Traisen münden in die Donau auf österreichischem Boden, während der Hauptfluß Iller, Lech, Isar auf deutschem Boden, Inn als Grenzfluß, Leitha, Raab auf ungarischem, Drau samt Mur auf jugoslawischem Boden aufnimmt. Zudem bedeuten die meist gefällsreichen Flüsse für die Verkehrsgestaltung in Österreich wenig. Bei solcher Verkehrsstruktur ist Österreich bestimmt keine Drehscheibe des Verkehrs an Mitteleuropas Südostseite, wie die Schweiz an derselben Südwestseite. Es ist aber ein wichtiges Ausfallstor nach Südosten (Alpenvorlandsrouten) und Übergangsland (Brennerlinie, Tauern-Karwankenbahn mit Verbindung nach Südosten, Südbahn, die die Route von Prag—Linz aufnimmt und sich in die Linien nach Venedig und nach Triest bzw. Fiume oder Belgrad bzw. Split gabelt). Nur Wien kommt eine Stellung im Bahnverkehr zu, wie sie auf mehrere Punkte in der Schweiz verteilt ist.

Noch weniger läßt sich die Wirtschaftsstruktur Österreichs mit der der Schweiz vergleichen. Die Schweiz ist ein blühender kleiner Staat mit einer ungemein gewerbstätigen, willenskräftigen, ja willensharten Bevölkerung, die in ihrem industriellen Wirtschaften von einem ähnlich gearteten Bauernstamm unterstützt wird, der aber keineswegs mehr das tragende Element des Staates darstellt. Sie ist zudem seit Generationen eines der traditionellen Länder des internationalen Fremdenverkehrs. Die einzelnen Züge dieser Charakteristik wiederholen sich wohl bis zu gewissem Grade in Österreich. Sie ergeben aber im ganzen doch ein völlig anderes Bild. Am eindeutigsten zeigen sich die Unterschiede aus der Gegenüberstellung der zahlenmäßigen Verteilung der Wirtschaftsflächen und der Betrachtung der Berufsstruktur beider Staaten. In der Schweiz kommen auf den Ackerbau 13%, den Wald 21%, Wiesen und Weide 41% der Gesamtfläche; 25% sind unproduktiv. In Österreich sind dagegen nur 10% unproduktiv; dagegen entfallen auf den Ackerbau 25%, den Wald 38% (!), Wiesen und Weide nur 27%. Eine prozentual viel geringere Bedeutung im Gesamtwirtschaftsgefüge spielt hier die Almwirtschaft. Österreich ist vor allem Bauernland und Waldland (Forstwirtschaft). Noch eindringlicher wird der wirtschaftsstrukturelle Unterschied zwischen dem

beiden Alpen- und Alpenvorlandstaaten bei der Musterung der gesamten Berufsstruktur. In der Schweiz sind von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 26% in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, 45% (!) in Industrie, Gewerbe und Bergbau, 17% im Handel und Gewerbe, 12% in öffentlichen und häuslichen Diensten tätig. Die letztere Gruppe faßt in Österreich 11%. Auch auf Handel und Gewerbe entfallen 16%. Dagegen kommen auf Industrie, Gewerbe und Bergbau nur 30%, während der Prozentsatz der in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei Beschäftigten auf 43% (!) ansteigt. Ihrer kulturlandschaftlich wie berufsstrukturellen Gliederung nach erweist sich die Schweiz damit als ein Industriestaat des westlicheren Europa, Österreich dagegen als ein viel weniger stark industrialisierter Ackerbaustaat und ein Waldland im Übergang zum östlicheren Europa. Der Grund zu solcher Artung in Österreich ist eine durchschnittlich größere Eignung der Gebirgslandschaften zu landwirtschaftlicher Ausnutzung als in der Schweiz, aber auch eine bei der ungleich größeren Fläche geringere rationelle Erschließung im höherwirtschaftlichen Sinne. Nur in den offeneren Gebieten hat solche in stärkerem Maße eingesetzt. Örtlich wurde sie auch angeregt durch Bodenschätze (Eisen, Salz); und in jüngerer Zeit gewinnen in dem an Steinkohlen armen Österreich sowohl die Braunkohlen, wie vor allem aber die Wasserkräfte als Betriebsstoffe eine immer bedeutsamere Rolle. Diese wirtschaftliche Differenzierung gegenüber der Schweiz macht sich in der Außenhandelsstruktur weniger bemerkbar. Beide Staaten führen in erster Linie Fertigwaren aus. Immerhin entspricht in der Schweiz nur ein Viertel des Ausfuhrwerts der Fertigwaren dem der Rohstoffe und Nahrungsmittel, während in Österreich dem letzteren ein Drittel der ersteren Ausfuhrgruppe gleichgesetzt werden muß. Dabei ist die Wirtschaftlichkeit in Österreich entschieden geringer. Denn der Ausfuhrwert des wesentlich größeren und volkreicheren Österreich ist um ein Viertel geringer als in der kleinen Schweiz, bei passiver Handelsbilanz in beiden Staaten.

Ein Staat ist nicht allein zu begreifen aus der Betrachtung seines Bodens und seiner darauf siedelnden, sich bewegenden und wirtschaftenden Bevölkerung. Erst eine innige Synthese zwischen Boden und Bevölkerung, die in der Staatsidee gefunden wird, schafft den lebensfähigen Staat. Ein Staat ohne Staatsidee vegetiert, lebt eigentlich nicht in höherem Sinne. Es entsteht damit die Frage, welches Österreichs Staatsidee sein kann. Niemals darf aber bei der Suche nach der Staatsidee Mittel und Zweck verwechselt, und in der Verfassungs- und Regierungsform der Inhalt der Idee gesehen werden, wie es in billigem und darum auch weitverbreitetem Irrtum (in Österreich und auch anderwärts) vielfach geschieht.

Drei Zielsetzungen allgemeiner Art haben dem Leben der Staaten in alter und neuer Zeit die notwendigen Impulse gegeben: der territoriale Gedanke, der je nach den Gegebenheiten engräumig oder weiträumig gedacht werden kann, der nationale Gedanke und das Streben nach Wirtschaftsmacht. Auf Österreich an-

gewendet, scheidet der letztere bei der schmalen Wirtschaftsbasis des Staates, die kaum zu bescheidener Selbstgenügsamkeit ausreicht, aus. Im Verein aber mit kräftigeren Wirtschaftsgebieten, der in der Donaukonföderation häufig empfohlen wird, etwa eine wirtschaftliche Staatsidee finden zu wollen, ist eine müßige Sache. Der Anschluß an solche bedeutet Abhängigkeit, bringt vielleicht wirtschaftliches Genügen und auch Wohlfahrt, kann aber niemals zu einer notwendigen Zielsetzung im Sinne einer Staatsidee führen. Man darf in Zweckmäßigkeiten nicht den Ersatz für hohe Zwecksetzung erblicken wollen. Der territoriale Gedanke ist von dem Wiener Becken aus am großartigsten von dem Habsburger Staat gedacht worden. So lange er das Deutsche Reich und die östlichen Außengebiete umfaßte, hat er als Plansetzung für die Errichtung eines stattlichen Reichsgebäudes zu fungieren vermocht, in dem das deutsche Volk die Hausordnung bestimmte. In seiner Beschränkung auf die Donau-, Sudeten- und Karpathenländer trat er jedoch in bösen Widerstreit zu den nationalen Gedanken der einzelnen territorial beherrschten Völker, der schließlich im Auseinanderfall der Doppelmonarchie seine Ohnmacht offenbarte. Eine abermalige Zusammenfassung des gleichen Länderkomplexes unter dieser oder jener Form müßte über kurz oder lang das gleiche Ergebnis zeitigen. Die territoriale Staatsidee, engräumig gedacht mit Beschränkung auf den heutigen Staat, müßte erschrecken vor der Mißgestalt und der unzureichenden Struktur des letzteren. Es bleibt darum im Grunde als Kern der österreichischen Staatsidee der nationale Gedanke, der sich in erster Linie der unerlösten Brüder in den gewaltsam abgetrennten Gebieten zu erinnern hat, der sich aber gleichzeitig des viel breiteren und viel stärkeren Zusammenhangs des österreichischen Deutschtums, quer über die reichsdeutsche Grenze zum Hauptkörper des mitteleuropäischen Deutschtums, bewußt sein muß, von dem Österreichs Deutschtum nur ein Glied ist. Im Grunde ergibt sich damit für Österreich mit solcher Bejahung des Anschlusses an das mitteleuropäische Deutschtum nur eine negative Staatsidee für den heutigen österreichischen Staat, der sich aufgibt, um im größeren Ganzen neue Lebenskräfte zu gewinnen und neue Zielsetzung für sein Teil zu finden.

Freilich bedeutet die Volks- und Kultureinheit eines Areals bestimmt nicht der Weisheit letzten Schluß für die Absteckung der Staatsgrenzen. Die Gesamtstruktur der Gebiete, die sich vereinigen wollen, wird übereinstimmen bzw. sich harmonisch ergänzen müssen, wenn es zu einer wirklichen Verschmelzung zu gemeinsamem Leben kommen soll. Ein Zusammenschluß Österreichs mit dem Deutschen Reich basierte in erster Linie auf der Einheit des Volkes und der Kultur, ja sogar auf der der Stämme. Denn die Bajuwaren setzen zum wesentlichen Teil, die Alemannen zum kleineren, das Volkstum in Österreich zusammen; dazwischen gibt es in untergeordnetem Maße auch fränkische Kolonisation. Keine bessere und zwingendere Formulierung hätte der Wille zum Zusammenschluß finden können als die des Artikels 2 des von der provisorischen Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes

am 10. November 1918: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Die völkischen Klammern zwischen dem Deutschen Reich und Österreich bleiben aber nicht die einzigen. Sie werden durch die möglichen wirtschaftlichen Beziehungen und durch die raumgegebenen physischgeographischen Verknüpfungen in höchstem Grade verstärkt. Es ist natürlich irreführend, wenn Bindungen für der Zeiten Dauer ihrem wirtschaftlichen Werte nach mit dem kaufmännischen Kalkül abgeschätzt werden, das die Gegenwartsverhältnisse berücksichtigt (etwa die Schwierigkeiten, die der österreichischen Industrie durch die Konkurrenz der deutschen entstünden!). Dagegen ist es wichtig festzustellen: Österreich kommt nicht als Bettler. Dafür bürgen seine Land- und Forstwirtschaft, seine Bodenschätze und Wasserkräfte, Wirtschaftsquellen, die in größerem Verbände nationeller ausgewertet werden könnten, der aber auch dem heute wirtschaftlich schwachen Österreich die breite Rückendeckung zur wirtschaftlichen Expansion nach dem Südosten zu geben vermöchte. In dem Sinne träte das Verhältnis des mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes zu seiner südöstlichen Einflußsphäre in eine neue Phase der Entwicklung. Die raumgegebenen Beziehungen lassen sich im Grunde erschöpfen durch den Hinweis: Österreich ist in jeder Hinsicht ein Stück mitteleuropäisches Land. Für die Verbindung zwischen Alpenvorland, das selbst den großen Verkehrsweg nach Südosten darstellt, mit den Alpen kann gerade Österreich (aber auch die Schweiz) erläuterndes Beispiel sein. Die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Österreich ist schon 1910 dahin analysiert worden, daß sie „nicht die äußerste Grenze des großen deutschen Länderindividuums, des großen mitteleuropäischen Landes, das die Geographie Deutschland nennt“, ist, „sondern nur die Grenze des heute bestehenden politischen Begriffes, des Deutschen Reiches. Es ist also eine geographische Grenze zweiter Ordnung, die geographische Provinzen voneinander scheidet, eine innere Grenze... So wird Deutschland seine natürliche Ergänzung jederzeit in Österreich suchen müssen. Ein großes mitteleuropäisches Deutschtum lebt nach wie vor, ob die politischen Begriffe dafür geprägt sind oder nicht. Wenn auch periodisch politische Unvernunft eine künstliche Schranke dem Austausch der nationalen Kulturschätze zwischen dem Reich und den östlichen Ländern zu setzen suchte, so hat doch Kunst und Wissenschaft in allen Blütezeiten unserer Kultur unzerreißbare Bande zwischen uns und unseren österreichischen Brüdern zu knüpfen gewußt und ein Alldeutschland in der Ideenwelt aufgerichtet, das uns in der rauen Wirklichkeit bisher versagt blieb“ (Maull, Die bayerische Alpengrenze, Marburg 1910). Diese Sätze, vor zwanzig Jahren geschrieben, haben in den zwei Jahrzehnten ihre Geltung nicht verloren und können vielleicht mehr als damals der notwendigen politischen Orientierung in der österreichischen Frage dienen.

Mit dem Anschluß wäre dem Deutschen Reich seine südliche und südöstliche Grenzmark gewonnen, und Österreich fiele damit die Funktion der Grenz wacht und

der Vermittlung mit den südlichen und südöstlichen Vorländern zu. Das ist die Aufgabe, die Österreich seiner ganzen geographischen Eigenart nach von früh an innerhalb der Reichseinheit hatte. Ihre Lösung war schon damals auf Grund einer bestimmten Sonderstellung im Reich (Markgrafschaft) gedacht, die auch heute abermals die Einfügung Österreichs in das Reich erleichtern müßte und damit auch der Position von Wien gerecht zu werden vermöchte. In dem Sinne hängt die Anschlußfrage eng mit dem Problem der Ländergliederung innerhalb des Reiches zusammen, die Österreich in dieser oder anderer Abrundung seine Eingliederung als Land zusichern müßte. Österreich hat als Habsburger Staat seine Einflußnahme in dem östlichen und südlichen Vorfeld territorial, z. T. auch mit nationaler Bindung (deutsche Kolonisation im Südosten) versucht. Ihm hat die fremde nationale Bewegung Schranken entgegengesetzt. In der Zukunft könnte die dortige Einflußsphäre Österreichs in Verbindung mit dem Deutschen Reich nur wirtschaftlich gedacht werden. Österreich hätte in solcher Bindung, beschränkt auf den einstigen Kolonisationsboden, betraut mit den Aufgaben von ehemals, wenn auch in neuer Prägung, heimgefunden zum mitteleuropäischen Deutschtum und zum Deutschen Reich. In der griechischen Mythologie begegnet uns ein Riese Antäos; er war ein Sohn Gäas. Wann immer er seine Mutter Erde berührte, gewann er neue Kraft und war dann unbesiegbar. Möge Österreich durch die Berührung mit der Muttererde, auf die es zurückgezwungen ist, die Kraft zur Erkenntnis der einzigen Möglichkeit zu einer fruchtbaren politischen Orientierung und damit zur künftigen Phase seines Lebenswegs gewinnen!

HAROLD STEINACKER:

Auswirkungen des Raumes in der österreichischen Geschichte

Von den historisch-politischen Individualitäten, die dauernd oder zeitweise zu den „großen Mächten“ zählten, trifft bei keiner so wie beim Habsburgerreich das Wort zu, daß ihr Bild, von der Parteien Haß und Gunst verzerrt, in der Geschichte schwanke. Wer nach dem inneren Sinn dieser Reichsbildung fragt, hört von den Historikern ganz widersprechende Antworten. Die einen sagen: die einzige Triebkraft, die hier waltete, war der Machtwille einer Dynastie; daher war das Ergebnis eine unorganische Ballung von Provinzen, die angegliedert, vertauscht, verloren wurden; und daher mußte sich Österreich aus Italien und Deutschland verdrängen lassen und schließlich 1918 in viele Staaten zerfallen. Denn es hatte keine Idee, kein inneres Organisationsprinzip. So mußte es zerbrechen, als für die Staatsbildung im 19. Jahrhundert ein organisches Prinzip, eine wirkliche Idee maßgebend wurde: die Idee der Nationalität mit ihrem Postulat, dem Nationalstaat. Nein,

gen die anderen, dieses Vielvölkerreich hatte ein Ziel: die Schaffung eines autarken Donaureichs; es hatte eine Idee, eine Mission: es sollte eine Schweiz im Großen werden und das Problem des übernationalen Staates lösen, als Vorbild und Kern der künftigen Vereinigten Staaten von Europa. Und wie die Historiker, so hielten sich auch die Geographen und Geopolitiker. Sieger (1)* hat die bunte Lusterkarte ihrer Meinungen zusammengestellt. Die einen — so Kjellén — sprechen Österreich das geographische Daseinsrecht völlig ab, die anderen sehen in ihm ein Beispiel für die staatenbildende Kraft geographischer Verhältnisse (Grund). Gerade vermöge seiner Lagebeziehungen sei Österreich eine geographische Einheit (Krebs). Ein oberflächliches Urteil könnte meinen, der Weltkrieg habe diese Frage im Grunde der ersten Ansicht entschieden. Das wäre aber doch nur richtig, wenn die Monarchie in lauter Nationalstaaten zerfallen wäre. Dem ist indessen nicht so. Die Nachfolgestaaten sind gleich Österreich Nationalitätenstaaten. Und andere sind in diesem Raum auch nicht möglich. Wer sie für lebensfähig hält, kann dem alten Österreich das Lebensrecht nicht abstreiten. Wer es doch tut, muß den Zerfall Österreichs jedenfalls anders und besser begründen, als mit einer Berufung auf das Dogma vom alleinseligmachenden Nationalstaat.

Die Aufgabe dieser Zeilen soll nun sein, zunächst die Gründe kurz anzudeuten, die für die zweite, Österreich bejahende Ansicht sprechen, sodann aber zu zeigen, daß auch sie Einwänden unterliegt, und zwar vermöge der zu engen Fragestellung. Erneuter wie Bejaher Österreichs haben immer nur das 1866 übriggebliebene Rest-Österreich im Auge. Wir wollen aber den über das Donaureich weit hinausgreifenden Raum suchen, in dem sich die Bildung des Habsburgerreichs wirklich vollzog. So glauben wir die ewige Idee der alten Monarchie zu finden, die 1918 als Erbe des Gesamtdeutschtum, aus dessen Schoß sich einst die Ostmark gelöst hatte, zurückgefallen ist.

I. Österreich und der Donau-Raum.

Der notwendigen Kürze halber führe ich die Idee vom autarken Donaureich als übernationalem Staat in der extremsten, daher anschaulichsten Fassung, der von Renner (2) vor, der kein Leser die staatsmännische Konzeption absprechen wird. Renner geht aus von der oro- und hydrographischen Einheit Österreichs, aus der nur Galizien herausfällt. Wie ein starker Wall umschließen die Karpathen Ungarn, Sudeten und Böhmerwald Böhmen. Nach Süden schützt der breite Streifen der Ostalpen und des Karstes das Reich wie eine Festung. (Mit Standschützen konnte etwa die Tiroler Front zeitweise gegen eine ganze Armee gehalten werden. Und auch am Karst liefen sich die Angreifer tot.) Von diesen vier Gebirgsrändern laufen nun fast alle Flüsse zur Donau. Österreich ist eine hydrographische Einheit, besonders wenn man das Prinzip der Wasserscheiden nicht mechanisch anwendet,

*) (1) Die eingeklammerten Nummern verweisen auf die Literatur am Schluß des Aufsatzes.

sondern auch auf Lage und Verbindung der Talfurchen achtet. Vermittels der breiten Senken, die aus den Furchen der Elbe, Moldau, Sazawa süd- und ostwärts führen, öffnet sich ganz Böhmen, ähnlich wie Ungarn es mit dem breiten Tor zwischen Preßburg und Ödenburg tut, gegen das Wiener Becken, das so zum natürlichen Verkehrsmittelpunkt des Reiches wurde.

Die militärische Folge dieser geographischen Tatsachen war, daß die drei Räume: Alpenländer, Böhmen, Ungarn sich zusammen nach außen glänzend verteidigen ließen (während Galizien höchstens als Glacis dazugehörte), daß sie da gegen für gegenseitige Angriffe offenstanden und nebeneinander nicht leicht in Frieden leben konnten. Sie hatten die Wahl: entweder Selbständigkeit mit kriegsrischem Gegensatz, oder Unterordnung unter eine höhere Einheit und Frieden. Der Wert der gemeinsamen Verteidigung nach außen erkannten alle Länder durch Annahme der Pragmatischen Sanktion an.

Die wirtschaftlichen Folgen waren durch die Verkehrseinheit und die bis ins 19. Jahrhundert überragende Bedeutung der Donau als Handelsstraße gegeben. Noch stärker verband die drei Haupträume des Reiches die Natur der Produktionsbedingungen. Im Wiener Becken stoßen Hochgebirgs-, Mittelgebirgs- und Tiefland zusammen, — Agrarland und Industrieland, — Agrarländer der verschiedensten Art, die sich wunderbar ergänzen. Die Alpenländer konnten leichter ihre Vieh- und Milchwirtschaft heben, ihre Wasserkräfte zur Industrialisierung benützen, solange sie in einem Zollgebiet mit Getreideländern vereint waren. Die böhmische Industrie, die vom Weltmarkt etwas abliegt, konnte leben, solange sie ein Zollgebiet von Bregenz bis Czernowitz zu versorgen hatte. Ungarn konnte in diesem selben Gebiet seine Agrarprodukte absetzen, ohne den Wettbewerb der Balkanländer zu fürchten. Die Probe auf dies Exempel sind die heutigen Wirtschaftssorgen aller Nachfolgestaaten. Sie lassen am besten erkennen, daß die alte Monarchie im hohen Grade autark war und es in noch höherem Grade hätte werden können. Da sie alle Rohstoffe erzeugte bis auf die kolonialen, hätte sie zur fast vollkommenen Selbstversorgung gelangen können.

Auch die Ethnopolitik verlangte nach Renner den Fortbestand des Reiches. Gewiß hatten fast alle Völker den Wunsch nach Eigenstaatlichkeit, und zwar die meisten (Polen, Ruthenen, Rumänen, Südslawen, Italiener) in der irredentistischen Form des Zusammenschlusses mit Volksgenossen außerhalb des Reiches. Aber es fehlten dazu gewisse Grundbedingungen: 1. die geschlossene Siedlung (denen alle Völker und besonders die Deutschen wohnten in Streulage, d. h. zum Teil gemischt mit anderen Völkern, die sie als fremde Minderheiten in ihren Staat hätten zwingen müssen), 2. fehlte, selbst wenn sie sich auf ihr geschlossenes Siedlungsgebiet beschränkt hätten, die Verknüpfung dieses Teils mit einem wirtschaftlich und militärisch lebensfähigen Raum, der vielmehr nur durch Hinzunahme ganz fremdbevölkerter Gebiete zu erreichen war, und 3. die nötige Größe, um

Dieses vom Irredentismus fremder Minderheiten bedrohte Staatsgebiet inmitten der Nachbarn und vollends der benachbarten Großstaaten unabhängig zu erhalten. Aus dieser Lage führt, meinte Renner 1906, nur ein Weg zu einer Lösung, die allen Völkern das erreichbare Maß nationaler Freiheit verbürge: die Ersetzung der dualistischen Monarchie durch ein einheitliches, föderatives Reich mit Selbstverwaltung und Kulturautonomie der Völker auf ihren geschlossenen Gebieten und mit der Anwendung des Personalitätsprinzips in den Mischgebieten. Dieses Prinzip habe ja auch den Glaubenskriegen, die dauerten, solange das „*Cuius regio, illius religio*“ galt, ein Ende gemacht.

Dieses Rezept war durchaus vernünftig. Aber Politik spielt sich nicht auf der Ebene der Vernunft ab, sondern auf der des Instinkts, des Gefühls, des Willens. Die Völker Österreichs fragten zumeist nicht, wie ist das Reich umzubauen, damit alle in Gleichberechtigung leben können; sie fragten vielmehr, wie können wir selbst möglichst unabhängig sein und über die untrennbar mit uns wohnenden Fremdvölker möglichst viel Macht bekommen — im Rahmen der Monarchie, solange sie besteht —, losgelöst von ihr, wenn es geht — auf ihren Trümmern, wenn es sein muß. So zogen sie vor, auf einen Faktor zu rechnen, den Renner zu gering eingeschätzt hatte, auf die außenpolitische Entwicklung. Sie hofften, bei einem Umsturz des europäischen Systems durch fremde Waffen, so wie einst Italien, ihre Machtträume zu verwirklichen. Der Weltkrieg hat ihren ersten Wunsch, den nach Zerschlagung Österreichs, erfüllt, aber nur um zu zeigen, daß im übrigen ihre Wünsche völlig und dauernd nicht erfüllbar sind. Die Nachfolgestaaten sind ja auch Nationalitätenstaaten, ethnopolitisch noch stärker belastet und von einem Umsturz des europäischen Systems noch mehr bedroht, als das alte Österreich, ohne doch die geopolitischen Vorteile des geschlossenen Donaumaues zu besitzen. Das Problem, über das Österreich zum Fall und Zerfall kam, ist nicht gelöst, sondern nur verschoben. Es entpuppt sich als Teil eines größeren Problems. Nicht bloß die Völker Österreichs, sondern die vierzehn Klein- und Mittelvölker des ganzen Nahen Ostens zwischen Baltischem und Ägäischem Meer suchen seit langem und suchen noch heute nach stabilen und befriedeten Lebensverhältnissen. Daß dieses Ziel so schwer erreichbar ist, kommt daher, daß dazu nicht nur irgendeine neue Form für das Zusammenleben dieser rettungslos ineinander verzahnten und übereinander geschichteten Völker gefunden werden muß, für die das Prinzip des Nationalstaates versagt, sondern daher, daß für diese Völker wegen ihrer relativen Kleinheit und ihrer Gegensätze eine Anlehnung an die Großmächte unvermeidlich ist. Für diese wiederum ist es eine Lebensfrage, ob der Nahe Osten durch seine Anlehnung Osteuropa (Rußland), Mitteleuropa (die deutschen Mächte) oder Westeuropa (Frankreich, vielleicht einmal Italien) stärker macht. (Über diese Probleme vgl. 3, 4, 7 und 8). So enthüllt sich uns das Hineinwachsen Österreichs in den Nahen Osten als ein Versuch, das europäische Gleichgewicht und insbesondere die Stellung der deut-

schen Mitte in einem bestimmten Sinn zu stabilisieren. Das führt uns zu einer neuen Perspektive.

II. Österreich und das Problem des mitteleuropäischen Raums

Es gibt eine Betrachtungsweise, für die Österreich nur eine zusammengeheiratete Ländermasse ist; welche den Zustand nach 1866 zum Maßstab nimmt und daher in der ganzen Westpolitik des Reiches ein Hinausgreifen über den natürlichen Rahmen sieht; oder mit Josef Redlich (Das österreichische Staats- und Reichsproblem) meint, Österreich habe seine innere Aufgabe, die Schaffung einer wahren Reichseinheit, versäumt, weil die Weltstellung des Hauses Habsburg zum Selbstzweck der Außenpolitik geworden sei; oder endlich, wie die Handbücher der österreichischen Reichs- und Rechtsgeschichte es tun, neben den 1866 beim Reich verbliebenen Gebieten die vorübergehend besessenen kaum beachtet. Alle diese Betrachtungsweisen sind unhistorisch. Man muß sich den gesamten wirklichen Verlauf der Reichsbildung, das stete Oszillieren Österreichs zwischen Ost- und Westrichtung vergegenwärtigen, um einzusehen, daß Österreich ein Gebilde *sui generis* war und ganz nur als Funktion des Raumes Mitteleuropa zu begreifen ist. Dies Oszillieren könnte so recht nur ein Film darstellen. Ein schwacher Ersatz sind die beigegebenen, ohne alle kartographische Ansprüche entworfenen und nur als rohe Veranschaulichungsbefehle gemeinten Karten, die ein früherer Hörer, Herr Dr. Gsteu, für mich gezeichnet hat.

Erläuterung zu den Karten

Die Karten deuten in durchgängig gleichbleibendem Bilde alle Gebiete an, die je zu Österreich gehörten (nur Sizilien und der größte Teil von Neapel fehlen, um den Maßstab, bei dem ohnehin viele Einzelheiten verschwinden, nicht noch mehr verkleinern zu müssen). Auf jeder Karte ist der in den betreffenden Zeitraum fallende Zuwachs schwarz, der Abgang gestrichelt gegeben. Bei Gebieten, wo beides in einen Zeitraum fällt, ist wenigstens das Jahr des Abgangs zugesetzt.

1. Der Besitz der Babenberger i. J. 1246 (Ostmark, Steiermark, Teile Krains).

2. Zuwachs unter den Habsburgern bis 1521. Die Karte müßte in viel Einzelkarten zerlegt werden, um erkennen zu lassen, wie die Habsburger, aus dem Westen in weitem Sprung nach dem Osten versetzt (1281), vom österreichischen Machtzentrum aus nach Westen zurückwachsen, Krain (1286), Kärnten (1335), Tirol (1363), im 14. bis 15. Jahrh. allmählich das Gebiet Vorarlbergs erwerben, sich, was in diesem Maßstab nicht kenntlich zu machen war, in Südwestdeutschland ausdehnen, 1520 für 14 Jahre die Grafschaft Württemberg gewinnen. Bis zu den Teilungen zwischen Karl V. und Ferdinand war auch die burgundische Erbschaft, insbesondere die Niederlande und Burgund mit dem östlichen Komplex verbunden. In diese Zeit fallen auch die Verluste in der Schweiz, die wegen ihrer Kleinheit nur durch Weglassung in der nächsten Karte anzudeuten waren.

3. Von 1521 bis 1683. — Der Pendel schlägt zurück. Das Abgedrängtwerden aus dem Westen setzt sich fort. Das burgundische Erbe kommt an die spanische Linie, Württemberg geht verloren, 1625 und 1635 wird die Lausitz, also deutsches Reichsgebiet, an Sachsen abgetreten, 1648 die Besitzungen und Rechte im Elsaß an Frankreich. Dafür schlägt das Pendel stark nach dem Osten aus. 1526 erwirbt Ferdinand die Kronen von Böhmen (mit Mähren) und Ungarn (mit Kroatien). Von Ungarn werden allerdings nur 37 Komitate des Westens



Österreichs Siedlungs- u. Verkehrsraumstruktur

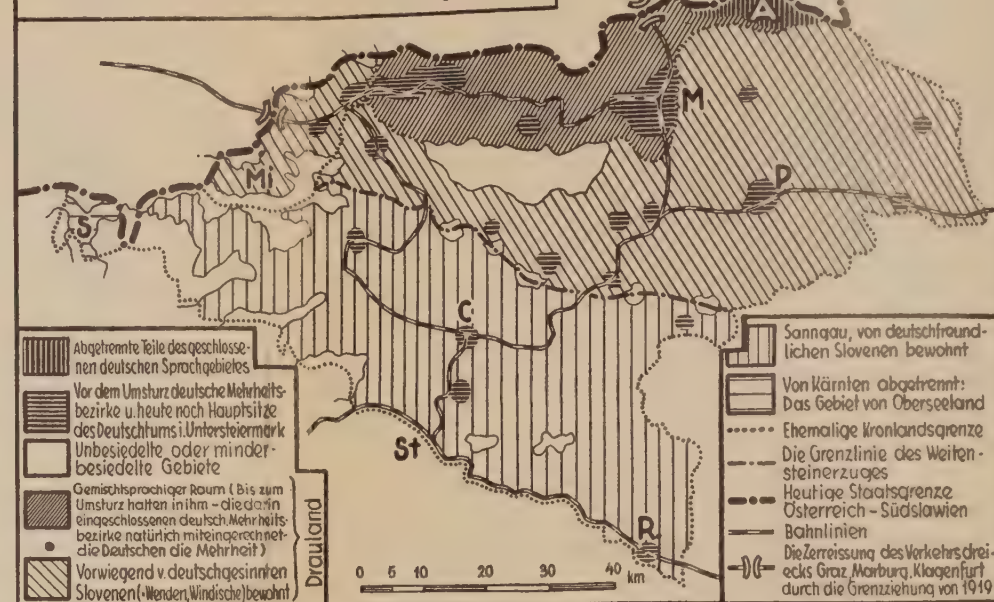
- Dauernd bewohnte Gebiete
- Siedlungsleere Räume (einschl. der Alpen) (in den Alpen nach Krets)
- Schnellzuglinien
- Staatsgrenze
- Ländergrenze
- Hauptstädte der Länder u. Land "Wien"
- Grenzen d. Nachbarstaaten



Karte 9

Unter-Steiermark

entworfen von H. Carstanjen



Karte 10

Der Saum des Verlustes an deutschem Volksboden um Österreich



Karte 11

Deutsch-Süd-Tirol als Lebensraum



Karte 12

Das Burgenland

Entworfen von H. Carstanjen



Karte 13

des Nordens wirklich behauptet; die Mitte des Landes gehört den Osmanen als Paschalik Ofen, Siebenbürgen wird türkisches Vasallenfürstentum.

An diese Vereinigung der altösterreichischen Lande mit Böhmen und Ungarn 1526 denkt man meist bei dem Spruche: *Bella gerant alii, Tu, felix Austria, nube*. Aber die Tendenz ist sehr alt. Nach dem Aussterben der Babenberger vereinigt schon Ottokar II. Böhmen und Mähren mit Österreich, Steiermark, ja auch schon mit Kärnten. 1301 beim Aussterben der Arpaden läßt Wenzel von Böhmen seinen Sohn zum König von Ungarn wählen. Mit dessen Tod erlöschen die Premysliden selbst. Da verleiht Albrecht I. Böhmen seinem Sohn Rudolf († 1307). Böhmen kam dann an die Luxemburger, von denen Sigismund dies Land mit Ungarn vereinigte. Als sein Schwiegersohn erwirbt Albrecht V. von Österreich die Kronen von Ungarn, Böhmen und die deutsche Königskrone. Eine Episode — aber sie wies in die Zukunft. Die Idee, Böhmen und Ungarn zu verbinden, nimmt Matthias Corvinus, dann mit mehr Erfolg das Haus der Jagiellonen auf. Mit dem Tode Ludwigs II. Jagiello bei Mohács wurden beide Kronen frei. Und nicht die Erbverträge Maximilians waren entscheidend für die Nachfolge seines Enkels Ferdinand. Denn den Erbanspruch seiner Frau lehnten die Stände Ungarns und Böhmens ab. Dann aber wählten sie ihn freiwillig zum König. Kann es ein besseres Zeichen für das Aufeinanderangewiesensein der drei Ländergruppen geben? Es muß in ihrer inneren Entwicklung ein Element der Konvergenz gesteckt haben, das durch die türkische Gefahr wohl gesteigert, aber nicht erst geschaffen wurde.

4. Von 1683 bis 1740. Dieser Zeitraum umfaßt zwei Phasen. Der Ausschlag nach Osten setzt sich nach dem Entsatz von Wien (1683) fort. Ganz Ungarn und Siebenbürgen den Türken abgenommen, 1718 auch noch Teile Serbiens und der Wallachei. Ehe mit deren Verlust (1739) der Pendel wieder zurückschwingt, setzt mit dem spanischen Erbfolgekrieg die Rückgewinnung der Weststellung ein, diesmal auch in Italien (Niederlande, Mailand, Neapel, dann auch Sizilien).

5. Von 1740 bis 1792. Rückläufige Bewegung (Rückgang in Italien, Verlust Schlesiens, d. h. Verlust an westeuropäischem und Reichsboden). Der geplante Erwerb von Kurbayern scheitert. Dagegen dehnt sich die Monarchie mit den polnischen Teilungen (Galizien, Bukowina) nach Osteuropa hinein.

6. Von 1792 bis 1816. Von den ungeheueren Gebietsschwankungen der Revolutions- und napoleonischen Kriege sei hier nur das Endergebnis festgehalten: Verlust der Niederlande und der Vorlande in Süddwestdeutschland, Zuwachs von Venezien mit Dalmatien, der Bistümer in Südtirol, Salzburgs und (für 14 Jahre) Westgaliziens; also die Weststellung im Bereiche Deutschlands geschwächt, in Italien gestärkt, die Osttendenz wenigstens markiert.

7. Von 1814 bis 1914. Abdrängung vom Westen (Verlust der italienischen Provinzen, Verlust der nicht territorialen, aber moralisch und kulturell wichtigen Stellung im Deutschen Bund). Dafür Ausschlag des Pendels nach Osten (Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina).

8. Das heutige Deutsch-Österreich seit 1919. Etwa gleich dem babenbergischen Territorium mit kleinem Minus im Süden, dafür als Plus Kärnten, Salzburg, Tirol (ohne Südtirol), Vorarlberg.

Zwei Folgerungen aus dem beschriebenen äußeren Verlauf drängen sich auf. Erstens wie stark die habsburgische Reichsbildung von dem für Westeuropa normalen Staatstypus abweicht, dessen klassisches Beispiel Frankreich ist. Dieses hatte einen natürlichen Kern an der Isle de France und einen mit Ausnahme des Nordostens klarumgrenzten Raum; seit dem Sieg des Nordens über den provenzalischen Süden ruhte es auf der Grundlage einer, der französischen Nationalität. Die Befreiung dieses Volksbodens von englischer Herrschaft, dann die Ausdehnung gegen Italien und Deutschland, waren Aufgaben, an denen die innere Einheit sich festigte. Die Lage an Mittelmeer und Atlantik bedeuten ein weiteres Moment geopolitischer Stabilität: Anteil an Seeherrschaft und kolonialer Ausdehnung gehören zur bleiben-

den Zielsetzung Frankreichs. Und so ergab sich jene Geschlossenheit der inneren und äußeren Politik, die von der Staatsform unabhängig war.

Demgegenüber Österreich. Welch ungeheure, unaufhörliche Schwankungen sowohl der absoluten Größe als der relativen Zusammensetzung aus deutschen, italienischen, wallonischen, tschechischen, südslawischen, magyarischen, rumänischen, polnischen, ruthenischen Gebieten! Wie stark mußte dieser stete Wechsel der geopolitischen und geokulturellen Einlagerung auf den Charakter des Reiches wirken. Und wie falsch ist es, in seiner Geschichte die verlorenen Gebiete zu vernachlässigen. Die Vorlande z. B. haben nicht nur Österreich auf die Teilnahme am Rheinischen Kampf festgelegt. Wieviel stärker war doch durch sie Österreich, das seit 1815 nur bis Bregenz reichte, früher im Leben des Deutschen Reiches verankert. Ein Strom schwäbischer und rheinischer Menschen hat von hier aus durch Jahrhunderte dem Osten befruchtet, zuletzt noch jene Kolonisten des 18. Jahrhunderts, die in Ungarn an 2 Millionen Nachfahren sitzen haben. Wie spät erst sind Lausitz und Schlesien verlorengegangen! Wären sie bei Österreich geblieben, so hätten die Länder der Wenzelskrone eine deutsche Mehrheit und die böhmische Frage stünde heute ganz anders. Auch der erste Anteil an Ungarn war von deutschen Städten und Bauernland durchsetzt. Und damit rundet sich uns die zweite Folgerung. Erst mit der wirklichen Erwerbung ganz Ungarns, ja eigentlich erst mit den Teilungen Polens gewinnen die nichtdeutschen, die osteuropäischen Gebiete ein größeres Gewicht. Voll wirkte sich das aber auch nicht gleich aus, sondern erst mit dem Verlust der belgischen und italienischen Gebiete, die doch ein starkes westeuropäisches Gegengewicht bildeten, ja im Grunde erst mit dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde. Man kann gar nicht scharf genug betonen, wie spät in Österreich das Übergewicht von den westlichen, den deutschen, auf die östlichen, die nichtdeutschen Elemente sich verschoben hat und das Bild entstanden ist, das die letzte Generation von der Monarchie gehabt hat. Und das sie verleitete, die Geschichte Österreichs auf die Idee des Donaureichs zu beschränken, auf die es erst seit 1866 zurückgeworfen war, die früher aber nur eine, und nicht die wichtigste Linie seiner Politik ausdrückte. Die Hauptlinien dieser Politik hatten den gegen Frankreich gerichteten und durchzusetzenden Ausbau der habsburgischen Stellung im deutschen und italienischen Raum zum Ziel; man kann sie doch nicht als Abirrung von jener Donaureichsidee als bloße Hypertrophie dynastischen Weltmachtstrebens abtun. Denn auch die absoluteste Dynastie ist in der Wahl ihrer politischen Richtung nicht absolut, sondern gebunden an die dauernden, die organischen Bedürfnisse ihrer Länder und Völker. Ein Abirren von diesen Gegebenheiten straft sich schon in zwei, drei Generationen, wie das Geschick des Hauses Stuart oder der spanischen Habsburger lehrt. Aber das Haus Österreich ist durch Jahrhunderte ein Machtfaktor geblieben und auch vom Gefühl des deutschen Volkes als Träger wirklicher nationaler Interessen empfunden worden. Und es ist nicht schwer, den Sinn seiner

Westpolitik und deren Zusammenhang mit der Ostpolitik zu erkennen. War nicht die Türkei, gegen die Österreich als Bollwerk Deutschlands und der Christenheit stand, durch Jahrhunderte der Verbündete eben jenes Frankreichs, gegen das Österreich am Rhein und in Italien kämpfte? Österreich war doch bis zum Aufkommen Preußens die einzige, und danach noch lange die stärkste Großmacht Mitteleuropas. Mußte ihr da nicht die Aufgabe zufallen, diesen Raum gegen Frankreich im Westen, gegen die Osmanen und später gegen Rußland im Osten zu schützen? Und da dieser Raum infolge der Zersplitterung des Deutschen Reiches den Trägern der Kaiserkrone mehr Hemmungen als Hilfe brachte, war nicht ein notwendiger Teil dieser Aufgabe die Mehrung und der straffere Ausbau der Hausmacht? — Es kommt nicht darauf an, was sich die Habsburger selbst dabei dachten; ob ihnen die Hausmacht nicht oft Selbstzweck war, wie etwa dem Großen Kurfürsten auch. Sondern darauf kommt es an, daß Brandenburg wie Österreich, was sie immer erwarben, für Mitteleuropa, für Deutschland erwarben und im Dienst für das europäische Gleichgewicht.

Meine Gedanken über das natürliche und das politische Mitteleuropa und über das dreiteilige europäische System von West-, Mittel- und Osteuropa habe ich anderswärts ausführlich dargelegt (8). Bei der geographischen Gliederung Europas ist die Frage wichtig, ob jener Zwischenstreifen etwa zwischen den Linien Danzig—Triest und Riga—Odessa (mit dem Balkan als Verlängerung), den wir oben S. 47 den nahen Osten nannten, mehr zu Mitteleuropa oder zu Rußland, dem echten Osteuropa, gehört. Er ist ja physisch wie ethnisch und konfessionell eine Zone der Mischung und des Übergangs. Und auch für die politische Gliederung Europas liegen hier die meisten offenen Fragen.

Wie ist denn das heutige politische System Europas geworden? Aus dem Abendland, das heute nur mehr ein Kulturraum ist, aber einst auch ein politisch einheitlicher Raum war, haben sich zuerst Spanien, England, Frankreich als Westeuropa gebildet, durch früheste Ausbildung moderner Staatstypen und durch die Kolonialpolitik, in die sich die raschere wirtschaftliche Entwicklung Englands und Frankreichs knüpfte. Durch den Druck Frankreichs ist die Mitte Europas erst zum Bewußtsein ihrer politischen Eigenart gekommen. Die Habsburger, deren Imperialismus von dem nach Italien vorstoßenden Imperialismus Frankreichs geweckt wurde, haben zunächst von Spanien her um die Ideen des Abendlandes und der Universalmonarchie gekämpft. Dann aber mußten sie sich auf den Kampf um das europäische Gleichgewicht, d. h. um die Unabhängigkeit Mitteleuropas beschränken, das durch den konzentrischen Druck Frankreichs und seiner östlichen Bundesgenossen (Osmanen, Siebenbürgen, Polen, Schweden) sich abgegrenzt sah. Es hieß die Geschichte der neueren Zeit erschreiben, wollte man die wechselnden Abwandlungen dieser Konstellation verfolgen, wie sich durch das Hinzutreten Rußlands verwickelte. Aber bis auf den französisch-russischen Zweibund herab, mit dem die Einkreisung Deutschlands vor dem Welt-

krieg begann, finden sich immer wieder West und Ost gegen die Mitte. Für Österreich nun kam es seit dem 16. Jahrhundert erstens darauf an, den Rhein und Italien, den einzigen noch nicht organisierten Raum Westeuropas, nicht an Frankreich fallen zu lassen, das dadurch in Europa übermächtig geworden wäre (Beleg etwa die napoleonische Zeit). Zweitens kam es darauf an, das Deutsche Reich nicht dem habsburgischen Hausbesitz als aktionsfähigen politischen Körper zu organisieren. Diese Reichsreformversuche (bis herab auf Brucks 70-Millionenreich und Schmerlings Fürstentag) mißlangen. Drittens kam es darauf an, im Nahen Osten der sich, wie oben gezeigt, seiner Natur nach an irgendwelche Großmächte anlehnen muß, den eigenen Einfluß neben oder womöglich vor den Frankreichs oder Russlands zu setzen. Je nachdem dies zeitweise gelang oder mißlang, hatte die deutsche Mitte Rückenfreiheit gegenüber dem Westen.

Diese Politik, an der Österreich trotz mancher Abweichung (Siebenjähriger Krieg) durch die Jahrhunderte festhielt, war nur eine Funktion der Lebensnotwendigkeiten Mitteleuropas und — was sich nicht ganz, aber beinahe ganz deckt — des deutschen Raumes. Für dies Urteil sind zwei Tatsachen beweisend. Erstens daß die zweite deutsche Großmacht im ersten und dritten Aufgabenkreis im Kampf gegen Frankreich um den Rhein und in der Ausdehnung nach Osten eine genau gleichlaufende Politik trieb. Daß Preußen freilich im zweiten, dem innerdeutschen Aufgabenkreis Österreich entgegentrat und nach der einmal entstandenen Lage entgetreten mußte, war für das deutsche Volk und den mitteleuropäischen Raum tragisches Verhängnis. Denn dadurch wurde die glückliche Lösung durch Österreich vereitelt. Dafür brachte Preußen aber eine scheinbar glücklichere Lösung, indem es das deutsche Volk in der Beschränkung auf Kleindeutschland organisierte und die deutsche Machtstellung durch ein Bündnis mit Österreich ergänzte, um durch dieses einen Teil der Kräfte des Nahen Ostens in eine mitteleuropäische Machtbildung einzubeziehen oder wenigstens zu binden. Aber auch diese Lösung, welche Österreich zwangsläufig in das dualistische Österreich-Ungarn verwandelte und durch die oben geschilderten ethnopolitischen Schwierigkeiten belastete, hat sich nicht als endgültige Lösung des deutschen und des mitteleuropäischen Problems erwiesen. Der Weltkrieg hat das Deutschtum in allen vier Himmelsrichtungen Stücke seines Bodens und, was mehr ist, die deutschen Staaten ihre Souveränität und Wehrhaftigkeit gekostet. Er brachte die Organisation des Nahen Ostens als französischer Machtsphäre und bedroht das Deutschtum mit einer Einkreisung durch Staaten, die alle durch Aneignung deutschen Bodens an einer dauernden deutschen Machtlosigkeit interessiert sind.

Der Ausweg aus dieser Lage — und das ist die zweite Beweistatsache — liegt in der Rückkehr zu jenen politischen Grundlinien des alten Österreich. Es gilt, das Deutschtum als Ganzes zu organisieren, nicht in der Spaltung in einen blühenden Nationalstaat und eine Minderheit, deren Anziehungskraft zur Gewinnung und B

auptung der Position im Nahen Osten nicht ausreichen konnte. Es gilt zweitens, dem französischen Machtwillen gegenüber, der unter dem Schlagwort *sécurité* die ige Machtlosigkeit Deutschlands erstrebt, sich zu behaupten. Es gilt drittens und vor allem, die im Charakter des mitteleuropäischen Raumes begründete, unvermeidliche Umgestaltung des Nahen Ostens zu ihrem natürlichen Ziel, der Anlehnung an die deutsche Mitte, zu führen.

Für den geschichtlich bedingten besonderen Charakter des Nahen Ostens verweise ich auf ältere, ausführlichere Darlegungen (7 und 8). Dem westöstlichen Gele der kulturellen wie politischen Entwicklung entsprechend, beziehen die Völker dieser Zone auch ihre politischen Ideale und Ideologien aus dem Westen, und ihre gegen die einstigen Beherrscher (Türkei, Rußland, Deutschland, Österreich) gerichtete Befreiungspolitik stand und steht noch heute im Zeichen des Nationalstaatsgedankens. Wie oben angedeutet, ist dieser aber in dieser Zone undurchführbar. Was die Magyaren früher, streben jetzt Tschechen, Polen, Südslawen vergeblich an. Die Nationalstaatsidee wird in diesem Raum von der Idee der nationalen Autonomie und des Personalitätsprinzips, wie sie sich aus den Erfahrungen Österreichs herauszukristallisieren begannen, abgelöst werden. Es gilt, diesen Völkern alle Rechte der nationalen Entfaltung zu geben, ausgenommen das eine Recht, andere Völker zu bedrücken. Durchführbar ist das nur, wenn der ganze Raum als lose, föderative Einheit organisiert wird. Und das wird nur möglich sein in einer ebenfalls ganz losen Anlehnung an ein großes Wirtschafts- und Machtgebiet. Der Druck von seiten Rußlands, der früher oder später wieder einsetzen wird, wird auch die Völker, denen es am schwersten fällt, zur Einsicht bringen, daß die Anlehnung an die deutsche Mitte den eigenen Interessen dieser Zone am besten entspricht. Freilich muß das Deutschtum in seinem eigenen politischen Aufbau und seiner Mentalität sich auf die große Aufgabe einstellen, aus dem kleineren deutschen Mitteleuropa das größere zu schaffen, das den Nahen Osten mitumfaßt, und damit die endgültige Festigung und Befriedung Europas herbeizuführen. Sollte dieses größere Mitteleuropa einmal erreicht sein, so wird das alte Österreich als erster Wegweiser dazu begriffen werden.

LITERATUR: 1. R. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österr.-ungar. Monarchie und ihre Außenpolitik, Geogr. Zschrift 21 (1915); auch als Sonderdruck erschienen. Gibt die wichtigste geographische Literatur des Problems an. — 2. R. Springer (Pseudonym für Karl Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der österr.-ungar. Monarchie 1906. — 3. E. Hanslik, Kulturgeographie der deutsch-slawischen Sprachgrenze, VJSchrift f. Soz.- u. Vftsgesch. 1910, wo die früheren Arbeiten Hansliks und die Äußerungen von Grund und Hassinger (mit ihren sehr notwendigen Einschränkungen) zitiert sind. — 4. H. Hassinger, Die Tschechoslowakei 1925. — 5. W. Schüßler, Das österr. Verfassungsproblem 1918. — 6. W. Schüßler, Österreich und das deutsche Schicksal 1924. — 7. H. Steinacker, Österreich-Ungarn und Osteuropa, Hist. Zschrift 128 (1923). — 8. H. Steinacker, Österreich-Ungarn und das Deutschtum im mitteleuropäischen Raum. Mitteilungen der Deutschen Akademie 1929, Oktober.

OTTO MAULL UND HELMUT CARSTANJEN:

Die verstümmelten Grenzen.

Die Zurückschneidung und Verstümmelung Österreichs im Frieden von St. Germain hat im Süden, Osten und Nordosten um den heutigen Staatsraum einen wechselland breiten Landschaftsgürtel herumgelegt, der mit Grenzproblemen empfindlichster Art belastet ist. Denn überall hat hier die angeblich nationale Staatenbildung von Italien, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei aus in territorialer Raumgier auf nationaldeutsche Gebiete, meistens auch unter völliger Außerachtlassung der Landschaftszusammenhänge, übergegriffen. Damit sind dem österreichischen Staate böse Strukturfehler aufgezwungen worden. Dieser Raub an deutschem Volks- und Kulturboden und die Vergewaltigung seiner Bevölkerung, die bewußt deutsch fühlt, hat aber auch eine Irredenta ausgelöst, die nur durch die willkürlichen Machtmittel der Fremdstaaten unterdrückt zu werden vermag, und damit für die Bewohner, die für ihr Volkstum und ihr Nationalbewußtsein eintreten, eine Zeit bitterer Leiden heraufbeschworen, deren Ende nicht abzusehen ist.

Seiner landschaftlichen Gliederung nach löst sich dieser Gürtel in 5—6 Abschnitte auf: Deutsch-Südtirol, den Kärntener Grenzsaum, Untersteiermark, den burgenländischen Grenzsaum, Deutsch-Südmähren und Deutsch-Südböhmen. In jedem dieser Teile gestalten sich je nach der durch Zeit und Natur bedingten Ausbreitung der Deutschen und je nach der Landesnatur die Grenzprobleme in besonderer Art.

Deutsch-Südtirol. Über die beiden niedrigen und breiten Paßfurchen von Reschenscheideck und des Brenners, die durch die Jahrhunderte die naturgegebenen Klammern des Tiroler Paßstaates bildeten, sind einst die Bajuwaren in das Land an der Etsch vorgedrungen. Schon um 600 sind sie dort mit den Langobarden zusammengetroffen. Mit der Unterwerfung der Bayern durch die Franken ist Südtirol, das durch die frühe bauerliche Kolonisation der Bajuwaren deutscher Volksboden geworden war, fränkisches Reichsgebiet i. e. S. und schließlich die Südmark des späteren Deutschen Reiches geworden. Seitdem hängt das deutsche Siedlungsland im Etschgebiet als Teil des geschlossenen deutschen Volksraums mit dessen Kerngebiet nicht nur im Norden über Reschenscheideck und Brenner zusammen, sondern auch die geräumige Furche des Pustertals knüpft die Bindung mit dem Deutschtum Innerösterreichs, im besonderen dem Kärntens.

In Südtirol füllt der deutsche Volksraum geschlossen die Talgebiete der Etsch, des Eisack und der Rienz und die Seitentäler dieser Hauptfurchen. Nur untergeordnet greift er aus diesem hydrographisch einheitlichen Tälersystem über nachbarliche Pässe über. Die Südgrenze dieses Deutschtums liegt im Etschtal jenseits der Zweidrittelstrecke Bozen—Trient in der Salurner Klause, die von altersher eine schei-

ende Marke zwischen Deutschland und Welschland gewesen ist. Innerhalb dieses deutschen Raums wohnen nur auf dem tiefen Boden des Etschtals zwischen Salurn und Bozen und in viel geringerem Ausmaß in der Mitte zwischen Bozen und Meran in Mengelage mit den Deutschen Italiener. Nach ihrem eigenen Bekenntnis in der Volkszählung von 1910 waren es 6250. Die italienische Zählung von 1921 hat dagegen 30976 angegeben, eine Zahl, von der etwa zu gleichen Teilen (je 6000) Ladinier und Deutsche, welche letztere gegen ihr Wissen als „Italiener“ gezählt worden sind, und ungefähr 2700 Reichsitaliener abzuziehen sind, die vor 1918 als Ausländer in Südtirol lebten. Daraus ergibt sich eine Zuwanderung von ungefähr 10000 Italienern bis 1921 und eine Gesamtzahl von über 16000 für das südtirolische Italienertum (1921). Dieses hat sich allerdings seitdem vergrößert, ohne aber den deutschen Charakter des Landes irgendwie beeinträchtigen zu können. Denn dem zahlenmäßig schwachen Italienertum, das, wie Siedlungsmißerfolge selbst im Talgebiet zwischen Bozen und Meran lehren, durch bäuerliche Kolonisation nicht verstärkt werden konnte, steht die fast ungebrochene Masse des seit alten Zeiten mit dem Boden fest verwurzelten Deutschtums gegenüber. Die amtliche Zählung von 1910 hat in dem in Frage kommenden Gebiet 223 711 Deutsche angegeben. Nach der italienischen Zählung wäre dieses Deutschtum bis 1921 auf 192 025 zurückgegangen. Der tatsächliche Rückgang beträgt dagegen nur etwa 11000, der in den Kriegsverlusten zu sehen ist, so daß das Deutschtum 1921 auf rund 213 000 zu beziffern ist. Die Zahl der der deutschen Idee verbundenen Siedler ist aber noch größer. Denn etwa 11700 Ladinier, die im Grödnertal, im Enneberg, im Ampezzo, im Buchenstein und im oberen Fassatal, zum größten Teil in Gebieten wohnen, die dem deutschen Wirtschafts- und Verkehrsraum innig verbunden sind, gehören hierher. Das deutsche Volkstum in Südtirol beträgt demgemäß über 82%, die an der österreichischen Staats- und deutschen Kulturidee orientierte Bevölkerung (einschließlich der Ladinier) beläuft sich auf über 87%. Das Italienertum macht dagegen nur über 6% aus. Der Restteil der Bevölkerung kommt auf fremde Staatsangehörige.

Dank seiner innigen Verbundenheit mit dem deutschen Kernraum ist darum Deutsch-Südtirol ein Glied des geschlossenen deutschen Volksraums. Die neue Grenze ist dagegen entsprechend dem Wasserscheidenprinzip unter völliger Mißachtung dieser Tatsachen rein territorial nach vornehmlich strategischen Gesichtspunkten gezogen worden. Sie läuft von Reschenscheideck (R auf der Skizze) über die Hauptkämme der Ötztaler (Ö.A.) und Stubai Alpen (St.A.) zum Brenner (B), über die Zillertaler Alpen (Z.A.) zur Dreiherrnspitze (Dr.Sp.), über die Rieserfernergruppe (Rf) und einen Seitenkamm der Defregger Berge zum östlichen Abstieg des Toblacher Feldes (T.F.). Diese Grenzziehung hat Tirol im doppelten Sinne zerstückelt, den Süden, „das Land an der Etsch“, das Ursprungsgebiet der alten Grafschaft Tirol, deren Zusammenschluß von Schloß Tirol (T) bei Meran (M) ausgegangen ist, von dem Norden, „dem Land im Gebirge“, am Inn, abgesprengt

und gleichzeitig Osttirol, das Gebiet an der Drau und der Isel um Lienz (L) jeglicher Verbindung mit dem größeren Rest im Norden beraubt. Italiens Vorteil bei solcher Grenze ist offensichtlich. Von Deutsch-Südtirol aus vermag es im Westen die Schweiz aus der Flanke zu packen, und ebenso liegt vor ihm der Weg nach Jugoslawien durch das Pustertal und das Kärntner Becken offen. Um diese strategische Stellung einnehmen zu können, mußten weit über 200 000 Deutsche in die italienische Fremdherrschaft gezwungen werden.

Eine gerechte, von der nationalen Forderung bestimmte Grenze, die aber auch völlig Südtirols Verbundenheit mit dem Norden und Osten und seiner ganzen geographischen Eigenart entspräche, müßte einen ganz anderen Weg nehmen. Sie wäre zu ziehen: von der Schweizer Grenze am Stilfser Joch über den Hauptkamm der Ortlergruppe (O. A.), den rechten Flankenkamm des Ultentals und die Mendel (Md) hinab zur Salurner Klause (S). Eine Linie von hier über den Kamm zwischen Etsch- und Fleimsertal gegen Nordosten zu den Türmen von Latemar, der Rosengarten- (R), Langkofel- und Sellagruppe (S), dem Falzaregopaß, weiter hin über die Rocchetta, den Sorapis, den Monte Cristallo und die Drei Zinnen zum Kreuzbergpaß (K) faßt entsprechend ihrem Weg durch siedlungsleere Gebiete den östlichen deutschen samt einem Teil des ladinischen Raums in seiner engen wirtschafts- und verkehrsgeographischen Verbundenheit zusammen. Sie hat allerdings den Nachteil, die Einheit der Ladiner zu sprengen, von denen sie Bewohner des Fassats und des Buchensteins ebenso ausschließt wie die Deutschen im Fleimsertal (Altrei) und im Nonsberg (Unsere Liebe Frau, St. Felix, Proveis). Vor der definitiven Grenzfestlegung wäre der Zugehörigkeitswille dieser Bevölkerungsteile festzustellen. Selbstverständlich können in diesen geschlossenen Raum Deutsch-Südtirols niemals die südlich vorgelagerten Deutschtumsinseln im Fersental (etwa 18 000 Deutsche) und der Sieben und Dreizehn Gemeinden miteinbezogen werden.

Deutsch-Südtirol in solcher Umreißung erweist sich schlechthin als die deutsche Südmark. Als bevölkerungsmäßig kerndeutsches Grenzland hängt es an drei Stellen, von denen zwei (Brenner und Pustertal) von Schnellzugslinien benutzt werden, während über den dritten Paß (Reschenscheideck) ein ebenfalls reger Autoverkehr geht, mit dem übrigen deutschen Volks- und Staatsraum zusammen. Dagegen ist es nur an einer einzigen Stelle, in der Salurner Klause, durch einen Hauptverkehrsstrang mit dem italienischen Süden verbunden. Deutsch-Südtirol ist nicht lediglich nationale Forderung. Es ist als Talerlandschaft, die zwar viel verästelt, aber um Bozen (B) zentral zusammengerafft ist, eine echt geographisch begründete Lebensraumeinheit in den deutschen Alpen.

Kärntens Südsaum. Nicht weniger deutlich als der Lebensraum Deutsch-Südtirols prägt sich der Kärntens aus. Denn Kärntens politisches Kerngebiet wird klar begrenzt durch die östlichen Hohen Tauern und die Gurktaler Alpen im Norden und durch die Karnischen Alpen und die Karawanken im Süden. Im Oster

sehen Koralpe und Drauenge den Einschnitt, während Kärnten im Westen die Täler Deutsch-Osttirols aufnimmt und durch die breite Lebensfurche des Pustertals mit Südtirol verbunden ist. Dank solcher eindeutig von den reliefschaffenden Kräften aufgeworfenen Grenzwälle hat das Raumideal für die Bevölkerung dieser Landschaft nie ernstlich schwanken können. Immer wieder traf der Blick im Norden den allerdings nur mäßig trennenden Wall des südlichen Asts der Zentralalpen, der infolge seiner Durchgängigkeit leichte Beziehungen zu dem übrigen Österreich ermöglichte. Im Süden stieß er dagegen auf viel schroffere Grenzmauern, die die Linien kennzeichneten, die im Ernstfall von der Verteidigung einzunehmen waren. So sehr auch eine heldenhafte Abwehr als psychische Kampfbereitschaft zu buchen ist, deren letzte Verursachung wird in dem Verwurzelte sein mit dem Boden und dabei nicht zuletzt in der Klarheit des Raumideals zu erblicken sein. Einer solchen Klarheit hat sich Kärnten immer erfreut. Unter den österreichischen Landschaften, für die Grenzprobleme auftauchen konnten, zeigte es die glücklichste Raumstruktur. So eindeutig auch Deutsch-Südtirols Grenzsaum durch die Hochwälle der Ortlergruppe und der Dolomiten gezogen ist, der Weg an der Etsch nach Süden und die Stellung Gesamttirols als Paßland ist für die deutsche Südmark verhängnisvoll geworden. Kärnten dagegen geht trotz aller Durchgängigkeit infolge seines Beckencharakters und der leichten Übergänge im Norden die Bedeutung eines eigentlichen Paßlandes ab. Denn Kärntens Auswege nach Süden und Südosten (vgl. Karte 10), die sogar verhältnismäßig zahlreich sind (Kanaltal, Predilpaß, Übergang nach Wurzen, Loiblpaß, Seeberg, Durchgänge zwischen Steiner Alpen und Bacher), führen im Gegensatz zu der von der Lebensfurche des Etschtals aufgenommenen großen Meridionalstraße Tirols als schmale Siedlungsstränge weithin durch dünnbesiedelte Bergländer, bevor sie die Friaulische Ebene oder die Becken von Laibach und Cilli (C) erreichen. Diese Ausgänge sind in umgekehrter Richtung einst von den in das Gebirge vordringenden Slawen begangen worden, die gelockt wurden durch den weiten, von schützenden Grenzmauern umhegten Lebensraum innerhalb der Alpen und in diesen eingedrungen sind, der sie von vornherein unter seine Gesetze gestellt und sie zu Kärntnern gemacht hat. So ist es zu begreifen, daß bei der Abstimmung in Kärnten auch die Windischen (1910: 66 758 = 18,4% — 1923: 37 224 = 10% der Bevölkerung), überzeugt von der durch Klammern der Wirtschaft und der Kultur in höherem Sinne erworbenen Lebensraumeinheit der Kärntner Becken, in überwiegender Zahl für Kärnten und damit für Österreich gestimmt haben. In den Abstimmungsergebnissen stehen in der Zone A, in der es allein zur Volksbefragung kam, nur 15 279 Stimmen für Jugoslawien den 22 025 Stimmen für Österreich gegenüber. In noch imposanterer Weise hat sich aber in den Kärntner Abwehrkämpfen der Jahre 1918 und 1919 die naturgegebene Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Boden gezeigt.

Beide Vorgänge haben in getreulicher Wechselwirkung zur Folge gehabt, daß

Kärnten nur an drei Stellen Raum- und Volkstumsverluste zu beklagen hat, die sich mit denen Südtirols und auch anderer Grenzgebiete ihrer Größe nach nicht vergleichen lassen. Abgetrennt wurden 1. 6 Gemeinden im Kanaltal, die überwiegend deutsch sind (5622 Deutsche, 1541 Slowenen), 2. das kleine Gebiet von Ober-Seeland und 3. das Mießtal (Mi; mit 3000 Deutschen [20%], die aber nach der Ablösung auf 717 nach amtlicher Zählung [1921], auf Grund objektiver Schätzung auf rund 1000 [1928] zusammengeschrumpft sind). Das gegen Südosten gravitierende Mießtal muß naturgemäß in engem Verein mit dem untersteirischen Problem betrachtet werden. Selbstverständlich bezieht sich aber dank der heldenhaften Abwehrkämpfe Kärntens Grenzforderung, dessen heutige Südgrenze vom Kreuzbergstadel über die Kämme der Karnischen Alpen und Karawanken läuft und von den Steiner Alpen nordostwärts zur Draueinge hinbiegt, auf die Rückgliederung des ganz vorwiegend deutschen Kanaltals, das in offener Verbindung mit den Becken Kärntens steht, und dessen slowenische Bevölkerung genau unter derselben italienischen Fremdherrschaft steht wie die deutsche, ebenso wie auf die von Ober-Seeland und des Mießtals.

Untersteiermark. Das steirische Hügelland geht im vollen Gegensatz zu Kärnten im Osten ganz allmählich in das Burgenland über und öffnet sich auch im Süden im Pettau Feld, dessen Vororte Marburg (M) und Pettau (P) sind, zu einem Gebiet, das in enge Beziehungen drauabwärts zu Kroatien tritt. Auch innerhalb der mittelgebirgigen, ziemlich gleichmäßig durchsiedelten Randteile der Kalkalpen weiter im Süden steigt keine stärker trennende Mauer mehr auf. Auch der Weitensteiner Zug, der das steirische Drauland im Süden begrenzt, ist nur von mäßiger scheidender Kraft. Der zwar von scharf eingerissenen Tälern gegliederte Sanngau ist erfüllt von mittelhohen Plateaus, die z. T. von Kulturland bedeckt sind. In Anpassung an diese relative Durchgängigkeit hat sich die Besiedlung vollzogen: sind zunächst die Slawen und später die Deutschen in das Land eingedrungen. Kulturbringend, die Wirtschaftsmethoden, die Wege- und die Siedlungsformen bestimmend, vor allem Städte und Burgen gründend, um welche letztere sich der Großgrundbesitz ausbreitete, viel weniger bäuerlich kolonisierend, aber von der Höhe solcher Kultur aus die Slowenen zu einem mitteleuropäischen Volk erziehend, haben die Deutschen die Untersteiermark und ebenso auch wesentliche Teile von Krain zum deutschen Kulturboden, in ungleich geringerem Maße zum deutschen Volksboden gemacht. Allerdings war der letztere einst größer als heute. Teile des Poßruck, des Bacher und des Pettau Feldes waren geschlossene deutsche Siedlungsgebiete; das abgetrennte Abstaller Feld (A) ist es noch heute. Allein abgesehen von der Zone um die Drau, das steirische Drauland, war schon am Ende des Mittelalters das Deutschtum der Untersteiermark weitgehend durch das Slowenentum aufgesogen. Noch weniger hatte es Fuß gefaßt in Unterkrain mit Ausnahme der großen Deutschtumsinsel der Gottschee, die im 14. Jahrhundert entstanden ist, und in der

etwa 20000 Deutsche wohnen. Dagegen hat sich das Deutschtum der Städte, die samt und sonders, nach ihrer Plananlage leicht erkennbar, deutsche Gründungen sind, bis zum Zusammenbruch bewahrt und ist erst seitdem stark zurückgegangen. Der Großbesitz ist bis heute ganz überwiegend deutsch geblieben.

Unstreitig ist in der Untersteiermark der deutsche Kulturboden allezeit größer gewesen als der Volksboden. Der erste beschränkte sich vorwiegend auf die Städte und den Großgrundbesitz. Der Kulturboden überspannte dagegen das ganze Land. Ungemein deutlich ist noch heute zu erkennen, daß die Kulturgrenze zwischen Slowenien und Kroatien innerhalb des slawischen Gebiets schärfer ist als die zwischen dem Deutschtum und dem Slowenentum. Wie in Kärnten so hat sich auch in der Untersteiermark und in wesentlichen Teilen Krains das Slowenentum früher allgemein, später immer noch in der breiten Masse der Landbevölkerung bereitwillig der höheren deutschen Kultur untergeordnet. Erst eine jüngere schmale Schicht der slowenischen Intelligenz hat mit den Waffen deutscher Kultur den Gedanken eines nationalbewußten Slowenentums betont, der aber bei der Landbevölkerung nur einen geringen Widerhall gefunden hat. Immerhin war aber damit eine Saat ausgesät, die in der Abstimmungsperiode jäh aufzugehen und, geschützt durch südslawischen Terror, verhängnisvoll emporschießen konnte. In dieser Stunde höchster Gefahr hat sich deutlich gezeigt, daß im Gegensatz zu den Kärntnern die Steirer in ihrer Gesamtheit nicht an einem Raumideal orientiert waren. Zu fern lag für manche die politische Grenze an der Save zwischen Steinbrück (St) und Rann (R). Infolge der relativ starken Industrialisierung der Steiermark war außerdem ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung zu wenig mit dem Boden verwurzelt, um ihn verteidigen zu wollen. Aber vor allem fehlte die anschauliche Vorstellung von der zwangsmäßigen Einheit des Landes, die vermocht hätte, die gesamte Bevölkerung in ihren Bann zu ziehen. Die Parallele zu der aus dem Kärntener Land geborenen Abwehr wurde nicht gezogen, obgleich die Bataillone marschbereit in Graz und im unteren Murtal standen. Auch die Forscherarbeit der Grazer Gelehrten, unter denen an erster Stelle Robert Sieger zu nennen ist, vermochte daher nicht zu retten, was das Land seiner Bevölkerung vorenthalten hatte. Nur Radkersburg und Umgebung sind durch solche Bemühungen gewonnen worden.

Die Südgrenze der Steiermark wurde dementsprechend unter riesigem Verlust an Kulturboden, aber auch unter bedeutendem an Volksboden gezogen. Von der Drauenge zieht sie nördlich vom Durchbruchstal über den Poßruck, quert die Windischen Büheln, dabei überall physischgeographisches und kulturlandschaftliches Einheitsgebiet zerreißend, nach Norden zur Mur und folgt dieser abwärts bis unterhalb Radkersburg. Was südlich von dieser Linie durch diese Grenzziehung zahlenmäßig an Volkstum verloren wurde, ist heute kaum mehr zu erkennen. Alle Städte hatten deutsche Majorität. Das Deutschtum im ganzen war 1910 auf 73950 Menschen zu beziffern; es machte 15,5% der Bevölkerung aus.

Nach der amtlichen Zählung von 1921 wäre es auf 20877 (4,3% der Bevölkerung) zurückgegangen. Diese Zahl ist jedoch falsch. Denn nach einer sorgfältigen wissenschaftlichen Schätzung des zweiten der Verfasser umfaßt das Deutschtum immerhin noch nicht ganz die Hälfte von einst: 32000 (6,6%). Allein die nationale Zugehörigkeit der Untersteiermark vermag durch eine Angabe des deutschen Volkstums keineswegs erfaßt zu werden. Immer war die Untersteiermark samt Krain in viel höherem Maße dem gesamtdeutschen Raum kulturverbunden, als daß diese Landschaften unmittelbar in ihrer Ganzheit als deutscher Volksboden anzusehen gewesen wären. Aber auch in der jüngsten Zeit hat sich dieses Verhältnis dank der konservativen Einstellung der bäuerlichen Bevölkerung nicht grundlegend geändert. Fast lediglich die Schicht der Intelligenz ist ausgesprochen national südslawisch. Die Landbevölkerung, naturgemäß besonders der nördlicheren Gebiete, ist in hohem Grade noch deutsch orientiert. Jugoslawien müßte den Weg zu einer objektiven Abstimmung freigeben, damit einwandfrei erkannt werden könnte, wohin die Bevölkerung tendiert. Nur für den Sanngau und für Krain könnte aber das Abstimmungsergebnis Überraschungen bringen. Für das steirische Drauland dagegen, dessen Zuteilung an Jugoslawien die unmittelbare Verbindung des steirischen Hügellandes mit Kärnten zerrissen hat, kann dagegen das zu erzielende Resultat schon hier angegeben werden. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung des Draulandes fühlt sich der übrigen Steiermark zugeordnet. Steiermarks Mindestforderung ist darum eine Grenze, die vom Ursulaberg über den Weitensteinerzug, den Votsch und den Donatiberg auf die Landesgrenze gegen Kroatien zuzieht. Darüber hinaus müßte für das steirische Sanngau als erste, für Krain als zweite Abstimmungszone eine Volksbefragung entscheiden, ob sich an der alten Kulturverbundenheit mit dem Deutschtum auch der nationale Wille noch zu orientieren vermag, oder ob er tatsächlich nach Belgrad gravitiert.

Burgenlands Grenzsaum. Aus der Nachbarlage des vom gleichen Schicksal am Ausgang des Weltkriegs betroffenen Ungarn ist es zu begreifen, daß der zurückgeschnittenen und verstümmelten Österreich an seinem Ostsaum ein Geschenk an alten deutschen Volksland wurde: Deutsch-Westungarn, ein schmales Saumland, dessen Sütteil die Fortsetzung des steirischen Hügellandes darstellt, das im Norden dagegen eine selbständigere Stellung östlich der niedertauchenden Zentralalpen einnimmt, aber hier durch bequeme Durchgänge mit Niederösterreich verbunden ist. Schon in der ersten karolingischen Kolonisationsperiode gleich der Steiermark von den Deutschen in Besitz genommen, hat es später, namentlich im 12. Jahrhundert, starken Nachschub aus der Steiermark und Niederösterreich erhalten. Damals sind die Burgen und die sich zum Teil an sie anschließenden Städte — Lutzmannsburg, Ödenburg, Eisenburg, Mattersburg, Rustburg, Wieselburg, Altenburg, Preßburg — gegründet worden, die in dem sich gegen die Türken verteidigenden Habsburger Staat die Funktion als Grenzbastionen zu übernehmen

atten. In Erinnerung an diese Aufgabe und im Anschluß an solch charakteristischen Zug der Siedlungsentfaltung hat das neue Bundesland den Namen Burgenland erhalten.

Mit Ausnahme von geringen inselhaften Splittern kroatischen (1923: 42 011) und noch kleineren magyarischen (1923: rund 15 000) Volkstums ist das Burgenland ein Gebiet reindeutscher Bauernbevölkerung, die jedoch unter magyarischer Herrschaft der deutschen Kulturvertiefung mehrere Jahrhunderte entwunden war. Seine lange Zugehörigkeit zu Ungarn hat ihm aber auch vornehmlich sein nach Osten gravitierendes Wegenetz aufgeprägt, das nach der jähen Gesichtswendung nach Westen als ein ganz unzureichendes für die Verbindung dorthin, aber auch für den Verkehr innerhalb des saumartig ausgeschiedenen, langgestreckten Landes erscheinen muß. Bildet das Burgenland hinsichtlich seiner deutschen Bauernbevölkerung, die flächenhaft den Raum besiedelt, einen ganz anderen Grenztyp als die Untersteiermark, gleicht es in dem Sinne Deutsch-Südtirol und dem südmährisch-südböhmischen Grenzsaum, so wirft der Großgrundbesitz wie in der Untersteiermark und in Krain so auch hier eine besondere Frage auf: dort ist er in deutschen Händen, im Burgenland dagegen in denen magyarischer Magnaten.

Trotzdem brauchte das Burgenland nicht in den Kreis dieser Betrachtung hereingezogen zu werden, wenn seine Grenze im Anschluß an die des geschlossenen deutschen Volksbodens, der in dem offenen Land für politische Zuteilung das einzige Kriterium abgibt, gezogen worden wäre. Tatsächlich folgt im südlichen Burgenland die Staatsgrenze, die quer über die nach Osten niederbiegenden Riedel von Radkersburg an Güns (G) vorbei, das bei Ungarn bleibt, und um das Günser Bergland herum auf den Neusiedler See zuzieht, im ganzen der Volksgrenze. Nur untergeordnete deutsche Gebiete sind durch diesen Verlauf der Grenze abgetrennt worden, so z. B. die drei reindeutschen Gemeinden der Übermurgebiete (Ü. M.) Füchelsdorf, Sinnersdorf und Guizenhof, die an Jugoslawien gefallen sind. Weiterhin sind es auf dem Weg nach Norden eine Reihe von Gemeinden je im Grenzwinkel von St. Gotthard (St. G), an der Pinka (P.) und um Güns. Im nördlichen Burgenland weicht dagegen die Staatsgrenze empfindlich von der des geschlossenen deutschen Volksbodens ab. Südlich vom Neusiedler See bricht die Ungarn zugefallene Ödenburger Halbinsel (Ö) deutsches Volksgebiet heraus. Sie stößt zudem bis zu dem niederbiegenden Alpenrand westwärts vor und sprengt damit durch die Unterbindung bequemer Wege vom Norden nach dem Süden die Verkehrseinheit des Burgenlandes. Einen ähnlichen Verlust an deutschem Volksboden hat das nördliche Burgenland an der unteren Leitha und an der Donau erlitten, wo die Gebiete von Wieselburg und Altenburg bei Ungarn geblieben sind und die deutsche Stadt Preßburg (P) der tschechoslowakischen Expansion zur Donau zum Opfer gefallen ist. Im ganzen leben damit einschließlich Preßburg rund 95 000 (1920/21) Deutsche vor den Grenzen des Burgenlandes.

Deutsch-Südmähren und Deutsch-Südböhmen. Dem Raumtyp nach ähnliche, aber zahlenmäßig viel erheblichere Verluste an deutschem Volkstum sind an der Nordgrenze von Nieder- und Oberösterreich zu verzeichnen. Aus der offenen Furche des Alpenvorlandes ist dieses randständige Deutschtum in das siedlungsfreundliche mährische Hügelland und in die waldigen Gebiete des böhmischen Massivs geschlossen vorgedrungen und hat darüber hinaus Vorpostenstellungen in der städtischen Kolonisation von Brünn, Iglau und Budweis geschaffen. Die heutige Staatsgrenze ist der Grenze des geschlossenen Deutschtums hier fast an keiner Stelle gerecht geworden. Von der Donau westlich von Preßburg folgt sie der alten Grenzlinie zwischen Cis- und Transleithanien an der March aufwärts, zerschneidet dann auf ihrem Weiterweg nach Westen den deutschen Raum ebenso wie die Einheit des Tayaagebiets. Feldsberg, Nikolsburg, Grusbach, Znaïm, Neubistritz bleiben dabei nördlich von der Grenze auf dem dicht von Deutschen besiedelten Boden der Tschechoslowakei. Westlich von Neubistritz biegt die politische Grenze nach Süden um. Sie quert die Gebiete der obersten Lainsitz und Maltsh und nimmt dann wieder im Westverlauf ihren Weg über den Kerschbaumer Sattel zum Plöckenstein. Jenseits dieser Linie lagert ein mehr oder minder breiter Gürtel deutschen Volksboden, der am stärksten in Deutsch-Südmähren bevölkert ist. Die Deutschtumsverluste betragen hier einschließlich des niederösterreichischen Gebiets von Feldsberg (1921: 3242) 163 242 (nach der Volkszählung von 1910 für Mähren). Diesen stehen allerdings rund 95 000 Tschechen und Slowaken in Niederösterreich gegenüber, von denen aber über 80 000 auf Grund freier Wahl als altösterreichische Staatsbürger in Wien wohnen. Aber auch in Südböhmen sind die Verluste recht bedeutend und belaufen sich einschließlich des von Niederösterreich abgetretenen Gebiets von Gmünd (1921: 2402) auf 178 400 (Volkszählung für Böhmen 1910). Die Iglauer Sprachinsel zählt 37 000 Deutsche.

In der Überschau erscheint die Lösung der österreichischen Grenzprobleme merkwürdig einfach und in der Rückgliederung der deutschen Volksgebiete gefunden werden zu können. Um so bizarrer wirkt demgegenüber ihre Abspaltung. Dem Versuch einer Linienführung, die einer solchen Rückgliederung gerecht zu werden vermöchte, stellen sich natürlich allerlei Schwierigkeiten im einzelnen entgegen. Es tauchen dabei Fragen auf, die nur durch eine tiefer schürfende wissenschaftliche Erkenntnis und durch praktische Erkundung zu lösen sein werden, z. T. natürlich schon gelöst sind. Die umfangreiche Literatur, die diesen Grenzproblemen gewidmet ist, bietet sehr reiche, aber nicht immer in klarer Präzisierung der Forderung ausgewertete Aufschlüsse. Besonders der Mangel an kartenmäßigen Darstellungen im genügendem Maßstab fällt auf, so daß darum Schriften wie Martin Wuttke „Deutsche und Slowenen in Kärnten“ (Klagenfurt 1918, mit Karte 1 : 400 000) und die Denkschrift des akademischen Senats der Universität Graz „Die Südgrenze der deutschen Steiermark“ (Graz 1919, mit Karte 1 : 200 000) besonders erwähn-

werden müssen, weil sie auch als Belege für die obigen Ausführungen gelten dürfen. Ein Jahrzehnt ist verflossen, seitdem eine willkürliche Grenze Österreichs gezogen worden ist. Die Volkstumsarbeit hat natürlich nicht geruht. Ein Stillstand wäre Verbrechen am Volke. Sie hat es aber nicht verhindern können, daß überall, glücklicherweise durchaus nicht in allen Grenzsaumabschnitten in gleich starkem Maße, wie es unter den Fremdherrschaften verständlich ist, Verluste am Volkstum zu buchen sind. Die Zeit ist darum gekommen, wo auf Grund exakter Untersuchung der Einzelfragen noch einmal die Grundlagen für präzise Forderungen vorgelegt werden sollten, auf Grund derer eine Revision der Grenzfragen anzustreben wäre, wenn nicht im Laufe kommender Jahrzehnte noch mehr von dem österreichischen Deutschtum abbröckeln soll. Man möge bedenken: es handelt sich bei diesem österreichischen Grenzsaum- bzw. mit diesem eng verbundenen Randinseldeutschtum um eine Bevölkerung von insgesamt rund $\frac{3}{4}$ Millionen Deutschen. Sein Schicksal kann darum, schon rein zahlenmäßig betrachtet, der Gesamtheit des Deutschtums nicht gleichgültig sein.

ERNST SCHÖNBAUER:

Die Landwirtschaft

Durch das Friedensdiktat von Saint-Germain wurde aus dem großen, fast durchwegs autarken Wirtschaftsgebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie — ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verbundenheit — das Land herausgeschnitten, das das Staatsgebiet der heutigen Republik Österreich bildet. Die Lage der Landwirtschaft war zunächst in den Zeiten der Unterbindung der Lebensmittelfuhr, die zunächst aus politischen Gründen, bald aber aus Mangel an Valuten zur Bezahlung der Einfuhr erfolgte, insofern eine abnormale, als die Deckung des Bedarfes der Bevölkerung des neuen Staates durch die österreichische Landwirtschaft stürmisch gefordert wurde. Diese war hierzu damals unmöglich imstande. Denn der Krieg hatte in den deutschen Gegenden Österreichs der Landwirtschaft weitaus stärkere Requirierungen als in nichtdeutschen Gegenden, damit große Substanzverluste insbesondere im Viehstande gebracht. Die Hektarerträge waren rasch gesunken, was sich einerseits durch Mangel an Arbeitskräften, andererseits durch den Mangel an Düngemitteln erklärte. War also auch die österreichische Landwirtschaft nicht sofort nach dem Kriege imstande, das zu leisten, was man von ihr verlangte, so war sie sich doch sogleich der großen nationalen und politischen Aufgabe bewußt, die die Ernährung aus eigener Scholle bedeutet, und ging mit außerordentlichem Eifer an die Umstellung der Landwirtschaft auf die neuen Bedürfnisse mit Rücksicht auf die vollkommen geänderten Staatsgrenzen. Von welchen Erfolgen dieses eifrige Bemühen begleitet war, zeigt nachfolgende Tabelle, die beweist, daß in der

Getreide- und Kartoffelproduktion die Vorkriegserträge erreicht oder überschritten werden konnten. — Noch günstiger war die Entwicklung in der Milchproduktion. Noch im Jahre 1919 und 1920 meinte man, nur durch Zwangslieferungen die Milch für Kinder und Kranke in den Städten sicherstellen zu können. Heute ist die Anlieferung eine derartig gewaltige, daß weder Wien noch die anderen Städte die gesamte gelieferte Frischmilch für den menschlichen Genuß verwenden können. Ein Großteil muß als „Industrie“milch verwertet werden. Dazu ist heute bereits

Getreide- und Kartoffelversorgung in den Jahren
1923—1924 und 1928—1929

Wirtschaftsjahr	Weizen	Roggen in 1000 Meterzentnern	Gerste	Hafer	Kartoffel
Rohertrag der Ernte					
1913/14	3506	6336	2211	4877	16 050
1923/24	2419	4023	1711	3754	14 262
1928/29	3515	5060	2820	4622	24 883
Saatgutbedarf					
1913/14	354	645	222	651	3 411
1923/24	288	559	188	584	3 017
1928/29	312	569	219	541	3 784
Einfuhr					
1923/24	4713	1371	972	871	498
1928/29	4056	1253	643	838	629
Nach Abzug der Ausfuhr für den Verbrauch verfügbar					
1923/24	6708	4805	2472	4030	11 714
1928/29	7242	5729	3229	4917	21 018
Von obiger Mengenware durch Inlandsproduktion gedeckt					
			in %		
1923/24	31,76	72,07	61,53	78,64	96,00
1928/29	44,23	78,39	80,55	82,97	100,39

vielfach trotz sinkender Preistendenz die Milch beim Landwirte schwer absetzbar und es mußte von den verantwortungsbewußten Vertretungen der Landwirtschaft von der Neuerrichtung von Molkereien, die in vielen Gebieten von den Landwirten gefordert wurde, abgeraten werden, da keine Sicherung des Absatzes gewährleistet werden kann.

Während also die Landwirtschaft auf allen Gebieten ungeahnte Fortschritte in der Erzeugung machte, wirkte sich bald die unglückliche geopolitische Gestaltung Österreichs hemmend aus. Denn die österreichische Industrie, die im großen Wirtschaftsbetriebe der ehemaligen Monarchie einen weiten Innenmarkt besessen hatte, war nun zum größten Teile Exportindustrie geworden. Die Staaten aber, bei denen der Absatz dieser Artikel am leichtesten erreichbar erschien, waren die östlichen und südlichen Agrarstaaten. Diese setzten ihrerseits in den Handelsverträgen mit Österreich durch, daß ihnen die Ausfuhr ihrer Agrarprodukte nach Österreich erleichtert wurde. Die Folge davon war, daß die österreichische Landwirtschaft in den letzten Jahren in immer größere Bedrängnis kam. Ein Absatz der eigenen Erzeugnisse zu Preisen, die mit Rücksicht auf die hohen Produktionskosten ein

escheidene Rentabilität gesichert hätten, war nicht mehr zu erreichen. Die Getreideproduktion steht mangels eines hinreichenden Schutzes wehrlos der ausländischen Konkurrenz gegenüber. Die Einfuhr der wichtigsten Bodenprodukte erfolgt in Österreich hauptsächlich aus den europäischen Oststaaten im Gegensatz zum Deutschen Reich, das seinen Bedarf an Agrarprodukten vorwiegend in den Überseestaaten deckt.

	Getreideeinfuhr 1929 in Doppel- zentnern	Wert in 1000 Schilling
Insgesamt	6355836	178844
Rumänien	106018	3067
Südslowenien	500870	13002
Tschechoslowakei	1318933	34770
Ungarn	2934069	80316

Immer größere Mengen feiner Mehle kommen — insbesondere aus dem benachbarten Ungarn — nach Österreich, aber auch überseeischer und anderer Weizen. Korn und Weizen haben deshalb einen derartigen Tiefstand des Preises erreicht, daß sich Regierung und Parlament im Sommer 1930 zu einem „Notopfer“ entschließen mußten. Eine solche Maßregel verspricht aber keine dauernde Wirkung. — Dazu leiden in ähnlicher Weise auch andere Zweige der Landwirtschaft, insbesondere die Schweineproduktion. Seit dem Jahre 1928, in dem sich der Schweineexport aus Polen infolge des polnisch-deutschen Wirtschaftskonfliktes erschreckend steigerte, ist die österreichische Schweineproduktion — abgesehen von einer kurzen Erholungszeit Juni bis Dezember 1929 — in eine schwere Absatz- und Preiskrise geraten. Die Konkurrenz besteht heute nicht nur in der Zufuhr aus Polen, sondern vor allem in den starken Steigerungen der Einfuhr aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien u. a. in den letzten Jahren. Die Schweinehaltung bietet aber für die rund 400000 kleinen und mittleren Wirtschaftsbetriebe Österreichs einen der wichtigsten Einnahmeposten. Dadurch hat sich ihre Lage außerordentlich verschlechtert.

Aus den einander entgegengesetzten Wirtschaftspostulaten, die sich für Industrie und Landwirtschaft in dem neuen Staate ergeben, folgt, daß eine dauernde Besserung nur in einem größeren Wirtschaftsgebiete mit einem ausreichenden Inlandsmarkte gefunden werden kann. Geopolitisch käme die Schaffung eines ähnlichen einheitlichen Wirtschaftsgebietes in Frage, wie es die alte Monarchie darstellte, oder aber — entsprechend der alten Verbundenheit der Ostmark — ein Zusammenschluß mit dem Wirtschaftsgebiete des Deutschen Reiches. Für die Landwirtschaft kann nur der letztere Weg begehrenswert und möglich erscheinen. Denn da sich die Konkurrenz der südöstlichen Agrarstaaten in einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiete hemmungslos auswirken könnte, müßte im ersteren Falle die dauernde Bedrohung der gesamten österreichischen Landwirtschaft die Folge sein. Zudem wäre aber auch keinerlei Sicherheit gegeben, daß sich bei einer wirtschaft-

lichen „Donauföderation“ für den deutschösterreichischen Volksstamm im ganzen günstigere Lebensbedingungen ergäben. Denn das politische Schwergewicht läge auch dann nicht mehr in Wien, und die österreichische Industrie würde sich auch weiterhin neuen Fabriken als Konkurrenten gegenübersehen, die in diesen Sukzessionsstaaten nach dem Kriege errichtet worden sind.

Dagegen würde ein Zusammenschluß mit der Wirtschaft des Deutschen Reichs in Form einer Zollunion einen weiten Innenmarkt schaffen, der für die Landwirtschaft Österreichs erst die Entfaltung ihrer natürlichen Produktionskräfte brächte. Die österreichischen Alpenländer wären in der vereinigten Wirtschaft die natürlichen Zuchtgebiete für Vieh. Die Ausfuhr nach dem Deutschen Reich könnte auf diesem Gebiete sehr bedeutend erweitert werden. Die Ausfuhr lebender Tiere in dem letzten Jahre, für das eine vollständige Handelsstatistik vorliegt, ergibt folgendes:

	Ausfuhr, lebende Tiere:			
	insgesamt		nach: Deutsches Reich	
	Menge	Wert in 1000 Schilling	Menge	Wert in 1000 Schilling
Rinder	97957	16370	87017	14494
Schweine	2933	672	2889	611
Pferde	5926	1352	4557	992
Geflügel	257	135	210	103
Anderes	3585	878	477	248
Summe:	110652	19407	95150	16498

Der Gesamtrinderstand betrug in Österreich schon 1928 2,16 Mill. gegenüber 17,19 Mill. im Reiche, zeigt also einen verhältnismäßig stärkeren Bestand, als der Bevölkerungsschlüssel (1:10) entspräche. Andererseits hat Österreich einen dauernden Bedarf an schlachtreifem Vieh. Es könnte deshalb eine Art Veredelungsverkehr mit jenen Gebieten des Deutschen Reiches aufnehmen, die große landwirtschaftliche Nebenbetriebe besitzen. — Außerordentlich ausbaufähig wäre die Ausfuhr von Molkereiprodukten aus dem heutigen Österreich, wie umgekehrt Zucker nach Österreich gehen könnte. Schon heute geht schon bei der Käseausfuhr der größte Teil nach dem Reiche. Die Ausfuhr würde sich aber ganz außerordentlich steigern, wenn die österreichische Molkereiwirtschaft in einem gemeinsamen, zollgeschützten Wirtschaftsgebiete liefern könnte und damit die Schweizer, Holländer, dänische und finnische Konkurrenz weniger zu spüren hätte. Ähnliches gilt auch vom Weinexport und der Pferdezucht, die heute deswegen keine nennenswerte Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche hat, weil Österreich als Zoll-, „Ausland“ behandelt wird und die verhältnismäßig hohen Zölle nicht leicht überwinden kann.

Dafür könnte in Zucker der Bedarf Österreichs im Reiche gedeckt werden. Zwar hat sich auch die Zuckerrübenproduktion und die Zuckerraffinade in Österreich seit 1918 derart gehoben, daß etwa 60% des Bedarfes aus der eigenen Produktion gedeckt werden können. Doch führt Österreich jährlich noch um rund 50 Mill. Schilling

aus dem Auslande ein. Im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses könnte sich bei entsprechenden Frachttarifsätzen ein stärkerer Verkehr vor allem mit den mitteldeutschen Zuckerfabriken ergeben, wie er einst mit den Zuckerfabriken der Sudetengebiete bestand. (Zucker herein, Vieh zur Mästung hinaus!)

Neben der Viehwirtschaft kommt der Forstwirtschaft Österreichs eine bedeutende Aufgabe zu. Während die landwirtschaftlich benutzte Fläche Österreichs 14,5% der reichsdeutschen ausmacht, erreicht seine Waldfläche fast den vierten Teil der gesamten Waldfläche des Deutschen Reiches. Die Ergänzungsmöglichkeiten liegen somit auf der Hand. Österreich führt durchschnittlich im Jahre 1,9 Mill. Tonnen aus, das Deutsche Reich benötigt mehr als dreimal soviel. Infolge der hohen Schnittholz-Zölle ist die Ausfuhr aus Österreich in das Reich mit Schwierigkeiten verbunden. In einem einheitlichen Zollgebiete würde sich natürlich der Verkehr weitaus intensiver gestalten.

Bei Vieh, Milchprodukten und Holz liegt insofern noch eine Schwierigkeit vor, als das Gebiet des Reiches, das an Österreich angrenzt, nämlich Bayern, innerhalb des heutigen reichsdeutschen Gebietes Lieferant von Vieh, Molkereiprodukten und Holz ist. Im Falle einer Zollunion wäre es deshalb wohl zweckmäßig, wenn gemeinsame Absatzorganisationen zwischen der bayerischen und österreichischen Land- und Forstwirtschaft geschaffen würden.

So ergibt sich aus der geopolitischen Lage und den natürlichen Produktionsfaktoren der beiden deutschen Staaten in Mitteleuropa auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Ausgleich und zur Ergänzung, die für beide Teile wertvoll wäre.

Im letzten Jahre haben sich besonders unter den Agrarstaaten im Südosten Europas lebhaft wirtschaftliche Zusammenschlußbestrebungen bemerkbar gemacht. Eine südslawisch-rumänische Zollunion ist geplant. Vom mitteleuropäisch-deutschen Standpunkte aus brauchte ein derartiger Zusammenschluß durchaus nicht mißtrauisch oder mit Besorgnissen aufgenommen zu werden. Denn ein vereinigtcs Wirtschaftsgebiet des Reiches und Österreichs könnte den beiden genannten Agrarstaaten wie auch Ungarn viel leichter Handelsverträge gewähren, als sie ihnen die Ententestaaten, auch die der Kleinen Entente und ihrer Freunde, bieten könnten. Zudem würde aber der Zusammenschluß der südosteuropäischen Länder neben dem der skandinavischen und baltischen Staaten für den so nötigen und natürlichen Wirtschaftszusammenschluß des Reiches und Österreichs einen gewichtigen Präjudizfall schaffen. Eine Zollunion zwischen den beiden deutschen Staaten Mitteleuropas käme aber auch ganz Europa zugute; denn sie würde die wirtschaftliche Konsolidierung und damit die friedliche Entwicklung außerordentlich fördern.

* *
*

Entwicklung, Lage und Aussichten der österreichischen Industrie

Die natürlichen Voraussetzungen der österreichischen Industrieentwicklung können nur im Rahmen des großen Wirtschaftsganzen beurteilt werden, in dem diese entstanden und für das sie ausgestaltet wurde. Erst heute wird klar, welche ungewöhnlich günstigen Aussichten für eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung überhaupt und für einen kräftigen Aufschwung der Industrie im besonderen in jenem Wirtschaftsgebiete geboten waren, welches die österreichisch-ungarische Monarchie umfaßte. Zweierlei Gründe waren für die Standorte der alt-österreichischen Industrie maßgebend. Einerseits das Vorkommen bestimmter Bergschätze und Wasserkräfte, andererseits die Verkehrslage, insbesondere die Nähe der Hauptstadt, welche das geographische und wirtschaftliche Zentrum des gesamten Wirtschaftsgebietes darstellte. So haben wir, von einzelnen Spezialindustrien abgesehen, zwei große Industriegebiete der Vorkriegszeit zu unterscheiden: zunächst das sudetenländische Territorium, das seinen Ausbau dem verschwenderischen Reichtume verdankt, mit welchem es die Natur, insbesondere hinsichtlich des Kohlenvorkommens ausgezeichnet hat. Das zweite Hauptgebiet der alt-österreichischen Industrie war Wien und seine Umgebung. Nach allen Richtungen, insbesondere aber nach Norden über die Donau hinaus und nach Süden, entlang dem Alpenostrand, entwickelte sich eine große, mit Rücksicht auf die weiten Agrargebiete, welche als Abnehmer in Betracht kamen, mächtig florierende Industrie, welche die meisten Erzeugungsgebiete umfaßte.

Bekanntlich zerriß der Friedensvertrag durch die neuen Grenzen die zahlreichen Fäden der industriellen Produktion in geradezu grausamer, praktisch für alle Teile ungünstiger Weise. Besonders hart aber wurde Österreich getroffen, das nicht nur im Absatze seiner Waren nach den früheren Konsumgebieten, sich ungeheuren, vielfach unübersteiglichen Schwierigkeiten gegenüberfand, sondern das auch hinsichtlich des Produktionsprozesses außerordentliche Nachteile ertragen mußte. Es sei in diesem Zusammenhange nur auf das Mißverhältnis in der Spindel- und Webstuhlanzahl der meisten österreichischen Textilindustriestweige, insbesondere aber der Baumwollindustrie verwiesen, ferner auf den Umstand, daß fünf von den sieben bestehenden Lokomotivfabriken auf unser kleines Land entfielen, daß das Mißverhältnis zwischen den Industrien der einzelnen Produktionsstufen bei zahlreichen Zweigen der Metall-, Textil- und Papierindustrie weitgehende Umgestaltungen erforderte, daß die chemische Industrie hinsichtlich wichtiger Erzeugnisse völlig von neuem aufgebaut werden mußte usw.

Betrachtet man die natürlichen Voraussetzungen, welche das heutige österreichische Staatsgebiet für eine industrielle Ausgestaltung bietet, so muß man zu

nächst der Energiequellen gedenken. In den österreichischen Wasserkraften liegt eine Kapitalreserve unserer Wirtschaft, die immer noch vielfach unterschätzt wird. Ein Vergleich mit den wichtigsten mitteleuropäischen Staaten zeigt folgendes*):

	vorhandene Wasserkräfte in 1000 PS	ausgebaute
Italien	3800	2300
Südslawien	3000	180
Schweiz	2500	1850
Deutschland	2000	1100
Österreich	1660	325
Rumänien	1600	30
Polen	1400	90
Bulgarien	18
Tschechoslowakei	155

Diese Übersicht zeigt, daß Österreich in seinem ein Zehntel des deutschen Territoriums umfassenden Wirtschaftsraume mehr als vier Fünftel der deutschen Wasserkräfte besitzt. Von der Gesamtmenge aber sind im Reiche bereits mehr als die Hälfte, in Österreich bloß ein Fünftel ausgebaut. Österreich überragt, von der Schweiz und Deutschland abgesehen, alle übrigen Staaten Mitteleuropas ganz außerordentlich, sowohl im Hinblick auf die vorhandenen als auch insbesondere auf die ausgebauten Wasserkräfte.

An Bergschätzen ist vor allem das Juwel der österreichischen Wirtschaft überhaupt, der steirische Erzberg zu nennen, der bereits in der Vorkriegszeit die Wirtschaft mit dem so wichtigen Eisenerz versorgt hat. Daneben sind ebenfalls in Steiermark wichtige Magnesitlager vorhanden, die Kupfergewinnung erfolgt in Mitterberg, die Bleigewinnung in Bleiberg (Kärnten) usw. Außerdem spielt Graphit und Kalkstein eine wichtige Rolle, Rohölbohrungen ergaben nicht ungünstige Resultate, Rohölgewinnung erfolgt derzeit noch nicht. Verhältnismäßig bedeutsam ist das Braunkohlenvorkommen in Österreich, das auf 2900 Mill. Tonnen geschätzt wird, von denen 600 Mill. Tonnen nachgewiesen sind. Dagegen ist das auf 31,5 Mill. Tonnen geschätzte Steinkohlenvorkommen sehr gering.

Während einerseits in verschiedenen industriellen Erzeugnissen eine Kapazität bestand bzw. immer noch vorhanden ist, an deren volle Ausnützung, vorläufig zumindest, nicht gedacht werden kann, fehlen andererseits in allerdings wenig Erzeugungszweigen die Möglichkeiten, den Gesamtbedarf im Inlande zu decken, während schließlich die vorhandenen Bergschätze und Wasserkräfte ein zum Großteil erst später zu hebendes Kapital, eine wichtige Rücklage für die Zukunft beinhalten.

Der Umfang der heutigen Industrie Österreichs wird am besten durch die An-

*) Vgl. Die Energiewirtschaft der Welt in Zahlen, Sonderh. 19 d. Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung, Berlin 1930.

zahl der unfallversicherten Arbeiter ausgedrückt. Es wurden am 30. Juni 1929 insgesamt 44 906 Betriebe mit 594 218 Arbeitern und 46 397 Lehrlingen gezählt. An größeren Betrieben mit 51 bis 100 Arbeitern bestehen insgesamt 1017, an solchen mit 101 bis 500 Arbeitern 832 und an solchen mit 501 bis 1000 Arbeitern 96. Über 1000 Arbeiter beschäftigen nur insgesamt 39 Betriebe, die Gesamtzahl der in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist 67 000 *). Die Hauptzahl der Betriebe entfällt auf Wien und Niederösterreich (343 000 von 594 000 Arbeitern).

Die Roheisenerzeugung Österreichs stellte sich im Jahre 1929 auf 462 000 Tonnen, was geringfügig erscheinen mag, gemessen an der Erzeugung des Deutschen Reiches (13,4 Mill. Tonnen) und Frankreichs (10,4 Mill. Tonnen), was aber wohl als erheblich zu bezeichnen ist im Vergleiche zu den übrigen mittleren und Kleinstaaten Zentraleuropas (Tschechoslowakei: 1,6 Mill., Ungarn 368 000 Tonnen, Polen 716 000 Tonnen, Jugoslawien 33 000 Tonnen). Die Stahlerzeugung stellte sich in dem genannten Jahre auf 632 000 Tonnen gegen 16,2 Mill. in Deutschland, 2,1 Mill. in der Tschechoslowakei, 513 000 in Ungarn, 1,3 Mill. in Polen und 90 000 in Jugoslawien **). Aufgebaut auf einer verhältnismäßig breiten Grundlage der Urproduktion besteht eine hochentwickelte Metall- und Maschinenindustrie in Österreich. Der technische Hochstand, der die österreichische Erzeugung schon vor dem Kriege kennzeichnete, ermöglichte ihr unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen die Produktion während des vergangenen Jahrzehntes in verhältnismäßig großem Umfange durchzuhalten. Die technischen Fähigkeiten der österreichischen Ingenieure, die schon vor dem Kriege Weltruf genossen haben, erleichterten die überaus schwere Aufgabe der Umstellung unserer Produktion auf die geänderten Verhältnisse. Diese Schwierigkeiten ergaben sich auf fast allen Gebieten der Metall-, Maschinen- und Elektro- und vor allem der Textilindustrie, welche technisch nunmehr in der Lage wäre, den Gesamtbedarf der österreichischen Wirtschaft zu decken. Sie hat unter der auswärtigen Konkurrenz sowie unter dem Mangel an Kapital zur vollen Ausgleichung der obenerwähnten Disproportionalitäten zu leiden. Die Einfuhr an Baumwolle senkte sich vom Jahre 1927 zum Jahre 1929 von 392 000 auf 307 000 Doppelzentner und dürfte sich im Jahre 1930 noch wesentlich niedriger gehalten haben. Die Garneinfuhr ging in den letzten Jahren zwar ebenfalls zurück (1927: 25 300; 1929: 18 750). Dagegen zeigte die Ausfuhr einen geradezu katastrophalen Rückgang von 144 400 auf 104 800 Doppelzentner, was insbesondere auf die Einschränkung der Garnausfuhr nach dem Deutschen Reiche zurückzuführen ist, die im Jahre 1925 noch 61 000 dz, im Jahre 1927 bloß 25 000 und im Jahre 1929 nur mehr 6700 dz betrug. Die Gewebe-einfuhr senkte sich von 111 900 auf 96 400 von 1927 bis 1929. Die Ausfuhr blieb

*) Nach den Aufstellungen des Wirtschaftsstatistischen Jahrbuches 1929/30 der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

**) Vgl. Bericht über die Industrie usw. der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien für das Jahr 1929, Wien 1930.

mit rund 36 000 Tonnen in den letzten drei Jahren ziemlich stabil. Neben der Baumrolle besteht in Österreich noch eine hochentwickelte Wolle-, Jute- und Bekleidungs-, insbesondere Strickwarenindustrie.

Die österreichische Papier- und Zelluloseindustrie, welche infolge des Holzreichtumes unseres Landes, die Rohmaterialien im Inlande besitzt, hat in der Nachkriegszeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, wie die nachfolgende Übersicht zeigt:

	Erzeugungsmengen	
	in Waggons à 10000 kg	
	1913	1929
Papier	18706	22955
Zellulose	11882	22445
Holzstoff.....	9204	10421
Pappe	5647	5464

Die außerordentliche Wirtschaftskrise und die Absperrung verschiedener Nachbarstaaten hat zu einer Produktionsverminderung im Jahre 1930 geführt. Von den übrigen in Österreich stark entwickelten Industriezweigen sei vor allem die chemische Industrie genannt, die namentlich in der Erzeugung von Schwerchemikalien schöne Erfolge aufzuweisen hat, ferner die Holz- und Möbelindustrie, die Leder- und die zahlreichen Geschmacksindustrien, deren besondere Heimat Österreich bekanntlich ist.

Die augenblickliche Lage der Industrie ist außerordentlich kritisch, ebenso wie in den meisten anderen Staaten Mitteleuropas. Das Zusammentreffen struktureller und Weltkrisenelemente hat aber eine besondere Verschärfung mit sich gebracht. Während z. B. im November der Beschäftigungsgrad der Roheisenerzeugung noch 72% der normalen Beschäftigung betrug, ging er im November 1930 auf 21,6 zurück. Die entsprechenden Ziffern bei der Rohstahlerzeugung sind 73 bzw. 43,1%, bei Walzware 77,9 bzw. 39,9%. Der Auftragsbestand ist in zahlreichen Werken auf 20% gesunken*). Ebenso liegen die Dinge in zahlreichen anderen Industriezweigen. Wollte man aus der gegenwärtigen Lage Schlüsse auf die Zukunft ziehen, so müßten diese recht trübe ausfallen. Man kann aber hoffen, daß die Weltkrise eine allmähliche Linderung erfährt und daß insbesondere die speziellen Krisenelemente Österreichs einer langsamen Behebung entgegensehen. Trotz zahlreicher Mißlichkeiten, trotz überaus drückender Steuer- und Sozialbelastung ist der Aufbauwille in der österreichischen Industrie unverkennbar, und er wird um so rascher und erfolgreicher in Erscheinung treten, als die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche sich vertieft und verstärkt. Heute schon (im ganzen Jahr 1929) macht die deutsche Fertigwareneinfuhr nach Österreich 507 Mill. Schilling von rund 1290 Mill. aus, während die Ausfuhr fertiger Waren insgesamt 1626 Mill. betrug, von denen 212 Mill. auf das Deutsche Reich entfallen.

*) Vgl. „Die Industrie“ Nr. 2 vom 9. Jänner 1931.

Die Ergänzungsmöglichkeiten zwischen den Industrien sind außerordentlich zahlreich, die Erfolge, die bisher, im Rahmen der Meistbegünstigung bereits, mit einer Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten der Schwerindustrie, der chemischen Industrie usw. erfolgten, geben zu berechtigten Hoffnungen Anlaß. Insbesondere aber könnte die österreichische Textilindustrie, vor allem die Baumwollspinnerin, durch eine Zusammenarbeit mit dem Reiche gewinnen, ohne daß Deutschland hierdurch Nachteile erwachsen.

Die heutigen Wirtschaftshindernisse zwischen den einzelnen Staaten Mitteleuropas werden fallen, wie alles Widernatürliche in der Welt. Es ist nur zu hoffen, daß die Einsicht bald Raum gewinnt und daß die wertvollen Wirtschaftskräfte Österreichs in einem größeren Ganzen zu der ihnen gebührenden Entfaltung gelangen können.

HERMANN KANDL:

Handel und Gewerbe

Zu den größten Verbrechen der unter dem Namen Friedensverträge festgelegten Neugestaltungen Europas zählt die völlige Außerachtlassung der geographischen Bedingtheiten für Europas Wiederaufbau. Von Wilson bis zum „Vertreter Sr. Majestät des Königs von Hedschas“ hat sich von den Herren, die diese Verträge entwarfen und ihre Annahme erzwangen, anscheinend keiner die Mühe genommen, die Landkarte Europas auch nur ein wenig eingehender anzuschauen, geschweige denn, daß sie die bewußt falschen geographischen und wirtschaftsgeographischen Angaben der neuen Emporkömmlinge, wie Polen, der Tschechoslowakei usw., überprüften.

Nur aus dieser Sinn- und Pflichtlosigkeit heraus ist nebst dem Korridor, dem schlesischen Raub, Südtirol und anderen Ungeheuerlichkeiten, die willkürliche Schaffung des kleinen Deutsch-Österreich zu verstehen. Dabei wurde diesem Unglücksgebilde noch dazu das Kreuz auferlegt, als Nachfolgestaat des alten Österreich gelten zu müssen. Man zerbrach, bildlich gesprochen, dem neuen Österreich in der Geburtsstunde alle Knochen und sprach: Geh hin und wandle und trage Lasten!

Der Kernpunkt Österreichs ist und bleibt Wien; daran ändern die jeweiligen innerpolitischen Verhältnisse nichts. Außer in den Landeshauptstädten, einer geringen Zahl von Industriestädten und -orten ist der Gewerbefleiß in Österreich auf kleine und kleinste Orte verteilt und demgemäß zumeist kleingewerblicher Natur. Knapp 50% des Landes sind landwirtschaftlich nutzbar, davon kaum die Hälfte Ackerland; alles übrige Land bedeckt Wald oder ist nicht nutzbare Hochfläche.

Wien, der Kernpunkt Österreichs, mit nahezu einem Drittel der Bevölkerung des ganzen Staates, ist aber nicht dessen Mittelpunkt. Die tschechoslowakische Grenze

ist nach Osten und Norden in einer Stunde Eilzugsfahrt zu erreichen, die westliche dagegen erst nach fast einer Tagereise.

Hier soll nicht von der militärisch unmöglichen Lage der Hauptstadt die Rede sein, wohl aber darf auf die wirtschaftlichen Gefahren hingewiesen werden, denen die Millionenstadt im Falle ernster Streitigkeiten zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei ausgesetzt wäre. Österreichs Militärmacht, im Friedensvertrage mit der Stärke einer kleinen Polizeimacht bestimmt, genügt nicht, um die Grenzen zu schützen; und das historische Marchfeld vor den Toren Wiens ist alter Kampfboden. Diese Tatsachen mußten hier gestreift werden, um zu zeigen, daß Wien, der Mittelpunkt des Handels- und Gewerbefleißes in Österreich, der Vorteile einer mittelpunktlichen Lage im Staatsgebiete völlig entbehrt. Die Lage Wiens im österreichischen Raume ist die denkbar ungünstigste, sie wäre aber mit einem Schlage eine günstige, wenn Wien eine der Hauptstädte eines großen, schon durch seine Größe geschützten Reiches wäre; denn dann wäre Wien das gegebene Ausfallstor der deutschen, ja mitteleuropäischen Wirtschaft nach dem Osten, es hätte eine Stellung im deutschen Wirtschaftsleben, bei der man es mit Recht mit dem vorweggenommenen Titel „Hamburg des Ostens“ bezeichnen könnte. Die Donau in Verbindung mit Main und Rhein wäre der gebieterische Wegweiser für den Gesamthandel Deutschlands nach Osten.

Die Widerstandskraft der österreichischen Wirtschaft ist eigentlich bewundernswert. Deutschland blieb — trotz allem — Großmacht; sein Gebiet, reich an großen Städten und Stätten des Gewerbefleißes und Handels, blieb, mit Ausnahme Ostpreußens, ein geschlossenes Gebiet; das ebenfalls exzentrisch gelegene Berlin schützt ein immerhin machtvolles Reich. So schmerzvoll der, voraussichtlich nur zeitweilige, Verlust an Menschen, Gebiet und Wirtschaftskraft das Reich traf: ins Mark getroffen wurde es, Gott sei Dank, nicht.

In Österreich zerrissen durch den Friedensvertrag von St.-Germain jahrhundertealte, aufeinander eingespielte Verbindungen. Die Kohle wurde vom Eisen, die Spindel vom Webstuhl, das Halbgut von seinen Endfertigungsstätten getrennt. Die Betriebe eines und desselben Unternehmens, unbedingt aufeinander angewiesen, lagen plötzlich in zwei, ja drei einander spinnefeinden, sich gegenseitig wirtschaftlich bekriegenden Staatsgebieten. Die Kontore, die Geld- und Kreditquellen in Wien, gewohnt, das Wirtschaftsleben eines großen Reiches von Cernowitz bis Bregenz, von Troppau bis Triest, zu leiten und zu regeln, wurden wirbelsturmartig zerfetzt und zerrissen. Wie alle diese Kreise: Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Finanz diesen Sturm und die Korruptionsfolgen dieses Zusammenbruches überstanden, wie unablässig immer wieder Aufbauarbeit geleistet wurde, wird stets ein Ruhmesblatt der österreichischen Wirtschaftsgeschichte bleiben.

Der Handel Österreichs wurde natürlich besonders stark getroffen. Von vornherein freihändlerisch eingestellt, ist ein möglichst großes Wirtschaftsgebiet die Voraussetzung seines Gedeihens. Der Gesamthandel Europas sah sich nach dem Kriege vor ungefähr 7000 km neue Zollgrenzen gestellt, die Zollgebiete haben sich von 26 auf 35 erhöht, an Stelle von 13 traten 27, zum Teil ungesicherte Währungen.

Österreichs Handel hatte aber nicht nur diese Schwierigkeiten, sondern auch den Verfall der eigenen Währung zu überwinden. Die Nachfolgestaaten der Monarchie, mit denen Innerösterreichs Handel mit abertausend Fäden verknüpft war, Verbindungen, die auch die Grundlage seines vormaligen Außenhandels bildeten, konnten sich in ihren zwiespältigen Sieges- und Unsicherheitsgefühlen nicht genügen, um die alten Verbindungen mit Wien und Österreich zu zerreißen und wirtschaftlich selbstgenügend und eigenbedarfsbefriedigend zu werden. Die Zollmauern um Österreich stiegen gigantisch empor, ein unerhörter Wirtschaftsprotektionismus setzte in den Nachfolgestaaten ein. Österreich war in einer wirtschaftlich um so unglücklicheren Lage, als das Land, waren- und rohstoffausgehungert, die gleichen Wege nicht gehen konnte. Ein Schrumpfungsprozeß schmerzlicher Art setzte ein.

Zu dem kam noch, daß der Abbau des Heeres, die notwendige Beschränkung des Beamtentums, die durch geldliche Abfertigungen erträglicher gemacht wurden, dem Handel neue, aber ganz unerfahrene Kräfte zuführte. Auch die große Zahl der freiwerdenden Arbeitskräfte aus der Handels- und Finanzwelt rief eine Überflutung mit Kleinhandelsgeschäften hervor. All diese Leute glaubten, es sei nichts leichter, als einen Laden zu eröffnen und Waren dort teurer als zum Einkaufspreis zu verkaufen. Die Geldentwertung mit ihrer Papierflut schien ihnen anfangs sogar recht zu geben; das böse Ende der meisten dieser Unternehmungen folgte natürlich.

Der wirkliche Handel, so schwer er auch getroffen wurde, so viele Opfer auch fielen und noch fallen, bewies eine erstaunliche Lebens- und Widerstandskraft. Mit Fleiß und Zähigkeit verteidigte er alte Absatzgebiete und ist auch nicht ohne Erfolg tätig, neue zu gewinnen. Diese redlichen Bemühungen hätten gewiß größeren Erfolg, wenn der Handel Österreichs nicht gleich allen anderen Wirtschaftszweigen unter der übermäßig großen Steuer- und Sozialbelastung litt.

Es ist keine Frage, daß Österreichs Handel bei einer Eingliederung in ein größeres Wirtschaftsgebiet sofort wieder imstande wäre, seiner vornehmsten Aufgabe, der Vermittler zwischen Ost und West zu sein, vollauf genügen könnte. Räumliche Lage und jahrhundertealte Erfahrungen und Gemeinsamkeiten, Verbindungen, die auch heute noch bestehen, aber nicht völlig ausgewertet werden können, könnten der gesamten deutschen Wirtschaft unschätzbare Dienste erweisen.

Österreichs Gewerbe waren, im Gegensatz zu den reichsdeutschen, nie auf Massenabsatz eingestellt; sie sind, soweit die Alpenländer in Betracht kommen, sozusagen landschaftsgebunden. Sonderschulen, die die angeborene künstlerische und handwerkliche Begabung der Bevölkerung vertieften, schufen einen kunstgewerblich hochstehenden Handwerkerstand. So entstand die Spitzenindustrie in Vorarlberg, die Jagdwaffenerzeugung in Ferlach in Kärnten, die Kleineisenwerkstätten in Pöchlarn und Waidhofen a. d. Ybbs, die Holzschnitzerschulen, die Schulen für Keramik usw. Die Gewerbeförderungsämter des Staates und der Handelskammern wirkten stets im Sinne der Arbeitsveredelung, dabei sorgsam bedacht, die bodengebundenen Begabungen zu fördern, d. h. die Eigenartigkeiten räumlich begrenzter Gebiete zu erhalten und zu vertiefen.

Anders liegt die Sache wieder in Wien, der Großstadt, deren Schaffen vielfach dieser Eigenartigkeiten entbehrt und die außerdem als Stadt des Fremdenverkehrs den internationalen Geschmacksrichtungen entgegenkommen muß. Dennoch haben das Wiener Handwerk und Kunsthandwerk es verstanden, vom lebenssprudelnden Barock übers Wiener Biedermeier bis zur Wiener-Werkstätten-Formensprache ihre Eigenart zu bewahren und den Ruf österreichischer Edelfarbe weit über die Grenzen des Vaterlandes zu erhalten und zu festigen. Auch hier drückt natürlich die enge Grenze des Schaffens- und Absatzgebietes, vor allem aber die allgemeine Verarmung der Nachkriegszeit. Man bedenke: in der Vorkriegszeit waren die Quellen der Aufträge für material- und formgerechtes Handwerksschaffen, besonders der kunsthandwerklichen Art, der Hof, die ihn umgebende Hocharistokratie und ein wohlhabendes, den höheren Gesellschaftsschichten nacheiferndes Bürgertum. In Wien hatten alle Industrien Altösterreichs ihre Hauptkontore, in den Tresors der Wiener Banken sammelte sich der Wirtschaftsüberschuß eines großen Reiches. Dies alles hatte mit einem Schlage ein Ende; die Hauptauftraggeber verschwanden.

Trotzdem haben gerade auf dem Gebiete der Edelfarbe Wiens Gewerbe in der schwersten Zeit mit Schaffensfreude und Fleiß unablässig an der Vervollkommenheit der Leistungen, sowohl auf schulmäßigem als auch auf praktisch schaffendem Gebiete, gearbeitet.

Die Ausstellungen der letzten Zeit in Köln, Düsseldorf und anderen Orten Deutschlands sowie die letzte in Stockholm haben der österreichischen Edelfarbe viel Anerkennung gebracht. Was auf diesen Gebieten fehlt, um mehr Schwungkraft und das Gefühl sicheren und ruhigen Schaffens zu geben, ist natürlich auch das größere Wirtschafts- und Absatzgebiet. Die ökonomische Untermauerung ist mangelhaft. Man könnte sich kaum eine glücklichere Vereinigung denken als die der handwerklichen und kunsthandwerklichen Begabungen Österreichs, dieses Schnittpunktes deutscher, italienischer, slawischer und orientalischer Kunsteinflüsse, mit dem zielgerichteten, großzügigen deutschen Schaffen auf diesen Gebieten menschlicher Tätigkeit; eine gegenseitige Befruchtung und Blüte unerhörter Art müßte die Folge sein.

Der Krieg zwang die deutschen und deutsch-österreichischen Menschen zu jahrelanger, gemeinsamer Zerstörungsarbeit, zwang sie, gemeinsam ihren Lebens- und Arbeitsraum gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen. Möge sie nun eine nahe Zukunft zur gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiete friedlicher Tätigkeiten einen nicht nur zum Wohle Deutschlands, sondern auch dem der gesamten Menschheit die deutsche Arbeit nicht entbehren kann.

RICHARD KERSCHAGL:

Geld- und Bankwesen

Österreich ist im Zuge der Sanierungsaktion des Völkerbundes als erster der Nachfolgestaaten und auch fast zwei Jahre früher als Deutschland zu einer endgültigen Regelung seines Notenbankwesens gekommen. Diese Regelung war um so dringender geworden, als durch Art. 206 des Friedensvertrages von St.-Germain die Liquidierung der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Bank ausgesprochen worden war und die provisorisch geschaffene österreichische Geschäftsführung der Österreichisch-Ungarischen Bank eben nur als ein Provisorium gelten durfte. Die im Oktober 1922 beendeten Verhandlungen über die Genfer Verträge im Zuge der Sanierungsaktion für Österreich durch den Völkerbund hatten zur Schaffung der Österreichischen Nationalbank geführt, welche in Form einer Aktiengesellschaft, mit einem Aktienkapital von 30 Mill. Goldkronen ausgestattet, die Geschäfte eines alleinigen Noteninstituts für Österreich übernahm und in ihrer vornehmsten Aufgabe, der Stabilisierung des Geldwertes und der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, überaus raschen und weitgehenden Erfolg hatte. Die österreichische Krone wurde zunächst gegenüber dem Schweizer Franken und, als dieser selbst gegenüber dem Golde gewisse Schwankungen aufzuweisen begann, gegenüber dem Dollar stabilisiert und ist trotz aller seit diesem Termin aufgetretenen Krisen unverrückbar fest geblieben als eine der stabilsten Währungen Europas überhaupt. Die weitere Entwicklung der Währungslage kann kurz durch drei Abschnitte gekennzeichnet werden. Durch das mit 20. Dezember 1924 geschaffene Schillingrechnungsgesetz, welches eine neue Währungseinheit in Österreich, den Schilling, mit 0,16879 g feinen Goldes festsetzt, durch die systematische Ausprägung von Münzen im Zuge dieser endgültigen Regelung der Verhältnisse, die im Juli 1926 auch zur Ausprägung von Bundesgoldmünzen führte, und schließlich durch die nach planmäßigem, schrittweisem Vorgehen mit 18. Dezember 1926 erfolgte restlose Aufhebung aller, auch nur irgendwie an Einschränkungen des freien Verkehrs in fremden Devisen und Valuten erinnernden, Maßnahmen.

Der Vollständigkeit halber sei noch auf zwei Tatsachen hingewiesen. Erstens, daß die Gründung der Österreichischen Nationalbank vielfach als Muster für die spätere

Gründung ähnlicher Notenbanken in anderen Nationalstaaten diene, so z. B. für Ungarn im Jahre 1924, für die Tschechoslowakei im Jahre 1926, für Polen in den Jahren 1924 und 1927. Zweitens aber wäre darauf hinzuweisen, daß Österreich war im Zuge der Völkerbundsaktion die Bestellung eines ausländischen Beraters bei der Österreichischen Nationalbank auf sich nehmen mußte, daß aber der letzte Berater mit 30. Juni 1929 seine Tätigkeit beendet hat, in ähnlicher Weise, wie dies später hinsichtlich der ausländischen Kontrolle der Deutschen Reichsbank nach Annahme des Young-Planes der Fall war.

Was das Bankwesen Österreichs anbelangt, so ist es vor allem durch zwei Dinge gekennzeichnet. Erstens durch den Reduktionsprozeß, der nunmehr wohl als abgeschlossen erscheint und der nach einer außerordentlichen Hypertrophie des Bankwesens, trotz des durch die Friedensverträge verringerten Staats- und Wirtschaftsgebietes und trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, im Zuge der Inflations- und ersten Nachinflationszeit eine übergroße Entwicklung genommen hat. Von der relativ großen Anzahl von großen Instituten der Vorkriegszeit sind recht viele durch Liquidierung oder Fusion von der Bildfläche verschwunden. Als stärkstes Fusionszentrum hatte sich zunächst die Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt erwiesen, welche von größeren Banken die Union-Bank und die Allgemeine Verkehrsbank in sich aufnahm, neben einer Anzahl mittlerer und kleinerer Banken, bis sie selbst schließlich, am Ende ihrer Kräfte angelangt, im Herbst 1929 von der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe aufgenommen wurde. Diese Bank, nunmehr bei weitem das stärkste österreichische Institut, stärker als die zwei nächstgrößten Banken zusammengenommen, hatte außerdem einige Jahre vorher, im Sommer 1926, die Anglo-österreichische Bank aufgenommen und hat durch diese Kräftekonzentration eine nahezu einzigartige Stellung auf dem österreichischen Kreditmarkte errungen. Von den zwei nächstgrößten Instituten, dem Wiener Bank-Verein und der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, wäre zunächst zu berichten, daß beide bisher als Fusionszentrum nicht aufgetreten sind. Das gleiche gilt für die Mercurbank und die Zentral-europäische Länderbank, Niederlassung Wien. Von den inzwischen liquidierten Instituten wäre noch zu erwähnen die Centralbank der deutschen Sparkassen, welche einer gänzlichen Liquidation verfiel und die ebenfalls zuerst als Fusionszentrum, z. B. für die Industrie- und Handelsbank und die Deutsche Bodenbank, gedient hatte. Anzuführen wäre auch noch, daß die Österreichische Postsparkasse durch Gesetz von 1926 einer weitgehenden Reorganisation und Umbildung unterzogen wurde, wobei auch berücksichtigt werden muß, daß dieses Institut, welches ehemals der österreichischen Reichshälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie gemeinsam war, durch den Zerfall in Nationalstaaten einem weitgehenden Umbildungsprozeß an und für sich schon unterworfen war. Von größeren Bankhäusern sei in erster Linie das Bankhaus S. M. v. Rothschild und seine engen persönlichen Beziehungen zur Credit-Anstalt erwähnt.

Das zweite Moment, welches für das österreichische Bankwesen besonders charakteristisch erscheint, ist seine Verflechtung mit dem ausländischen Bankwesen. Diese Verflechtung ist nicht nur in der Gesamtheit betrachtet vielseitig, sondern auch bei jeder einzelnen Bank oft in der Bestehung von Bindungen nach verschiedenen Seiten ausgedrückt. Hier sei nur kurz erwähnt, daß bei der Credit-Anstalt namhafte englische Interessen bestehen, welche in besonders starkem Ausmaße auf die bereits erwähnte seinerzeitige Aufnahme der Anglobank im Fusionswege durch die Credit-Anstalt zurückzuführen sind. Aber auch hier darf nicht vergessen werden, auf die bestehende Interessengemeinschaft mit dem Bankhaus Kuhn, Loeb u. Co., New York, und der Guaranty Trust Company hinzuweisen. Andererseits ist auch das Institut in den Weststaaten, sowohl in Frankreich wie in Holland, beteiligt, und nicht zu vergessen die internationale Investmentgründung im September 1930 durch Schaffung der Kontinentalen Gesellschaft für Bank- und Industriewerte in Basel. Was die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft betrifft, so bestehen seit vielen Jahren engste Verbindungen mit der Berliner Handelsgesellschaft, welche auch in einem Aktienpaket ihren Ausdruck finden. Ebenso besteht eine enge Verbindung mit der Banque de Bruxelles, Brüssel, mit dem Comptoir d'Escompte de Genève, Genf, und mit einer französischen Bankengruppe unter Führung der Banque Nationale de Crédit in Paris; aber auch in den anglo-sächsischen Ländern bestehen Beziehungen, so mit der Lloyds Bank Ltd. und der Hambros Bank Ltd. in London, und in den United States mit der Firma W. A. Harriman u. Co., New York. Beim Wiener Bank-Verein besteht die engste Verbindung mit der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft; aber auch die Basler Handelsbank und die Banque Belge pour l'Etranger, ebenso wie die Société Générale de Belgique sind durch Aktienbesitz eng mit diesem Institute verknüpft. Am engsten mit dem deutschen Bankwesen verknüpft ist die Mercurbank, deren Reorganisation unter der Ägide der Darmstädter und Nationalbank erfolgte, welche heute auch weit mehr als die Hälfte des Aktienkapitals besitzt. Die Länderbank schließlich ist, juristisch betrachtet, eine Zweiganstalt eines in Paris befindlichen Unternehmens. Allen Banken gemeinsam ist ferner, was hier nicht bis ins kleinste dargelegt werden kann, die enge Verbindung mit nationalstaatlichen Bankengruppen, die zum größten Teil noch aus der Vorkriegszeit herrührt, wo gemeinsame Institute das Wirtschaftsgebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie mit einem Filialnetz überzogen und wo die endgültige Neuorganisation nach dem Weltkriege zum größten Teil in der Schaffung neuer nationaler Bankgebilde, unter Loslösung vom gemeinsamen Mutterinstitut, bestand, wobei diese neugeschaffenen nationalstaatlichen Banken jedoch ihren Geschäfts- und Interessenkreis fast immer auch durch Aktienbesitz und in manchen Fällen auch durch verschiedene vertragsmäßig-organisatorische Bindungen zwischenstaatlicher Natur ihren Ausdruck geben.

Abschließend noch ein paar Worte über die Größenverhältnisse der österreichischen

schen Banken. Wenn sie auch, an internationalen Maßstäben gemessen, vielleicht nicht übergroß erscheinen, so ist doch die Credit-Anstalt mit einem Aktienkapital von 125 Mill. S. und Reserven von ca. 39 Mill. S. und einer Bilanzsumme von rund 1400 Mill. S. auch im zwischenstaatlichen Verkehr ein sehr achtungsgebietender Faktor. Die Escompte-Gesellschaft weist ein Aktienkapital von über 39 Mill. S., Reserven von ca. 26 Mill. S. und eine Bilanzsumme von über 500 Mill. S. aus; der Wiener Bank-Verein ein Aktienkapital von 55 Mill. S., Reserven von 28 Mill. S. und eine Bilanzsumme von stark über 500 Mill. S. Aber auch z. B. die Mercurbank verfügt, Aktienkapital und Reserven zusammengenommen, über nahezu 25 Mill. S. und die Länderbank von über 31 Mill. S. Das Österreichische Credit-Institut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten, ein halbstaatliches Unternehmen, weist über 20 Mill. S. Aktienkapital und Reserven auf.

So finden die wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten Österreichs gerade im österreichischen Bankwesen einen besonders starken Ausdruck, und die Probleme weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit sind gerade hier immer wieder aufgerollt und, wie man konstatieren kann, auch wiederholt Teillösungen zugeführt worden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß diese Teillösungen nur zum Teil schicksalhaft ablaufendes Gepräge tragen, zu einem Großteil aber gewollte und gesetzte Ziele beinhalten. Die Erreichung wirtschaftlicher und nicht zuletzt kultureller Ziele durch einen besonders hohen, geradezu zwangsläufigen Grad der Zusammenarbeit ist ein Problem, dessen gewollte und bewußte Gesamtlösung in einem bestimmten Sinne gerade auf diesem Teilgebiet nicht vernachlässigt werden kann.

OSCAR ZAGLITS:

Der Hypothekarkredit

In der Beschaffung von Hypothekarkrediten für die Landwirtschaft und den städtischen Haus- und Grundbesitz teilen sich in Österreich die regulativmäßigen Sparkassen, die Landeshypothekenanstalten und die Aktienhypothekenbanken.

In Österreich bestehen gegenwärtig 202 Sparkassen, von denen etwa ein Viertel in der alten Form der Vereinssparkassen (ähnlich den deutschen freien und Stiftungssparkassen) errichtet worden ist, während der Rest von öffentlichen Körperschaften, insbesondere Gemeinden, gegründet wurde.

Den Sparkassen dient die Gewährung von Hypothekendarlehen zur Veranlagung der bei ihnen eingelegten Spargelder. In der Vorkriegszeit war dementsprechend bei ihren Hypothekendarlehensgewährungen der Gesichtspunkt möglicher Gewinn-erzielung im Interesse ihrer Spareinleger und im Interesse ihrer karitativen Tätigkeit maßgebend. In der Nachkriegszeit hat aber unter dem Druck der hohen Zinssätze, die allgemein auf den Geld- und Kapitalmärkten herrschten, bei den Spar-

kassen Österreichs das Bestreben an Bedeutung gewonnen, bei den gegebenen Marktverhältnissen die Darlehnsbedingungen tunlichst günstig zu stellen.

Dieser Gesichtspunkt war von Anfang an maßgebend für die Darlehensgewährung der neun von den österreichischen Bundesländern errichteten Landeshypothekenanstalten, in deren Statuten sich regelmäßig die Bestimmung findet, daß die Reingewinne, soweit sie nicht für Reservedotationen benötigt werden, im Sinne des vorstehend angeführten Zweckes, also zur Verbilligung der Darlehensbedingungen, zu verwenden sind.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo im gemeinnützigen Hypothekarkredit eine große Zahl von Spezialinstituten mit Sonderaufgaben, wie ritterschaftliche und bäuerliche Landschaften, Stadtschaften, Landesrentenbank, Rentenbank-Kreditanstalt usw., ausgebildet worden sind, haben die österreichischen Landeshypothekenanstalten mit ihrem Kredit sowohl städtischen als auch ländlichen Besitz zu versorgen, und auch den langfristigen Siedlungshypothekarkredit gewähren in Österreich die Landeshypothekenanstalten.

Ausschließlich das Hypothekarkreditgeschäft pflegende Aktienbanken bestanden in Österreich in der Vorkriegszeit, sie haben jedoch in der Inflationszeit auf das Hypothekarprivileg verzichtet, um an dessen Stelle das Mobilbankprivileg zu erhalten. Hingegen bestehen in Österreich zwei gemischte Bankaktiengesellschaften, die nach Art der bayrischen Banken in der Hauptsache das Mobilbankgeschäft pflegen und in einer Nebenabteilung sich dem Hypothekarkredit- und Pfandbriefgeschäft widmen.

Im landwirtschaftlichen Hypothekarkredit kommen entsprechend der dem Bauerntum günstigen Verteilung vor allem mittlere und kleinere Landwirtschaften als Kreditnehmer in Frage. Für diese stehen vorwiegend die Sparkassen und Landeshypothekenanstalten zur Verfügung, während die Aktienhypothekenbanken mit Rücksicht auf die größere Rentabilität die großen Darlehen bevorzugen. Für die ersterwähnten Kreditinstitute kann die Statistik der Landeshypothekenanstalt für Niederösterreich, des größten österreichischen Pfandbriefinstituts, als typisch angesehen werden, in der von den langfristig an Landwirtschaften gegebenen Darlehen zu Ende 1929 94% des Darlehensbetrages auf bäuerliche und gemischte Betriebe und nur 6% auf Großgrundbesitz entfielen. Diese besondere Berücksichtigung der Kreditbedürfnisse des kleinen und mittleren Besitzes bringt neben einer bedeutenden Risikoverteilung in den Bauern, die ihren Grund vorwiegend mit Familienangehörigen bearbeiten, die besseren Kreditnehmer.

Der städtische Realkredit hat in Österreich schwer unter den Mieterschutzbeschränkungen gelitten. Hier ist eine Besserung erst durch das neue, im Sommer 1929 von Bundeskanzler Streeruwitz im Nationalrat zur Erledigung gebrachte Mietengesetz eingetreten, das eine teilweise Revalorisierung der Mietzinse gebracht hat.

Zugleich mit der Abänderung des Mietengesetzes wurde ein besonderes Wohnbauförderungsgesetz mit einem Bauprogramm in der Höhe von rund 450 Mill. S. beschlossen. Die Kreditgewährung wurde hierbei in erster Linie den Landeshypothekenanstalten überlassen, denen gegenüber der österreichische Bundesstaat ein Zahlungsverprechen für den gesamten Darlehensdienst (Kapital und Zinsen) abgibt.

Neben dem Hypothekarkreditgeschäft pflegen die Sparkassen, Landeshypothekenanstalten und Aktienhypothekenbanken die Darlehensgewährung an Gemeinden und öffentliche Körperschaften.

Infolge des Mangels an statistischen Unterlagen ist es nicht möglich, exakte Ziffern über die Verteilung der Kredite der Sparkassen, Landeshypothekenanstalten und Aktienhypothekenbanken auf städtische und ländliche Hypothekarschuldner sowie auf Gemeinden zu geben, doch dürften die im nachstehenden wiedergegebenen schätzungsweisen Ziffern den tatsächlichen Verhältnissen weitgehend entsprechen.

Von dem Einlagenstand der 202 Sparkassen per 1,418 Mill. S. entfielen Ende 1929 nach einer Mitteilung ihres Verbandsanwalts Dr. Stigleitner in dem Sammelwerk „Die Sparkassen Österreichs*)“ rund 950 Mill. S. auf Darlehen und Kontokorrentkredite an Hypothekarschuldner und öffentliche Körperschaften. Von dieser Gesamtsumme dürften schätzungsweise 200 Mill. S. auf Gemeindendarlehen ohne hypothekarische Sicherstellung entfallen, während der Restbetrag die Hypothekardarlehen umfaßt.

Die neun Landeshypothekenanstalten verzeichneten zu Ende des gleichen Jahres einen Darlehensstand von 280 Mill. S., hiervon rund 80 Mill. S. Kommunaldarlehen und rund 200 Mill. S. Hypothekardarlehen.

Von den Darlehen der zwei Aktienhypothekenbanken entfielen 22,5 Mill. S. auf Hypothekar- und 12,3 Mill. S. auf Kommunaldarlehen.

Insgesamt bezifferten sich also die Hypothekarkredite, die von Sparkassen, Landeshypothekenanstalten und Aktienhypothekenbanken gegeben wurden, Ende 1929 auf schätzungsweise 962,5 Mill. S. und die Kommunalkredite auf 292,5 Mill. S. Die Gesamtsumme ihrer Hypothekar- und Kommunalkredite erreichte 1265 Mill. S. Dieser auch bei Berücksichtigung des verhältnismäßig geringeren Gebietsumfanges Österreichs relativ niedrige Stand erklärt sich, soweit die städtischen Beleihungen in Betracht kommen, aus der Mietenschutzgesetzgebung. Im übrigen ist er jedoch immerhin als ein günstiges Zeichen zu werten, da er zeigt, daß die Verschuldung der in Betracht kommenden Kreise in Österreich sich im allgemeinen in mäßigen und tragbaren Grenzen hält.

Von der erwähnten Gesamtsumme von Hypothekar- und Kommunalдарlehen ist die Summe von 253 Mill. S. langfristig unkündbar gegeben und durch die Emission von Goldpfandbriefen und Goldkommunalobligatio-

*) Wien 1930, Verlag Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich.

nen mobilisiert worden. Von dieser Emissionssumme entfallen 229 Mill. S. auf Emissionen der Landeshypothekenanstalten und 24 Mill. S. auf jene der das Hypothekarkreditgeschäft betreibenden Mobilbanken.

Das Emissionsgeschäft wurde nach Wiederstabilisierung der Währung im Jahre 1925 aufgenommen. Die Emissionstätigkeit war eine wesentlich langsamere wie in Deutschland; es ist jedoch diesem Umstand und daneben der Konzentration des Emissionsgeschäfts in wenigen Händen zu danken, daß die Kursentwicklung der österreichischen Goldpfandbriefe und Goldkommunalobligationen in der gesamten Nachkriegszeit eine stetige war. Kurs-erhöhungen wurden nur in sehr vorsichtiger Weise vorgenommen, und dementsprechend kamen in Zeiten der Geldteuerung Rückschläge nur in geringem Maße zur Auswirkung.

Diesem Erfolg kommt besondere Wichtigkeit mit Rücksicht auf die sonstige ungünstige Lage der Wiener Effektenbörse zu, angesichts welcher die Emissionsinstitute durch sehr vorsichtige Kurspolitik um das Vertrauen des österreichischen und internationalen Anlagepublikums werben mußten.

EGON SCHEFFER:

Die Finanzwirtschaft

Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft hat in sämtlichen kulturell hoch entwickelten Staaten in den vergangenen Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Die Ursachen hierfür sind in den einzelnen Staaten verschieden, es kann im allgemeinen die Nachwirkung des Krieges, sowohl in rein finanzieller als auch in politischer, auf die Finanzwirtschaft zurückwirkender Weise, als der Hauptgrund hierfür angenommen werden. Die außerordentliche Aufblähung der Budgetziffern hat sich in Österreich, obwohl die Reparationsfrage hier niemals eine ausschlaggebende Rolle spielte und in letzter Zeit bekanntlich sogar formell ausgeschaltet wurde, außerordentlich heftig ausgewirkt. Auch die Finanzwirtschaft ist, wie die Wirtschaft überhaupt, räumlich und geschichtlich bedingt. Schon in der erstgenannten Hinsicht sind die Dinge hier recht mißlich, die vollkommen unnatürliche Formung des österreichischen Wirtschaftsraumes, bringt zunächst finanzielle Belastungen ungewöhnlicher Art auf rein verkehrstechnischem Gebiete, dann aber auch zum Teil außerordentlich hohe Verwaltungsauslagen mit sich. Unvergleichlich schärfer aber macht sich hier die geschichtliche Entwicklung geltend. Österreich hatte vom Anbeginn eine außerordentlich intensive und weit ausgebreitete Verwaltung. Dies hängt damit zusammen, daß der Merkantilismus und die Kulturstaatsideen hier ein ungewöhnlich hohes Maß der Entwicklung erreicht haben, daß der absolutistische Gedanke zu jener Zeit, als die Grundlagen des modernen Ver-

Verwaltungsapparates gelegt wurden, gerade in Österreich seinen Schwerpunkt hatte. Als dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die liberale Regierungsendenz einsetzte, war der Verwaltungskörper bereits in seinen wichtigsten Teilen ausgebaut, und es gab keinen Rückschlag zum reinen Rechtsstaatsgedanken. Das Zentrum dieses ungemein ausgebreiteten und vertieften Verwaltungsregimes ist seit jeher Wien gewesen. Hier liefen alle Drähte zusammen, hier fand der gesamte zum Teil überaus klug ausgedachte Apparat seine oberste Führung. Das gewaltige Schaltwerk, das hier errichtet wurde und durch einen Handgriff die Verwaltung in den entferntesten Teilen des ausgedehnten Reiches zu beeinflussen vermochte, erforderte einen kräftigen Unterbau in Form breiter Schichten von mittleren und unteren Beamten.

Die Dinge, welche bereits zur Zeit der Monarchie wiederholt Bedenken erregten, erfuhren eine ganz ungeahnte Verschärfung im Zeitpunkte des Zusammenbruches. Nicht nur, daß der auf $\frac{1}{7}$ seiner früheren Bevölkerungszahl zusammengeschrumpfte Staat die gesamte Zentralverwaltung erhalten mußte, es kam noch der Rückstrom zahlloser Beamter, welche im Bereiche unseres Staatswesens heimatberechtigt, jedoch in anderen Gegenden tätig waren, hinzu. Wie sehr sich diese Schwierigkeit bis in die Gegenwart herein erhalten hat, geht aus der Verschiedenheit der Pensionslasten in Österreich und im Deutschen Reiche hervor. Während der Haushaltsplan 1930 im Deutschen Reiche Versorgungsgebühren in der Gesamthöhe von 184,2 Millionen RM. enthält, sieht der Voranschlag Österreichs für das Kalenderjahr 1930 Gesamtausgaben für „Pensionen“ in der Höhe von 221,8 Mill. Schilling, derjenige für 1931 226,4 Mill. Schilling vor (d. s. 132,8 Mill. bzw. 135,5 Mill. RM.), wobei, wie hier bereits erwähnt sein mag, im Hinblick auf die Steuerkraft der beiden Staaten das Verhältnis der Bevölkerungszahl (1 : 10) nicht schlechtweg Anwendung finden kann, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach die Steuerkraft des Deutschen Reiches ein größeres Vielfaches ausmacht.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche die österreichische Finanzwirtschaft in den ersten Jahren des Bestandes unseres Staatswesens zu bewältigen hatte, bzw. die zu bewältigen sie in zahlreichen Fällen einfach nicht imstande war, mögen hier aus Raumgründen übergangen werden. Diese Krise in der Stabilität der Währung und der Staatsfinanzen kann ebenso wie in anderen Staaten nunmehr als überwunden betrachtet werden, wenngleich gewisse Nachwirkungen, namentlich im Hinblick auf die Leistungskraft bei den direkten Steuern unverkennbar sind. In einer allmählichen, durch zahlreiche zum Teile leidenschaftliche Kämpfe gekennzeichneten Entwicklung, ist das gegenwärtige Finanzsystem Österreichs aufgerichtet worden. Sein Charakteristikum besteht darin, daß, wie Vizekanzler Dr. Schober sich seinerzeit ausdrückte, ein „Zuvielverwalten“ herrscht. Dieses hat seine Ursache einerseits in den oben gestreiften geschichtlichen Ereignissen, andererseits in einer psychologischen Wandlung, welche in der Nachkriegszeit

erfolgte. Das gesteigerte soziale Empfinden, das durch die Leiden des Krieges und der ersten Nachkriegszeit besonders angeregt wurde, ein geistiger Rückschlag, der die theoretischen Forderungen des Sozialismus im Ressentiment des verlorenen Krieges als eine Art Dogma auch in jenen Kreisen erscheinen ließ, welche diese Richtung parteimäßig fernstanden, verursachten ganz neue Verwaltungszweige, die trotz ihrer nicht zu leugnenden wohlthätigen Wirkung in unverkennbarem Gegensatz zu den natürlichen Notwendigkeiten der österreichischen Wirtschaft stehen.

Betrachtet man den Gesamtaufbau der österreichischen Finanzwirtschaft in seinen wesentlichsten Zügen, so ist zunächst eine Gliederung festzustellen, die in mancher Hinsicht an das Deutsche Reich erinnert. Während aber dort das Schwergewicht der Verwaltung in früheren Zeitabschnitten ausschließlich bei den heutigen Ländern lag und nur allmählich eine Verschiebung zugunsten des Reiches erfolgt, ist die Entwicklung hier gerade umgekehrt. Von einem Einheitsstaate in der Zeit seiner politischen Macht und Größe ist Österreich durch den Zusammenbruch nach der furchtbaren Verkürzung seines Umfanges in einen Bundesstaat verwandelt worden. Es ist eine psychologisch nicht uninteressante Erscheinung, daß der Patriotismus gegenüber dem Lande in zahlreichen Fällen ganz unverblümt über jene gegenüber dem Staate gestellt wird, daß die historischen Grenzen der Länder auch heute, und zwar in der Zeit der völligen Demokratie sich ganz besonders stark in dem Geistesleben und in der Wirtschaft Österreichs auswirken. Daraus folgt als finanzwirtschaftlicher Reflex die Tendenz zum Ausbau der Landesverwaltung auf Kosten der Bundesverwaltung.

Immer jedoch liegt noch das Schwergewicht der Verwaltung und damit auch der öffentlichen Ausgaben beim Staate, wie aus folgender Übersicht entnommen werden kann:

Voranschläge für das Jahr 1930.

	Bund Mill. S.	Länder insgesamt Mill. S.
Ausgaben	1939,9	749,2 ^{*)}
Einnahmen	1975,3	686,6 ^{**)}

Hierzu kommen noch die Einnahmen bzw. Ausgaben der Gemeinden, die bisher statistisch nicht vollkommen erfaßt werden können, offenbar jedoch gleichfalls verhältnismäßig geringer sind als im Deutschen Reiche. Die Deckung des Budgetdefizits der Länder gehört zu den schwierigen Problemen der österreichischen Finanzwirtschaft. Der hier auftauchende Geldbedarf stellt eine der Hauptursachen für die notwendig gewordene Neuregelung der Abgabenteilung dar. Bereits auf den ersten Blick zeigt sich, daß Wien infolge seiner Doppelstellung als Land und Gemeinde einen unverhältnismäßig großen Teil an den den Ländern zukommenden öffent-

^{*)} Summe der Länder einschließlich Wiens, Länder ohne Wien 307,2 Mill. S.

^{**)} Länder einschließlich Wiens, Länder ohne Wien 275,3 Mill. S. Davon 194,8 bzw. 66,5 Mill. S. Ertragsanteile an Bundesabgaben.

ichen Abgaben empfängt. Die Neuregelung soll nach dem Gesetzentwurf eine Verminderung der Ertragsanteile Wiens von 140 auf 98 Mill. und eine entsprechende Höherdotierung der übrigen Länder erbringen.

Die Struktur des österreichischen Voranschlages zeigt die nachfolgende Aufstellung:

	Bundesaussgaben bzw. -einnahmen.					
	Voranschlag 1930			Voranschlagsentwurf 1931		
	laufende	Gebärung	Investitionen	laufende	Gebärung	Investitionen
	Einn.	Ausg.		Einn.	Ausg.	
	in Millionen S.					
Hoheitsverwaltung ..	1370,5	1210,9	27,9	1549,9	1381,6	24,2
Monopole	221,4	450,7	5,6	228,7	465,0	9,8
Bundesbetriebe	317,1	313,4	63,4	325,6	319,3	61,4
Eisenbahnen	30,9	0,2	93,1	26,1	0,1	67,1
Gesamtsumme	1939,9	1975,3	189,9	2130,3	2166,0	171,6

Die Gesamtausgabensummen in Österreich sind somit in Mark umgerechnet größer als die auf den aliquoten Teil der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallenden Reichsausgaben. (Nach dem Haushaltsplan 1930 wurden 8184 Mill. RM. an Gesamtausgaben vorgesehen, eine Summe, die allerdings praktisch erhebliche Änderungen erfuhr. Steuer- und Zolleinnahmen nach Verordg. v. 26. Juli 1930: 10 265,6 Mill. RM.)

Es ist aber selbstverständlich unangebracht, Gesamtausgaben- und Einnahmefiffern verschiedener Staaten miteinander zu vergleichen. Ohne auf das Problem des internationalen Finanzvergleiches einzugehen, sei nur darauf verwiesen, daß in Österreich ein hervorragender Teil der Gesamteinnahmen durch die Erträge der Monopole, insbesondere des Tabakmonopols gedeckt wird und die Betriebe sehr große Ausgaben erfordern. Budgettechnisch ist nun zu bemerken, daß die Betriebe im Reiche netto, in Österreich brutto budgetiert werden. Berücksichtigt man die Verschiedenheiten in der Finanzstruktur der beiden Staaten und vergleicht sodann die bereinigten Ziffernreihen — die Einzelheiten hat der Verfasser in einer demnächst erscheinenden Broschüre untersucht, ihre Darstellung würde diesen Rahmen überschreiten —, so ergibt sich, daß die Belastung in Österreich jener des Deutschen Reiches nach Abzug der Reparationsleistungen ungefähr gleichkommt.

Die Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Abgabengruppen ist in Österreich und im Reiche wesentlich verschieden. Die Einkommenspyramide in erstgenanntem Staate zeigt im allgemeinen eine allmählich verlaufende Form während nach den Statistiken des Deutschen Reiches — genaue Vergleiche lassen sich hier wegen der Zusammenrechnung verschiedener Einkommensgruppen nicht anstellen — nach einem breit ausladenden Sockel sich eine starke Einschnürung zeigt, um bei den höheren Einkommen sich wiederum auszuweiten und sodann zu großen Höhen emporzusteigen. In Österreich dagegen erfolgt über einer ebenfalls

breiten Gruppe von niedrigen Einkommen ein mehr oder weniger regelmäßiges Zurückweichen nach Einkommensstufen, die oberste Spitze liegt weit tiefer als in Reiche, verläuft aber auch wesentlich feiner. Die Ertragnisse der wichtigsten direkten Steuern stellen sich nach den Voranschlägen 1930 in Österreich und im Reich folgendermaßen:

	Österreich in Mill. S.	Deutschland in Mill. RM.
Einkommensteuer	173,5	3126
Körperschaftssteuer	80,—	500
Vermögenssteuer	14,5	465

Obwohl somit die wesentlich stärkere Heranziehung der deutschen Steuerquellen für die direkte Besteuerung erhellt, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß Österreich an der Grenze seiner direkten Steuerleistungsmöglichkeiten angelangt ist und der Abbau nicht nur eine Forderung wirtschaftlicher Kreise, sondern eine praktische Notwendigkeit geworden ist. Die Verbrauchssteuern werden in Österreich im dem genannten Jahre mit 103,6 Mill. S. (62,0 Mill. RM.), im Reich mit 2019,2 Mill. RM. veranschlagt, die Warenumsatzsteuer mit 252 Mill. S. (150,8 Mill. RM.), gegenüber 1187 Mill. im Deutschen Reiche.

Das überaus komplizierte System der Abgabenteilung befindet sich gerade gegenwärtig im Zustande vollster Umwandlungen. Der Grund hierfür ist in der erwähnten Vorzugsstellung der Gemeinde Wien zu suchen, die weitgehende Investitionen aus laufenden Einnahmen in den letzten Jahren, insbesondere für Zwecke des Wohnungsbaues vorgenommen hat.

Der Gesamtschuldenstand des Bundes beläuft sich zum 31. Dezember 1930 nach den soeben herausgekommenen Erläuterungen zum Budgetentwurf 1931 auf 2397,9 Mill. S. und ist damit hauptsächlich infolge der internationalen Bundesanleihe um 410 Mill. S. gegenüber dem Stande vom gleichen Vorjahreszeitpunkte gestiegen. Die Schwierigkeit der Budgetierung in Österreich — auch der neue Voranschlag sieht Mehrausgaben um 181,7 Mill. gegenüber dem Vorjahre und um 682,5 Mill. gegenüber dem Jahre 1923 vor — liegt einerseits in den Leistungen, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben (Subventionierung der Landwirtschaft, Steigerung aus dem Titel der Arbeitslosenversicherung usw.), andererseits in der Notwendigkeit, für den Dienst der neuen Anleihen zu sorgen. Die in den letzten Jahren ohnedies verringerten Investitionsausgaben, die nur durch Kredite gedeckt werden können, stellen ein unerläßliches Erfordernis der österreichischen Wirtschaft dar. Die Steuereingänge sind immer noch relativ günstig, so daß eine starke Unterschreitung auch des neuen auf vermehrte Einnahmen rechnenden Voranschlages kaum zu gewärtigen ist. Immerhin stellt das finanzielle Problem sich als die Kernfrage der kommenden wirtschaftlichen Aktionen dar. Die große Frage der Preisermäßigung wird auch in Österreich nicht übergangen werden können, wenngleich hier die Differenz zur Vorkriegszeit niemals so erheblich w

wie in anderen Staaten. Jedenfalls erscheinen Gesamtaufwände der öffentlichen Wirtschaft in der Höhe von mehr als 3 Milliarden S. im Jahre bei einem Gesamteinkommen von schätzungsweise 7 Milliarden S. auf die Dauer untragbar.

Bei den kommenden Reformen, die die Verwaltung an Haupt und Gliedern erfassen und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten verstärkter Kapitalbildung berücksichtigen müssen, werden sich häufig dieselben Probleme in Österreich und im Reiche zeigen. So bei der Vereinheitlichung und Zentralisierung, bei der Rationalisierung des administrativen Aufbaues usw. Die Gleichheit der Probleme legt ähnliche Lösungsmethoden nahe. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn die diesbezügliche Gesetzgebung, ähnlich wie dies auf anderen Gebieten bereits geschehen ist, im Einvernehmen zwischen beiden Staaten erfolgen könnte. Während beispielsweise in Österreich ein einheitliches das allgemeine Steuerrecht behandelndes Gesetz entsprechend der RAO fehlt, scheinen hier mancherlei gesetzliche Bestimmungen, namentlich auf dem Gebiete der Verbrauchsbesteuerung, aber auch des direkten Steuerwesens durchaus zweckmäßig und für den Fall einer deutschen Reform nachahmenswert. Jedenfalls eröffnet sich hier ein weites Gebiet fruchtbringender gesetzgeberischer Arbeit. Bei der hohen Bedeutung des Finanzwesens für die Wirtschaft der modernen Staaten dürfte ein größerer Abschnitt in der bedeutsamen Aufgabe der wirtschaftlichen Strukturangleichung auf dieses Gebiet entfallen, als man schlechthin anzunehmen geneigt ist.

BRUNO VON ENDERES:

Das Verkehrswesen, seine Bedeutung für Weltwirtschaft und Reich

Um uns über die Rolle klarzuwerden, die das Verkehrswesen Österreichs in der Weltwirtschaft im allgemeinen und für die deutsche Wirtschaft im besonderen spielt, müssen wir zunächst die dafür maßgebenden Voraussetzungen prüfen, deren wichtigste etwa folgende sind:

1. Das heutige Österreich erstreckt sich vom Bodensee bis an die ungarische Tiefebene als ein Gebirgswall von 500 km Länge, der erst in seinem östlichsten Viertel zwischen Selztal und St. Michael einen Übergang besitzt, der tiefer als 1000 m ü. M. liegt. Diesen Gebirgswall konnte der Großverkehr erst bewältigen, als man gelernt hatte, echte Hochgebirgsbahnen zu erbauen. 2. Am nordöstlichen Fuß der Alpen, bei Wien, kreuzen sich zwei von der Natur vorgezeichnete wichtige Verkehrswege: die Donau, der uralte West-Ost-Weg, und ein unter 300 m herabsinkender Sattel zwischen dem Gebiet der Oder und dem der Donau, der einen bequemen Süd-Nord-Weg von Italien nach Nordost-Deutschland, Polen und Rußland bietet. 3. Die rein deutsche Bevölkerung Österreichs berührt das Deutschtum des Reiches längs einer

Linie von etwa 400 km Länge vom Bodensee bis Passau. Daran schließen sich die Grenzen gegen die Tschechoslowakei (etwa 300 km), Ungarn (160), Südslawien (190), Italien (260) und die Schweiz (90). 4. Die Bodengestaltung und -beschaffenheit und das davon abhängige Klima bewirkten eine Zusammendrängung der Bevölkerung im Osten des Staates. 5. Die Entwicklung der Ostmark Karls des Großen zum Kernland eines 50-Millionen-Reiches hat diese Zusammenballung noch verstärkt und gerade an der großen Wegkreuzung die Millionenstadt Wien entstehen lassen, die allein fast ein Drittel der Bevölkerung Österreichs beherbergt. 6. Im gleichen Sinn wirkten auch die wichtigen Erzlager im Ostteil des heutigen Österreich, die die Entstehung einer großartigen Industrie veranlaßten. Niederösterreich, das Burgenland und Oberösterreich beherbergen daher auf 44% des Staatsgebietes 69% der Staatsbevölkerung. 7. Wien gewann als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Habsburgerreiches eine über dessen Grenzen weit hinausreichende Bedeutung. Es war nicht nur für ganz Österreich-Ungarn „die“ Stadt, sondern als südwestlicher Ausläufer der blühenden Bildung, Handels- und Gewerbetätigkeit West- und Mitteleuropas auch der Brennpunkt für deren Verkehr mit dem Balkangebiet. 8. Die Großverkehrsmittel des heutigen Österreichs sind, soweit sie nicht erst in jüngster Zeit geschaffen wurden, wie Kraftfahrwesen, Luftfahrt und Funkerei, ausschließlich auf Grund der verkehrspolitischen Bedürfnisse der Habsburgermonarchie entstanden.

So ist das Eisenbahnnetz Österreich-Ungarns nach einem Grundplan angelegt, der Wien zum Mittelpunkt eines Sternes von Eisenbahnlinien machte, die es mit allen Teilen des Reiches verbanden. Von diesen sind heute nur mehr wenige ganz oder größtenteils in den Händen Österreichs, nämlich die Linien nach Westen und Süden. Schlimm aber steht es um die Eisenbahnlinien von Wien nach Norden und Nordosten, die ehemals den wichtigen Verkehr mit den Sudetenländern und Galizien und darüber hinaus mit Nordostdeutschland und Rußland zu besorgen hatten. Von ihnen sind nur mehr kurze Endstümpfe nächst Wien österreichisch: bis Gmünd, Grubbach, Zellerndorf und Lundenburg.

Während im Eisenbahnverkehr Altösterreichs die Nord-Süd-Richtung weitaus die wichtigste gewesen war, ist das Rückgrat des heutigen die Ost-West-Linie Wien—Salzburg (und —Passau) —Innsbruck—Bodensee. Dagegen haben die Nord-Süd-Linien die Bedeutung, die sie seinerzeit für den Großstaat und dessen eigene Zwecke gehabt hatten, eingebüßt. Alle diese Linien erhalten eine Bedeutung erst im Zusammenhang mit dem Weltverkehr.

*

Die Beschäftigung der österreichischen Großverkehrsmittel beruht nur zum Teil auf den Bedürfnissen des Binnenverkehrs.

Die Bundesbahnen, die fast alle wichtigen Eisenbahnen Österreichs betreiben, haben im Güterverkehr befördert

	in Tausenden von metrischen Tonnen (in Hundertteilen)					
	1927		1928		1929	
im ganzen	27 000	(100)	29 119	(100)	30 720	(100)
Einfuhr	8 754	(32)	9 063	(31)	10 272	(33)
Ausfuhr	3 929	(14)	4 718	(16)	4 109	(14)
Durchfuhr	3 613	(13)	2 944	(10)	3 079	(10)
Zusammen	in Hundertteilen					
Auslandsverkehr	(59)		(57)		(57)	
Binnenverkehr	(41)		(43)		(43)	

Fast drei Fünftel aller Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen dienen also ausschließlich (Durchfuhr), teils zur Hälfte (Ein- und Ausfuhr) der Wirtschaft des Auslandes.

Für den Personenverkehr liegen derart gegliederte Zahlen nicht vor. Aber die große Zahl von durchlaufenden Wagen, die von Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei nach Italien, von Südosteuropa nach Nord-, Nordwest- und Westeuropa über Österreich verkehren, gibt davon einen allgemeinen Begriff.

Eine der vorangeführten Zahlen zeigt übrigens besonders deutlich die Bedeutung der österreichischen Eisenbahnen für die Wirtschaft anderer Staaten. In den Jahren 1926 und 1927 hatte der englische Kohlenausstand die Durchfuhr tschechoslowakischer und polnischer Kohle nach Italien auf das Zwanzigfache gesteigert. Nach Beendigung des Ausstandes sank sie wieder auf das gewöhnliche Maß herab, von 40 000 t in 1927 auf 170 000 t in 1928, und damit die Gesamtdurchfuhr von 1,6 auf 2,9 Mill. t.

Von den in Österreich 1929 aufgegebenen 825,5 Mill. Briefpostsendungen gingen 628,4 (76,1 %) nach dem Inland, 197,1 (23,9 %) nach dem Ausland.

Im Telegraphenverkehr überwiegt der Verkehr mit dem Ausland bedeutend. Von den in Österreich 1929 aufgegebenen 3,9 Mill. Drahtungen (Staatslinien und Funkerei) gingen nach dem Inland 1,6 (40,6 %), nach dem Ausland 2,3 Mill. (59,4 %); von den 3,96 Mill. abgegebenen stammten 1,58 Mill. (40 %) aus Österreich, 2,37 Mill. (60 %) aus dem Ausland. Leider gestatten die vorhandenen Statistiken nicht, auch den Durchgangsverkehr für Post und Telegraph zu erfassen, der sicher sehr groß ist.

Schon die angeführten Beispiele beweisen, daß eine tadellose Arbeit des Verkehrswesens in Österreich durchaus nicht eine ausschließlich österreichische Angelegenheit ist, sondern in erheblichem Maß auch der Weltwirtschaft und dem Wohlergehen seiner Nachbarn dient, und daß letztere alle Ursache hätten, ihm wohlwollend gegenüberzustehen, es aber wenigstens nicht zu behindern. Trotzdem geschieht sogar das letztere, z. B. durch die Höhe der Tarife für die Kohle, die die österreichischen Eisenbahnen aus der Tschechoslowakei und aus Polen beziehen müssen, nachdem es in den Pariser Vororteverträgen auch der in den deutschen Teilen Böhmens gelegenen Kohlenvorkommen beraubt worden ist.

Für die reichsdeutsche Wirtschaft im besonderen ergeben die angedeuteten Untersuchungen noch bedeutsamere Zahlen.

Vom Auslandsgüterverkehr der österreichischen Eisenbahnen entfallen auf das Deutsche Reich

	1927	1928	1929
Hundertteile der Einfuhr	11	10,5	14
Hundertteile der Ausfuhr	30,9	32,3	22,3
Durchfuhr (deutsche Herkunft und Bestimmung)	34,2	41,6	43,3

Während diese Zahlen im allgemeinen ständig steigen, sinkt der Güterverkehr Österreichs nach dem Reich 1929 plötzlich um ein Drittel: eine Folge der Holzkrisis und der Behinderung der österreichischen HolzAusfuhr nach dem Reich durch dessen Zölle. Noch größer ist der Anteil des Reiches am Auslandspostverkehr Österreichs. Von dessen Auslandsbriefpost entfallen auf das Reich im Eingang 44,8%, im Ausgang 44,4%. Im Auslandstelegrammverkehr Österreichs (Auslandfernsprechverkehr) beträgt der Anteil des Reiches 1927—1929 zwischen 23,2 und 26,4 (30,2 und 30,9) %.

Vergleicht man nun den Post- und Telegraphenverkehr Österreichs mit seiner Handelsbilanz, so kommt man zu einem auffallenden Ergebnis. 1929 betrug die Einfuhr Österreichs aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Südslawien, deren Einwohnerzahl zusammen etwa um die Hälfte größer ist als diejenige des Reiches, 44,4% der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr Österreichs dagegen 38,9%; dagegen die Einfuhr Österreichs aus dem Reich 21, die Ausfuhr dahin nur 15,9%.

Es liegt nun nahe, anzunehmen, daß die im Vergleich mit der Handelsbilanz verblüffende Dichte des Briefpost- und Telegrammverkehrs zwischen Österreich und dem Reich eine Folge der hier gültigen niedrigen Gebühren sei; aber auch zwischen Österreich und einigen Nachfolgestaaten sind die Gebühren gegenüber denjenigen des Weltpostvereins ermäßigt; übrigens wirft sich die Frage auf, ob es nicht überhaupt das beste wäre, auch gegenüber den Nachfolgestaaten die mit dem Reich vereinbarten Gebühren einzuführen. Aber neben dieser gewiß belangreichen Gebührenfrage spielt doch offenbar noch etwas anderes mit.

Um das zu erweisen, wollen wir den Reiseverkehr nach Österreich aus den wichtigsten Nachbarländern untersuchen. Die Fremdenverkehrsstatistik bezieht sich auf die Zahl der gemeldeten

	1927	1928	1929
Ausländer	1 464 000	1 849 000	1 832 000
(ihre Übernachtungen)	(6 494 000)	(8 548 000)	(8 555 000)
davon Reichsdeutsche	810 000	1 125 000	1 024 000
(ihre Übernachtungen)	(3 358 000)	(4 860 000)	(4 777 000)
in % aller Ausländer	55,4	60,8	55,9
(ihre Übernachtungen in %).	(51,7)	(56,9)	(55,8)

davon Tschechoslowaken	192 000	218 000	229 000
(ihre Übernachtungen)	(755 000)	(885 000)	(873 000)
in % aller Ausländer	13,1	11,8	12,5
(ihre Übernachtungen in %)	(11,6)	(10,4)	(10,2)
davon Ungarn	166 000	158 000	226 000
(ihre Übernachtungen)	(772 000)	(893 000)	(1 022 000)
in % aller Ausländer	11,3	8,6	12,4
(ihre Übernachtungen in %)	(11,9)	(10,4)	(11,9)

Alle anderen bleiben weit zurück.

Man könnte sagen, die Zahl der Reichsdeutschen, die Österreich besuchen, sei weit größer als die der Tschechoslowaken oder der Ungarn, da ja das Reich auch viel volkreicher sei. Gut. Bringen wir die Zahl der Fremden in Beziehung zur Volkszahl ihrer Heimatländer, so ergibt sich, daß von je 1000 Einwohnern eine Reise (Übernachtungen) in Österreich gemacht haben:

	1927	1928	1929
Reichsdeutsche	12,74 (52,0)	17,31 (75,2)	15,75 (73,9)
Tschechoslowaken	14,08 (55,4)	15,98 (65,1)	16,79 (64,2)
Ungarn	19,44 (90,5)	18,59 (104,9)	26,51 (119,8)

Das außergewöhnliche Ansteigen der reichsdeutschen Zahl in 1928 erklärt sich aus dem Sängerfest in Wien.

Nun müssen wir aber noch eine andere Richtigstellung vornehmen. Zweifellos ist die Neigung, eine Reise zu unternehmen, stark von dem erforderlichen Aufwand an Zeit, Mühe und Geld abhängig. Einen rohen Maßstab dafür bietet die Entfernung. Hier läßt uns die Statistik im Stich. Aber für unsere allgemeine Untersuchung kann man wohl die Entfernung der Hauptstädte als durchschnittliche Weglänge ansehen. Die Entfernungen von Wien nach Ofenpest, Prag und Berlin verhalten sich wie 1:1,28:2,66. Multiplizieren wir die auf 1000 Einwohner entfallenden Zahlen der Reisen (Übernachtungen) in Österreich mit diesen Koeffizienten, so erhalten wir als korrigierte Besucherzahl für

	1927	1928	1929
Reich	33,88 (138,3)	46,1 (198,1)	41,9 (196,7)
Tschechoslowakei	21,0 (74,9)	16,0 (83,3)	21,5 (82,1)
Ungarn	19,4 (90,5)	18,6 (104,9)	26,5 (119,8)

Aus diesen Zahlen ergibt sich in ziemlich unwiderleglicher Weise, daß die Neigung des reichsdeutschen Bürgers zu einer Reise nach Österreich viel stärker ist als die eines tschechoslowakischen oder ungarischen. Offenbar spielen hier Dinge mit, die man nur zu leicht unterschätzt, wenn man alle Fragen nationaler Politik nur als kaufmännische Rechenaufgaben behandelt, wenn man die gewiß ungeheure Bedeutung der Wirtschaft für die Politik auch noch übertreibt und sich auf den Standpunkt stellt, daß neben den Bedürfnissen der Wirtschaft alles andere zu schweigen habe.

Daß der Personen-, Post- und Telegrammverkehr zwischen Österreich und dem Reich weit dichter ist, als der Handelsbilanz entspräche, hat offenbar seine Ursache darin, daß Österreich und das Reich nicht nur durch die Wirtschaft, sondern mindestens ebenso stark, wenn nicht noch stärker, durch unzerreißbare Bande der Blutsverwandtschaft, der gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur, die alle Deutschen hüben und drüben miteinander zu einem „einzig Volk von Brüdern“ verbinden.

Seit Jahren bemühen sich weitschauende Geister aller Kulturvölker, den als unseliges Erbe aus dem Kriege in Europa zurückgebliebenen Absperrungswahnsinn zu mildern, Abbau der Zollmauern, Erleichterung des Verkehrs im weiteren volkswirtschaftlichen Sinn zu erwirken, ja ein großes Wirtschaftsbandnis vorzubereiten. Es scheint doch wohl verfrüht, für ein solches Bündnis ganz Europa ins Auge zu fassen. Aber allem Anschein nach werden sich in absehbarer Zeit Gruppen einander geographisch oder wirtschaftlich besonders nahestehender Staaten bilden. Immer mehr Stimmen werden laut, die den Götzendienst vor der überlebten Meistbegünstigungsklausel verwerfen und durch deren Einschränkung die Möglichkeit von Zollbündnissen, Wirtschaftsgemeinschaften, oder wie man solche Gebilde sonst nennen will, schaffen möchten. In zahlreichen Handelsverträgen aus der letzten Zeit finden sich schon Vereinbarungen, die darauf hindeuten, daß die Staaten sich anschicken, solche Wege zu beschreiten.

Die Zeit kommt auch für Österreich — und vielleicht rascher als man heute glauben möchte —, in der es sich zu solchen wirtschaftlichen Sondervereinbarungen wird entschließen müssen. Daß eine solche Wirtschaftsgemeinschaft für Österreich nur dann erträglich sein kann, wenn auch das Deutsche Reich daran teilnimmt, haben leitende österreichische Staatsmänner mehrmals deutlich und klar gesagt. Auch vom reichsdeutschen Standpunkt aus ist es unerläßlich, daß der nach dem Dargelegten so wichtige Verkehr mit und über Österreich nicht dadurch erschwert werde, daß dieses in irgendeine wirtschaftliche Interessengemeinschaft gedrängt wird, an der das Reich nicht auch beteiligt ist.

EGON SCHEFFER:

Österreich und die Zukunft Mitteleuropas.

Die Wichtigkeit Mitteleuropas wurde im vorstehenden durch die Ausführungen berufener Verfasser klargelegt. Wenn aber Mitteleuropa für die Politik und Wirtschaft Europas, in manchem Sinne der gesamten Welt, ein Problem darstellt, das baldiger Lösung harrt, so kann Österreich wiederum als das Kernstück dieses Problems betrachtet werden, in dem alle Einzelfragen am klarsten auf-

scheinen, das in seinen Leiden, Sorgen und Wünschen gewissermaßen das Negativ des mitteleuropäischen Gesamtbildes darstellt. Da alle Übelstände ihre letzte Ursache in der neuen Grenzziehung haben, kann die Behebung nur von diesem Punkte ausgehen. Nicht um den aussichtslosen Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, darf es sich hierbei handeln, sondern nur um die Beseitigung des Widernatürlichen, das sich in Mittel- und Südosteuropa namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete herausgebildet hat.

Versucht man, die Nachteile abzuwägen, welche der heutige Zustand für die einzelnen Staaten bzw. Völker bringt, so läßt sich sagen, daß die Wiederherstellung der industriellen Ausfuhr eine Lebensnotwendigkeit der hochindustrialisierten Staaten bedeutet. Die Fristung des nackten Daseins läßt sich dagegen in den vorwiegend agrarischen Staaten im Falle des Abschlusses vom Auslande eher denken. Es kommt aber ein weiterer Faktor hinzu. Während die agrarischen Ausfuhrstaaten infolge der Natur ihrer Erzeugnisse auf nahe Märkte angewiesen sind und eine Änderung der Produktionsrichtung außerordentlich schwer fällt, ist das Problem der Umstellung in den Industriestaaten jedenfalls eher lösbar und es kann daran gedacht werden, gegen die Aufnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse hochwertige Industrieprodukte in die Überseestaaten zu exportieren. Dieser grundlegende Vorteil, der bei den praktischen Verhandlungen eine größere Rolle spielen könnte, als dies bisher der Fall ist, führt aber zu einer weiteren schwerwiegenden Alternative. Es handelt sich darum, ob, wenn auch unter erheblichen Anstrengungen, das Gesamtgefüge der europäischen, insbesondere aber der mitteleuropäischen Wirtschaft aufrechterhalten, oder etwa unter Zusammenarbeit der Industriestaaten dieses Gebietes die Verlegung des wirtschaftlichen Schwergewichtes in den Export nach den außereuropäischen Staaten erfolgen soll, während andererseits die weiten und entwicklungsfähigen Gebiete des Ostens einer allmählichen wirtschaftlichen Verelendung zugeführt werden.

Die praktische Entscheidung dieser Frage liegt weniger bei den Industriestaaten, die, wie z. B. das Deutsche Reich in erheblichem, die Tschechoslowakei in ansehnlichem Maße, außereuropäische Wirtschaftsbeziehungen pflegen, sondern vielmehr bei den Staaten, die unter der Agrarkrise dauernd leiden. Versucht man, die Wurzel auch dieser Krise in möglichster Einfachheit darzustellen, so läßt sich etwa sagen, daß nach dem Ausscheiden Rußlands vom europäischen Getreidemarkt die Überseestaaten eine ganz ungeheure Ausdehnung ihrer Produktion vornahmen, die das Maß des Absetzbaren, insbesondere mit Rücksicht auf die verringerte Kaufkraft in verschiedenen Industriestaaten weit überschritten. Wir stehen eben auf agrarischem Gebiete demselben Probleme wie auf industriellem gegenüber, nämlich einer weit über die vorhandenen Absatzmöglichkeiten hinausgehenden Erzeugungskapazität. Daß mit einem zunehmenden Verbräuche im Falle des Wiederanstiegens der Konjunkturkurven ein Teil dieser Überkapazität neuerdings in Anspruch genommen

werden kann, steht außer Zweifel, andererseits aber auch die viel größere Schwerefälligkeit des agrarischen Produktionsapparates gegenüber dem industriellen. Die gegenwärtigen Zustände können also auf die Dauer nicht fortbestehen selbst wenn man ganz absieht von dem immer gefährlicher werdenden Rußland-dumping, ist klar, daß irgendwo Einschränkungen erfolgen müssen, auch die überseeische Agrar-, insbesondere Getreideproduktion steht am Ende ihrer Kapazitätskräfte.

Es ergibt sich daraus die für Mitteleuropa entscheidende Alternative neuerdings in anderer Fassung: soll das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Absatz auf Kosten der Überseeländer oder der europäischen Agrargebiete erfolgen? Es scheint nun jedenfalls natürlicher und im Sinne der großen Entwicklung der Wirtschaft, die stets in räumliche Sondergebilde zerfällt, gelegen daß der erstere Fall eintritt. Schließlich handelt es sich bei den mitteleuropäischen Agrargebieten um Wirtschaften, die vielfach seit unvordenklichen Zeiten bestehen und eine wichtige Funktion in der europäischen Gesamtwirtschaft ausgeübt haben während in den überseeischen Produktionsgebieten eine überaus rasche, durchaus nicht regelmäßige, organische Ausdehnung vorliegt. Versucht man die Dinge ziffernmäßig zu erfassen, so läßt sich etwa sagen, daß die agrarischen Staaten Mittel- und Osteuropas (Ungarn, Südslawien, Rumänien und Bulgarien) einen Überschuß an Getreide von 40 bis 45 Mill. dz. aufweisen, während der auswärtige Getreidebedarf der mitteleuropäischen Industriegebiete (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei) sich auf rund 60 Mill. dz. stellt. Ein Ausgleich müßte sich hier also finden lassen, wenn auf allen Teilen der gute Wille besteht, er müßte zunächst gar nicht in der Form des völligen Abschlusses namentlich des Deutschen Reiches von der überseeischen Getreideeinfuhr erfolgen. Jedenfalls aber zeigt sich hier eine günstige Ergänzungsmöglichkeit innerhalb des mitteleuropäischen Gesamtwirtschaftsraumes, der selbstverständlich wichtige industrielle Ergänzungen entsprechen.

Die Formen der Durchführung sind zahlreich. Der bekannte Vorkämpfer einer Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs in Europa, Exz. Riedl, hat die gangbarsten aufgezeigt*). Es wäre zu diesem Zwecke ein Wirtschaftsbündnis in der Form zu schließen, daß jeder beteiligte Staat mit allen übrigen in gemeinsamen Verhandlungen einen Binnentarif vereinbart, der nur für den gegenseitigen Verkehr gelten, für diesen jedoch möglichst weitgehende Zollbefreiungen bzw. Ermäßigungen enthalten soll. Nicht auf die Diskrimination Außenstehender, sondern auf die möglichst weitgehende und allmählich fortschreitende Befreiung des gegenseitigen Verkehrs der verbündeten Staaten käme es dabei an. Es ließe sich schließlich noch eine Abstufung innerhalb der vertragschließenden Staaten je nach der vorhandenen wirtschaftlichen Entsprechungen denken.

*) In verschiedenen Schriften, zuletzt in dem großen Sammelwerk „Die Anschlußfrage“ Wien 1930, S. 590 ff.

Die große Politik ist augenblicklich für die Integration Mitteleuropas nicht allzu instig, stehen doch die finanziellen Fragen, insbesondere das Reparationsproblem, mit Recht im Vordergrund der Entwicklung. Über diese wichtigsten und größten Entscheidungen dürfen aber jene nicht vergessen werden, welche auf die Dauer lebensfragen nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller den mitteleuropäischen Raum bewohnenden Nationen darstellen. Wenn nun in einer mühsamen Kleinarbeit das große Ziel einer mitteleuropäischen Verständigung erreicht werden soll, so scheint es, daß Österreich hierbei eine ganz außerordentlich wichtige Aufgabe zukommt, die nicht nur in seiner Lage, in den seit altersher bestehenden Wirtschaftsbeziehungen nach allen in Betracht kommenden Staaten, sondern vor allem auch wegen der in der Natur des Österreichers liegenden Fähigkeiten zur Vermittlung begründet erscheint.

Sollten aber die Zeiten für ein Mitteleuropa im weiteren Sinne, mit Einschluß der südöstlichen Agrarstaaten, noch nicht reif sein, so muß doch die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zunächst zwischen dem Reiche und Österreich einsetzen. Große und wertvolle Vorbereitungen wurden bereits geleistet, was heute noch fehlt, ist die befreiende Tat.

Auswahl der wichtigsten einschlägigen Literatur

1. Länder- und Staatenkunde

- N. Krebs**, Die Ostalpen und das heutige Österreich, Stuttgart 1928
R. Sieger, Die Alpen, Sammlung Götschen, 2. Aufl., 1923
Fr. Ratzel, Die Alpen inmitten geschichtlicher Bewegungen, Z. A. V. 1896

2. Wirtschafts- und Verkehrsgeographie

- F. Heiderich**, Wirtschaftsgeographie Österreichs, in Andree-Heiderich-Sieger, Geographie des Welt-handels, 3. Aufl., Wien 1926
E. Scheffer, Österreichs wirtschaftliche Sendung, Wien 1927
M. Hainisch, Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Österreichs, Leipzig 1920
K. Hudczek, Die Wirtschaftskräfte Österreichs, Wien 1921
O. Schneller, Die österreichische Donau im mittel-europäischen Binnenschiffahrtsnetz, Wien 1930

3. Zur historischen Einführung

- Meyer - Kaindl**, Geschichte und Kulturleben Deutschösterreichs von den ältesten Zeiten bis 1526, Wien 1929

4. Allgemeine Deutschumsfragen

- W. Winkler**, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschums, Berlin 1927
M. H. Böhm, Die deutschen Grenzlande, 2. Aufl., Berlin 1930
O. Boelitz, Das Grenz- und Auslandsdeutschum, München 1926
K. v. Loesch, Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums, Berlin 1925 ff.
K. v. Loesch u. M. Böhm, Grenzdeutschland seit Versailles, Berlin 1930
R. Sieger, Das Deutschum von der Etsch bis zur Donau, „Grenz- und Auslandsdeutschum“ Heft 6, München 1925

5. Grenzprobleme

a) Südtirol

- P. Herre**, Die Südtiroler Frage, München 1927
H. Wopfner, Tirols Eroberung durch deutsche Arbeit, Tiroler Heimat I, 1920
H. Wopfner, Deutsche Siedlungsarbeit in Südtirol, Schriften d. Instituts f. Sozialforschung i. d. Alpen-ländern a. d. Univ. Innsbruck, 1926

- H. Wopfner**, Die Besiedlung unserer Hochgebirg-täler, Brennergegend, Z. A. V. 1920

b) Kärntens Grenzsaum

- Lex, Paschinger, Wutte**, Landeskunde von Kärnten, Klagenfurt 1923
Lex, Paschinger, Wutte, Kärntner Heimatatlas, Wien 1925
M. Wutte, Deutsche und Slowenen in Kärnten Carinthia I, 1918, auch 1919, 1923
M. Wutte, Die sprachl. Verhältnisse in Kärnten nach der Volkszählung von 1923, Carinthia I, 1924

c) Untersteiermark, Krain

- Die Südgrenze der deutschen Steiermark**, Denkschr. d. akadem. Senates d. Univ. Graz, 1918
H. Pirchegger, Geschichte der Steiermark, I, bis 1283, Gotha 1920
Jubiläumsfestbuch der Gottscheer 600-Jahre, Feiertage, Gottschee 1930
H. Pirchegger, Das steirische Draugebiet — Teil Deutschösterreichs
R. v. Pfandl, Die deutsch-slowenische Sprachgrenze in Steiermark, Deutsche Erde 1907
A. Luschin, Die Zerreißung d. Steiermark, Graz 1918
F. Hausmann, Südsteiermark, ein Gedenkbuch, Graz 1925

d) Das Burgenland

- H. Sidaritsch**, Die landschaftliche Gliederung des Burgenlandes, Mitteil. der Geogr. Gesellschaft Wien, 1924
R. v. Pfandl, Das Burgenland, Graz 1923

e) Südböhmen und Südmähren

- H. Hassinger**, Die Tschechoslowakei, Wien 1918
B. Bretholz, Geschichte Böhmens und Mährens 1618, Reichenberg 1921 bis 1924
B. Bretholz, Der Kampf um die Siedlungsfrage der Deutschen in Böhmen und Mähren, Brünn 1921

6. Die Anschlußfrage

- Kleinwächter-Palla**, Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, Wien 1930
F. Kleinwächter, Der österreichische Mensch und der Anschluß, Wien 1926
F. Kleinwächter, Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, Stuttgart 1929
G. Höper, Österreichs Weg z. Anschluß, Berlin 1929

Die Kartenbeilagen zu diesem Heft werden in manchem Leser den Wunsch wecken, sich stärker mit geopolitischen Kartenbild zu befassen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den beiliegenden Prospekt über den geopolitischen Geschichtsatlas von Braun-Ziegfeld sowie auf die Beilage des Kurt Vowinkel Verlags über das neue Beiheft zur „Zeitschrift für Geopolitik“. — Außerdem werden die Ankündigungen der österreichischen Bundesverlage der Kartographischen Anstalt G. Freytag & Berndt, von Wilhelm Braumüller sowie die des Verlages E. Diederichs und der Spamerschen Buchdruckerei.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover Allee 18 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H., Berlin, Brunenwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. C. Berlin SW 68